

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



23. Juni 1989
Jg. 10 Nr. 13

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Tarifkampf Einzelhandel

**Streik gegen
3,5%-Lohnangebot und
für Arbeitsende
um 18.30 Uhr**

Seite 5



Klassenkämpfe in China

**Entwicklung bestätigt:
Nur der Sozialismus
kann China retten**

Seite 12

Betriebskrankenkasse

**BMW
will
Lohnnebenkosten
senken**

Seite 22



Nach den Erfolgen faschistischer Parteien bei den EG-Wahlen wird der Kampf gegen die Ausländergesetze noch wichtiger. Oben: Dortmund 1978. Unten: Köln 1989.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt	13/89
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn	4
Einzelhandel: Streik gegen 3,5%-Lohnangebot und für Arbeitsende um 18.30 Uhr	5
Politische Gefangene: Haftbedingungen unverändert?	7
Arbeitsmarkt: Arbeitslose „billig“ für Kapitalisten	7
Gorbatschow-Besuch: Viele Zugeständnisse	7
Republikaner neofaschistisch? Verfassungsschützer müssen zum Jagen getragen werden	8
Die CSU über die Republikaner und Schönhuber	9
129a-Prozeß: I. Strobl zu fünf Jahren Haft verurteilt	10
Auszüge aus dem Schlußwort im Strobl-Prozeß	11
Auslandsberichterstattung	
China: Entwicklung bestätigt: Nur der Sozialismus kann China retten	12
VR Polen: Schwere Wahlniederlage der PVAP	14
Kanaky: Manöver gegen Unabhängigkeit	14
Kanada: Kind ist krank: Bezahlter Urlaub?	15
BRD-Südafrika: BRD größter Handelspartner — Sanktionen sollen kippen	15
Internationale Meldungen	16
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Arbeitskosten zu hoch. BDI schafft neue Legenden	18
IBM-Weiterbildungsmodell für die „Fabrik der Zukunft“	18
„Krank durch Computer“	18
Aufstand der Spießer? Schwere analytische Fehler	19
FDP: Angebotsorientierte Sozialpolitik beschlossen	19
Handlungsprinzipien liberaler Sozialpolitik — Auszüge	20
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten	21
Betriebskrankenkasse: BMW: Lohnnebenkosten senken	22
Samstagsarbeit: Druck auf Autozulieferer	22
Sonntagsarbeit: Bisher Kontuschicht bei SEL verhindert	23
Antifaschismus: 7000 bei „Internationaler Demonstration“	23
Fuba expandiert: Mehr Zeitverträge, Schichtarbeit, mehr Haus- und Wochenendarbeit	24
Nahverkehr: Leistungseinschränkung	25
Strompreise: Bewag will 13% mehr von den Haushalten	25
Tarifkampf im Einzelhandel: Mit dem Arbeitsgericht gegen die ersten Streiks in Bayern	26
Dokumentiert: Kundenflugblatt der HBV zum Streik	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Antirassistische Wochen: Stadt duldet faschistische Wahlpropaganda	29
Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
Kuckucksei: Emanzipationskampf eines Homosexuellen ..	30
Elvira: Gegen Spießermoral und schwarze Magie	30
Herbstmilch: „Wenn der Herr Pfarrer das liest“	31
„Innen“-Schreibweise: Auch als feministische Flagge kaum brauchbar	31
Spezialberichte	
Aussiedler und großdeutscher Expansionismus: Aussiedler und Aussiedlergesetze: Hebelwerk zur Förderung großdeutscher Expansion	34
„Lebensraum“ — Kontinuität völkischer Deutscheuropa-Politik	35
Vertriebenenverbände: Für großdeutsche Hegemonie	36
Art. 116 GG muß ersatzlos gestrichen werden	38

Wahlbündnis ALL nominiert Kandidaten

Die Alternative Linke Liste Stuttgart (ALL), ein Bündnis von Leuten aus BWK, DKP, Volksfront, VSP und parteiungebundenen Personen, hat am 13. Juni 65 Kandidaten für die Gemeinderatswahlen im Herbst nominiert. 31 rechnen sich der DKP, acht der VSP und fünf BWK bzw. Volksfront zu; etwas über die Hälfte hat nichtakademische Berufe; 28 sind Frauen.

Zuvor hatte die ALL einen „Kommunalen Ratschlag“ durchgeführt. Zu Wirtschaftspolitik, Antifaschismus, Ausländerpolitik, Umwelt/Energie/Verkehr, Friedenspolitik, Kultur, Soziales/Gesundheit, Kommunale Demokratie, Wohnungspolitik lagen Ergebnisse vor, die nach Überarbeitung verabschiedet werden können. Strittig schien zunächst das Thema „Frauen“, aber niemand mußte das Bündnis verlassen: Etwa 80% stimmten für eine aus der VSP vorgelegte feministische Plattform, die aber vermerkt, daß nicht alle dafür sind.

Die MLPD hat eigene Kandidaten und ein Wahlprogramm vorgestellt. Die mehr allgemeinen als aufs Kommunale zielen Forderungen hätten gut bei der ALL Platz finden können. In der ALL kandidieren Leute, die ähnlich wie die MLPD meinen, der Gemeinderat tauge nur als Tribüne außerparlamentarischer Kritik, zusammen mit Leuten aus DKP und BWK, die über die Gemeinderäte Verbesserungen für die Werktätigen durchsetzen wollen. Daß das Bündnis für Arbeiterinteressen eintritt und kein linker Abklatsch der Grünen ist, wäre mit Teilnahme der MLPD bedeutend klarer geworden. Das Europawahlergebnis in Stuttgart (DKP: 685, MLPD: 315 Stimmen, rund 2000 bräuchte die ALL für einen Sitz im Gemeinderat) bestätigt, daß eine wichtige Kraft fehlt. Wirklich schade. — (alk)

Evangelischer Kirchentag

Für den 25. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 7. bis 11. Juni 1989 waren 21 Mio. DM aus dem Berliner Etat bereitgestellt worden. Der Bund steuerte weitere

675000 DM bei. Schulfrei gab's z.B. für Gymnasiasten. Und so kamen laut Veranstalter fast 154000 Dauerteilnehmer unter der Losung „Unsere Zeit in Gottes Händen“ nach West-Berlin. Etwa 3000 Veranstaltungen wurden in diesen Tagen angeboten, die in fünf Themenbereiche eingeteilt waren: „Gott und Kirche: Der Geist ist lebendig“; „Leben und Glauben: Jeder Mensch hat seine Zeit“; „Bürger und Staat: Zukunft verantwortlich gestalten“; „Frieden und Gerechtigkeit: Um Versöhnung streiten“; „Schöpfung und Technik: Handeln, solange noch Zeit ist“.

374 Bürger der DDR durften neben 180 offiziellen Delegierten der DDR-Kirche die lebenden Objekte für den „deutsch-deutschen“ Dialog abgeben. Bürgerliche Politiker aller staatstragenden Couleur, allein die SPD mit 50, Blüm, Süßmuth, Vogel und Weizsäcker traten auf und legten sogar die Bibel aus. An diesen Bibelstunden nahmen täglich etwa 50000 Leute teil. Der SPD-Vorstand hat der Kirche offiziell gedankt, daß sie auf Foren wie dem Kirchentag so viele junge Menschen an die Themenbereiche Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung heranführen und damit Themen anspreche, die „die ganze Gemeinschaft“ angehen. „Wir müssen bekennen“, hieß es bei einer Bibelarbeit, „daß unsere Zeit eine Zeit der Arbeitslosigkeit, der Ungerechtigkeit, des Krieges und des Terrors ist — bevor wir sie in Gottes Hände legen können . . .“ — und dort liegt sie richtig! An solcher religiöser Sinnfindung hat die Bourgeoisie ihre wahre Freude. — (hel)

Anzeige

40 Jahre Verfassung der BRD
40 Jahre Revanchismus
Ersatzlose Streichung der
Präambel des Grundgesetzes!
Völkerrechtliche Anerkennung
der DDR!

Herausgeber: BWK, Landesverband Niedersachsen/Bremen, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Landesverband Niedersachsen.
*zu beziehen über: GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1*
Preis: 2,— DM

EG-Wahlergebnis: Ausländerwahlrecht!

Die Auswirkung der Europawahlen für die europäische Staatsbildung im ganzen zu erörtern, braucht mehr Zeit. Der Einzug von deutschen Faschisten in das Europaparlament wird sich aber als ein maßgebender Faktor erweisen. Die faschistische Kollaboration vor und während des zweiten Weltkrieges wurde nach der Niederlage des Faschismus geächtet. Jetzt trifft man sich wieder im Straßburger Parlament.

Die Entstehung, fast sieht es wie ein „Aus-dem-Boden-Schießen“ aus, von grünen Parteien in Frankreich und Großbritannien zeigt uns demgegenüber nur, daß grüne Parteibildung sich keineswegs als eine spezifisch deutsche Antwort auf konzernmäßig organisierte Großproduktion entwickelt.

Mit den Europawahlen ist also die Heranbildung des Faschismus zur parlamentarischen Kraft gelungen. 7,1% der Stimmen und 16,5 Millionen DM für die Republikaner (lt. Angaben des Bundespresseteamtes), 1,6% und 2,2 Millionen DM für die DVU — das ändert die politische Situation. In den ersten Äußerungen verneigen sich die Kritiker der Faschisten so gut wie alle vor den Wählern, die als irregeleitet oder getäuscht bezeichnet werden. Ihnen wolle man politisch entgegenkommen, die Führung aber unerbittlich bekämpfen.

In vielen Kommentaren wird der Eindruck erweckt, daß genau so — durch Integration — die NDP in den Sechziger Jahren aus den Landtagen hinausgedrängt worden sei.

Wer die Sechziger Jahre erinnert oder studiert, wird aber finden, daß die ganze Gesellschaft, bis hinein in die Familien, von scharfer ideologischer Konfrontation bestimmt war, in der der Konservatismus in einigen wichtigen Fragen geschlagen wurde, so z.B. in der revanchistischen Ostpolitik, die von breitesten Bevölkerungskreisen getragen worden war und als deren entschiedenste Befürworter die Faschisten auftraten.

Die Ausländerentrechtung, die heute eine ähnliche Bedeutung hat, wird ebenfalls breit getragen, wenn auch bei weitem nicht von einer Bevölkerungsmehrheit. Dennoch muß zehn, zwanzig, vielleicht sogar dreißig Prozent der Wähler die Legitimität ihrer festen Meinung bestritten werden.

Das Gegenteil findet statt, wenn, wie es zwei Tage vor der Europawahl geschehen ist, die Unionsfraktion im Bundestag gegen Länder klagt, die ein Ausländerwahlrecht einführen wollen. — (maf)

1 WAHLBETEILIGUNG UND VERTEILUNG DER GÜLTIGEN STIMMEN NACH LÄNDERN

GEGENSTAND DER NACHWEISUNG	EIN- HEIT	JAHR DER WAHL	BUNDESGE- BIET OHNE BERLIN	SCHLES- WIG-HOLSTEIN	HAMBURG	NIEDER- SACHSEN	BREMEN	NORD- RHEIN- WESTFALEN	HESSEN	RHEIN- LAND- PFALZ	BADEN- WÜRT- TEMBERG	BAVARIA	SPÄ- LAHO
AUSLÄNDERRECHTIGE	AZ	1989	45723901	2054862	1251511	5657160	518912	12920132	4219677	2869880	6946489	8441488	843790
	AZ	1984	44465989	1993627	1250808	5524223	522495	12657700	4102069	2837671	6641082	8092657	843657
NAHME	AZ	1989	28515500	1201906	707790	3579848	304683	8058173	2539138	2237971	4058805	5159619	664557
	AZ	1984	25238754	1146402	729868	3371899	288002	7514108	2416709	2165719	3203522	3741194	661331
WAHLBETEILIGUNG	VH	1989	62,4	58,5	56,6	63,3	59,7	62,4	60,2	78,0	58,4	61,1	78,8
	VH	1984	56,8	57,5	58,4	61,0	55,1	59,4	58,9	76,3	48,2	46,2	78,4
UNCHEITIGE STIMMEN	AZ	1989	309234	10632	5952	32941	2692	71487	28277	49723	45362	41253	20915
	AZ	1984	387383	12284	8162	38214	2939	84089	37526	83902	42363	51556	26348
VH	1989	1,1	0,9	0,8	0,9	0,9	0,9	1,1	2,2	1,1	0,8	3,1	
	VH	1984	1,5	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	3,9	1,3	1,4	4,0	
GÜLTIGE STIMMEN	AZ	1989	28203266	1191274	701838	3546507	301991	7986688	2510861	2188248	4013443	5118366	643652
	AZ	1984	24851371	1134118	721708	3333685	285083	7430019	2379183	2081817	3161159	3689638	634983
DAVON ENTFIELEN AUF:													
CDU	AZ	1989	8334433	433865	220842	1272188	70506	2854149	834787	848968	1577045	-	222083
	AZ	1984	9308411	503128	264300	1434170	88423	3182755	985581	969846	1609773	-	270435
VH	1989	29,6	35,4	31,5	35,9	23,3	35,7	33,2	39,8	39,3	34,5	-	
	VH	1984	37,5	44,4	36,6	43,0	31,0	42,8	41,4	46,6	50,9	42,6	-
SPD	AZ	1989	10524859	520384	294015	1490605	140027	3478418	1017200	879271	1166753	1238466	291720
	AZ	1984	9296417	453021	302848	1350434	1369136	3099569	993584	802626	862969	1017802	276648
VH	1989	37,3	44,4	41,9	42,0	46,4	43,6	40,5	40,2	29,1	24,2	45,3	
	VH	1984	37,4	39,9	42,0	40,5	48,0	41,7	41,8	38,6	27,3	27,6	43,6
CSU	AZ	1989	2324655	-	-	-	-	-	-	-	-	2324655	-
	AZ	1984	2109130	-	-	-	-	-	-	-	-	2109130	-
VH	1989	8,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45,4	
	VH	1984	8,5	-	-	-	-	-	-	-	-	57,2	-
GRUENE	AZ	1989	2381278	80111	80372	296656	41589	634884	248094	159825	400611	398915	40221
	AZ	1984	2025972	93257	91944	274790	33843	597177	186011	137028	319575	250541	41806
VH	1989	8,4	6,7	11,5	8,4	13,8	7,9	9,9	7,3	10,0	7,8	6,2	
	VH	1984	8,2	8,2	12,7	8,2	11,9	8,0	7,8	6,6	10,1	6,8	6,6
F.D.P.	AZ	1989	1576280	63579	43258	207063	21091	453307	137894	124851	288711	205800	30726
	AZ	1984	1192624	50825	35426	163550	12839	312455	118010	104820	224179	145833	24587
VH	1989	5,6	5,3	6,2	5,8	7,0	5,7	5,5	5,7	7,2	4,0	4,8	
	VH	1984	4,8	4,5	4,9	4,9	4,5	4,2	5,0	7,1	4,0	3,9	
SONSTIGE	AZ	1989	3061761	85335	63351	280395	28778	565928	272886	175333	580323	950530	58902
	AZ	1984	918817	33887	27188	110741	13042	238063	95997	67497	144663	166332	21497
VH	1989	10,9	7,2	9,0	7,9	9,5	7,1	10,9	8,0	14,5	18,6	9,2	
	VH	1984	3,7	3,0	3,8	3,3	4,6	3,2	4,0	3,2	4,6	4,5	3,4
DAVON:													
ZENTRUM	AZ	1989	41410	609	347	4499	220	17514	3104	3115	8880	2309	613
	AZ	1984	93921	1433	999	10576	534	33750	7308	7100	16873	13081	2267
VH	1989	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	
	VH	1984	0,4	0,1	0,1	0,3	0,2	0,5	0,3	0,3	0,5	0,4	
OEDP	AZ	1989	184097	3820	2670	10130	599	29042	12651	14106	57853	50135	3091
	AZ	1984	77026	2721	1721	10199	510	13655	5574	5371	13718	21327	2230
VH	1989	0,7	0,3	0,4	0,3	0,2	0,4	0,5	0,6	1,4	1,0	0,5	
	VH	1984	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,6	
MUENDIGE BUERGER	AZ	1989	32271	1063	733	3423	545	7611	3065	2802	5752	6360	917
	AZ	1984	52753	1901	1350	5303	459	12396	5316	4017	9421	11312	1278
VH	1989	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
	VH	1984	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2
BP	AZ	1989	72045	1023	605	4299	458	7839	4756	3083	6797	42536	649
	AZ	1984	23539	-	-	-	-	-	-	-	-	23539	-
VH	1989	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	0,8	0,1
	VH	1984	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BSA	AZ	1989	7813	304	191	1310	236	1692	802	465	965	1568	280
	VH	1989	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LIGA	AZ	1989	30886	647	223	2863	210	5072	2742	1787	9549	7226	567
	VH	1989	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
CM	AZ	1989	43462	1047	755	4366	399	10577	3956	3252	8784	9461	865
	VH	1989	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
DKP	AZ	1989	57648	1926	2336	5462	1270	18764	7548	2818	8754	6447	2323
	VH	1989	0,2	0,2	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,4
OEKO-UN.	AZ	1989	56065	1491	1069	6360	716	11258	5047	4516	12827	11310	1471
	VH	1989	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
DVU	AZ	1989	445390	15619	10350	56999	9769	107063	58050	32423	95249	51196	8672
	VH	1989	1,6	1,3	1,5	1,6	3,2	1,3	2,3	1,5	2,4	1,0	1,3
REP	AZ	1989	2005555	54931	41798	170885	13413	327995	163005	101068	348270	746886	37304
	VH	1989	7,1	4,6	6,0	4,8	4,4	4,1	6,5	4,6	8,7	14,6	5,8
FAP	AZ	1989	20107	569	394	2486	208	5376	2050	1548	3404	3597	475
	VH	1989	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
ARB.	AZ	1989	10358	366	186	1314	148	3215	867	671	1519	1859	203
	VH	1989	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
HP	AZ	1989	10821	394	227	1041	102	2592	1007	717	1819	2656	266
	VH	1989	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
MLPD	AZ	1989	10162	312	263	1001	157	3285	698	332	2580	1318	216
	VH	1989	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
BEWUSST.	AZ	1989	20767	840	951	2075	237	4403	2193	1305	4397	3928	438
	VH	1989	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
PATRIOTEN	AZ	1989											

Aktuell in Bonn

CDU/CSU-Klage gegen Ausländer

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das in Hamburg und Schleswig-Holstein verabschiedete kommunale Wahlrecht für Ausländer eingereicht. Der Justitiar der Fraktion, Langner, teilte am 15. Juni mit, außerdem habe man eine einstweilige Anordnung gegen das Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein beantragt, da dort im Herbst die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen beginnen. Demagogisch behauptet die Union, das Kommunalwahlrecht für Ausländer verstöße gegen das Demokratiegebot, gegen die demokratische Einheitlichkeit in Bund, Ländern und Gemeinden und gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Die Unionsklage verficht also eine völkische „Demokratie“ und soll die Ungleichheit von Deutschen und Ausländern in der BRD verfestigen.

WEU-Erweiterung gebilligt

Ohne viel Aufhebens hat der Bundestag am 15. Juni das Protokoll über den Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU gebilligt. Die Erweiterung dieses erst vor wenigen Jahren „wiederbelebten“ westeuropäischen Militärpaktes kann damit planmäßig geschehen. Die WEU gewinnt durch den Beitritt der beiden Staaten allerhand zusätzlich zu „schützende“ Kolonien: Die spanischen Kolonien Ceuta, Mellila, Penon de Velez, Alhucemas, und Charafinas in Nordafrika

ka sowie die spanisch besetzten Kanarischen Inseln, die portugiesisch besetzten Azoren, Madeira und Macao in China.

EG-Peseta

Am Abend des 16. Juni, nach Schließung der Devisenmärkte, hat die spanische Regierung den Beitritt zum Europäischen Währungssystem (EWS) — früher als allgemein erwartet — bekanntgegeben. Ab Montag, den 19. Juni, ist damit die Peseta wirksam in den Wechselkursmechanismus der EG integriert. Die übliche Schwankungsbreite in der EG „Währungsschlange“ beträgt 2,25 Prozent, für die Peseta jedoch zunächst 6 Prozent.

Thälmann-Mord: Freispruch

Am 9. Juni bestätigte der Bundesgerichtshof den Freispruch für den der Mithwirkung an der Ermordung Ernst Thälmanns angeklagten ehemaligen SS-Stabführer Wolfgang Otto. Das Urteil ist damit rechtskräftig und endgültig, die Ermordung Ernst Thälmanns bleibt ungestraft. Der BGH setzt damit seine lange Tradition der weitgehenden bis kompletten Straffreiheit für faschistische Verbrecher fort — eine Ermunterung für Neofaschisten heute.

„Strahlenschutz“

Mitte Juni verabschiedete der Bundestag ein Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz. Dieses neue Bundesamt wird dem Umweltministerium unterstellt sein. Ihm sollen Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes übertragen werden, die bisher auf verschiedene Behörden und Ressorts ver-

teilt waren. Dazu gehören das Atom- und Strahlenschutzbüro und die Vorschriften des Atomgesetzes. Das Amt — Sitz: Salzgitter — wird u.a. für atomtechnische Sicherheit, Entsorgung radioaktiver Abfälle und Aufgaben in Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Endlagern zuständig sein. Es handelt sich damit um eine deutliche Zentralisierung staatlicher Befugnisse in dem sensiblen Bereich.

Sozialversicherungskarte

Am 16. Juni verabschiedete der Bundestag das Gesetz zum Sozialversicherungsausweis. Hinzugekommen ist, daß Ausweise von Beschäftigten im Baugewerbe, bei der Gebäudereinigung, im Schaustellergewerbe und für bei Messen und Ausstellungen Beschäftigte auch ein Lichtbild enthalten müssen. Bei Empfang von Arbeitslosengeld, Krankengeld, Lohnfortzahlung usw. ist der Ausweis an die zahlende Stelle einzurichten. Noch ein Vorteil für die Kapitalisten: die „Geringverdienergrenze“, unterhalb der sie den vollen Versicherungsbeitrag zahlen, soll nicht mehr erhöht, sondern bei 600 DM festgeschrieben werden.

Privatisierung

Am Freitag, den 16. Juni, hat der Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsstimmen grünes Licht für die Teilprivatisierung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank) gegeben. Die Bundesbeteiligung wird (ausdrücklich als „erster Schritt“) von 99 auf 51 Prozent verringert. Die Bank mit 256 Mio. Kapital nominal bleibt vorerst öffentlich-rechtlich. Sie finanziert Privatgeschäfte ebenso wie öffentliche Aufgaben. „Übergangsweise“ soll private Beteiligung über eine Holding als atypischer stiller Gesellschafter erfolgen — später sollen private Kapitalgeber alles übernehmen.

Was kommt demnächst?

Am 23.6. findet die letzte Sitzung des Bundestags vor der Sommerpause statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Beratung über die Neufassung des Außenwirtschaftsgesetzes nach dem Auffliegen mehrerer westdeutscher Giftgaslieferungen. Am 30.6. berät der Bundestag dann letztmalig über die Wiederaufhebung der Quellensteuer, die Ausdehnung des Erziehungsurlaubs, Blüms Sozialversicherungsausweisgesetz. Schon vorher, vom 26. bis 28.6., reist Blüm nach Südafrika und will dort u.a. mit Vertretern westdeutscher Konzerne in der Kolonie zusammentreffen. Ende Juni tagt in Madrid die nächste Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EG. Der Vorsitz im Rat der Regierungschefs und in den Ministerräten der EG wechselt dann für ein halbes Jahr turnusgemäß an Frankreich. Am 14.7. tagt in Paris der Weltwirtschaftsgipfel.



„Lob aus allen Fraktionen“ soll SPD-Sprecher Eppler für seine Rede zum 17. Juni im Bundestag erhalten haben. Den Beifall der Rechten erhielt er u.a. für folgende schwülstig-nationalen Passage: „Zu unserer Nation gehört, wer sich dazugehörig fühlt. Und dieses Gefühl, zusammenzugehören, ist nach wie vor lebendig, in der DDR sogar stärker ...“ Kritik an der (Wiedervereinigungs-)Präambel des Grundgesetzes lehnte Eppler ab: „Ich kann sie nicht teilen“. Die Regierungsparteien, erfreut über die Bereitschaft zur deutsch-nationalen Zusammenarbeit gegen SED und DDR, applaudierten.

Tarifkampf Einzelhandel

Streik gegen 3,5%-Lohnangebot und für Arbeitsende um 18.30 Uhr

Seit dem 19. Mai finden im Einzelhandel ganztägige Streiks statt. Weit über 200 Betriebe mit mehr als 30000 Beschäftigten wurden bestreikt, eine Vielzahl von kürzeren Streiks fanden daneben statt. In Baden-Württemberg wurden in diesem Zeitraum 106 kürzere oder ganztägige Streiks durchgeführt. Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die Öffnung des Ladenschlusses, die die Regierungskoalition am 2.6. mitten in diesem Tarifkampf durch den Bundestag gepeitscht hat. Zentrale Forderungen sind: keine Nachtarbeit, sondern 18.30-Uhr-Ladenschluß, Fünf-Tage-Woche, Einschränkung der Samstagsarbeit. Aber auch die Erhöhung der Löhne und Gehälter zwischen sechs und sieben Prozent bei Mindestbeträgen von 150 bis 200 DM werden gefordert. Hinzu kommt die tarifliche und sozialversicherungspflichtige Absicherung der Teilzeitarbeit.

Die Streiks am ersten langen Samstag im Juni und die bisherigen Umsatzverluste der Kaufhäuser und Verbrauchermarkte von runden 50 Millionen DM fangen allmählich an zu schmerzen und weichen das Lager der Kapitalisten auf. Änderungen in ihrer Angebotspalette sind festzustellen: Die dreijährige Laufzeit wie bei Metall ist vom Tisch, jetzt geht es um zwei Jahre! Über eine Erhöhung des 3%- bis 3,5%-Angebotes wird verhandelt, ebenso über Teilzeittarifverträge, Frauenförderung. Bislang unbezahlte Arbeiten wie Zuende-Bedienen von Kunden, Abrechnen der Kasse, Ein- und Ausräumen der Theken sollen jetzt bezahlt werden. Zumaldest in einigen Tarifbezirken wie Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sind solche Fortschritte festzustellen.

Zur Frage Tarifvertrag über 18.30-Uhr-Ladenschluß beteuern die Vertreter der Einzelhandelsverbände (in den letzten Tagen vermehrt), sie seien die falsche Adresse. „Der Gesetzgeber“ sei der eigentliche Feind. Er sei gewillt, den Dienstleistungsabend einzuführen, und aus Gründen der Konkurrenz seien die einzelnen Betriebe nun gezwungen, donnerstags die Läden offen zu halten.

Eindeutig sind die Vorstellungen der Einzelhandelskapitalisten zur „Zwangsvorpflichtung zum Dienst am Dienstleistungsabend“. Befreit davon sollen „Frauen mit zwei schulpflichtigen Kindern oder einem schwerbehinderten Kind“ sein. (1) Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat das „Angebot“ zurückgewiesen.

Nach den ergebnislos gebliebenen „Pilot“-verhandlungen in NRW am 16.4. hat die HBV eine Ausweitung der

Streiks angekündigt, falls nicht deutlich neue Angebote bei den Verhandlungen am 19.6. in Hessen, NRW und Rheinland-Pfalz vorgelegt werden.

Die Gewerkschaft HBV bedient sich verschiedener Strategien im Kampf für das Arbeitsende um 18.30 Uhr. Einerseits lässt sie nicht locker bei der Absicht, Tarifverträge abzuschließen: Es gelingt ihr, auch mit Einzelhandelskapitalisten, die nicht Mitglieder von Arbeitgeberverbänden sind, zu vertraglichen Absicherungen zu kommen wie bei Massa. Erfolge solcher Art wirken Argumenten der verbandsgebundenen Einzelhandelsvertreter entgegen, die Konkurrenz erfordere eine Abendöffnung. Ganz gezielt

gereg Einkommen, durch Teilzeitarbeit und 450-DM-Abrufarbeit. Die IG Medien ruft ihre Mitglieder zur Solidarität und Unterstützung auf. Es fehlt auch nicht der Verweis auf die Bedeutung dieses Kampfes im Einzelhandel für die kommenden Tarifverhandlungen anderer Branchen.

Wie nötig die Unterstützung ist, wird deutlich an den tarifpolitischen Vorstellungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) für die kommenden Jahre, vorgetragen durch BDA-Präsident Murmann: „Unsere Antwort auf die Herausforderung des Europäischen Binnenmarktes kann nicht ein weiteres Voranschreiten der



Ab 1. Oktober sollen jeden Donnerstag abends die Läden öffnen können.

macht die Gewerkschaft auch Druck: Sie bietet den Kapitalisten als Gegenleistung für Absicherung des Arbeitsendes an, auf Nichtmitglieder von Arbeitgeberverbänden „ihren Einfluß geltend zu machen“.(2)

Lange haben die Industriegewerkschaften diesen Tarifkampf im Einzelhandel nicht beachtet. Nur hier und da hatte es örtliche Unterstützung gegeben. Erstmals berichtet nun die IG Metall in der Juni-Nummer der „metall“ und in Flugblättern über die Streiks im Einzelhandel und ruft zur Unterstützung auf. Die IG Medien widmet das Titelthema ihrer Zeitung „Kontrapunkt“ der Berichterstattung über den Kampf gegen die Verlängerung der Öffnungszeiten, der millionenfachen Diskriminierung im Handel durch 30 bis 35 Prozent niedri-

Freizeitgesellschaft sein, jedenfalls so lange nicht, solange unsere Wettbewerber nicht mit uns gleichgezogen sind.“ Und: „Die Spitzenposition in der sozialen Pyramide Europas werden wir nur halten können, wenn wir unsere Produktivitätschancen voll nutzen. Das betrifft die Maschinenlaufzeiten genauso, wie die möglichst langen Arbeitszeiten, auf die wir bei unseren tüchtigsten Hirnen angewiesen sind. Wenn Maschinen länger laufen, ist es möglich, Produktionsausfälle durch kürzere Arbeitszeiten der Arbeitnehmer zu vermeiden ... Wo es nötig ist, muß auch der Samstag als Arbeitstag zur Verfügung stehen.“ Alles was störend ist in dieser Gestaltung des Arbeitsmarktes muß weg, auch die Vorstellungen mancher Gewerkschaften, „eine Arbeitszeitpolitik zu machen, als



Am ersten langen Samstag im Juni wurden in Dortmund alle großen Kaufhäuser der Innenstadt und erstmals kleinere Filial- und Fachbetriebe bestreikt. Bild: Aktionen in Köln.

wären wir allein auf der Welt". So der Widerstand von IG Druck und IG Metall gegen Samstagsarbeit, so der Kampf der HBV gegen „minimale Auflockerung einer in Europa einmalig restriktiven Ladenschlußregelung“, so gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz. (3)

Der BDA zielt auf Tarifverträge, die „den Betrieben den erforderlichen Handlungsspielraum belassen. Dies gilt ganz besonders in der Arbeitszeitpolitik, wo bereits Erfolge durch eine differenziertere und flexiblere Arbeitszeitgestaltung sichtbar sind ... Gefordert ist Phantasie für die Entwicklung besserer und flexiblerer Regelungen. Viel zu wenig bekannt sind z.B. die Vorteile, die sich für die Flexibilisierung aus Teilzeitarbeit ergeben. Hier liegen noch Beschäftigungsmöglichkeiten, die mehr als bisher zu nutzen sind.“ (4)

Die Bresche, die mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz und der Einschränkung des Streikrechts mit dem Arbeitsförderungsgesetz in die gesetzliche Arbeitszeit geschlagen wurde, wird mit dem neuen Ladenschlußgesetz erweitert. Die Öffnung des Ladenschlusses flankiert die Flexibilisierung der Arbeitszeit und erschwert den Widerstand gegen Überstunden, Gleitzeitarbeit bis in den Abend hinein, Teilzeitschichten angehängt an die reguläre Arbeitszeit und die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit. Sind die Läden erstmal offen, ist das gewichtige Argument „Ich muß noch einkaufen“ beseitigt.

Das gleiche gilt für die Lohnpolitik. Durch die Teuerung und mehrjährige Laufzeit schaffen die Kapitalisten mehr und mehr eine Art tariflosen Zustand bei den Löhnen und Gehältern. Der BDA ist auch hier aktiv zu der Gestaltung des Arbeitsmarktes geworden:

„Wirtschaftlich vertretbare und sozial verantwortbare Tarifpolitik darf nicht nur auf die Arbeitsplatzinhaber abstellen, sondern muß auch die arbeitsuchenden Menschen einbeziehen. Deshalb liegt der originäre und weiterhin wichtigste Beitrag der Tarifpolitik in der Sicherung und Herstellung günstiger Rahmenbedingungen für den Produktions- und Investitionsstandort Bundesrepublik Deutschland.“

Verlangt werden mehrjährige Tarifabschlüsse, „die sich am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt orientieren“. „Eine ausreichende Differenzierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist weiterhin notwendig. In erster Linie gilt dies für die Differenzierung nach der Qualifikation, betrifft aber auch die Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen und unterschiedlichen Regionen. Schädlich ist daher eine nivellierende Lohnpolitik durch überproportionale Anhebungen unterer Lohngruppen. Hier werden Aus- und Weiterbildungsanstrennungen der Arbeitnehmer tendenziell geringer honoriert und die anforderungsgerechte Entlohnung infrage gestellt.“ (4)

In dem laufenden Tarifkampf im Einzelhandel werden die Bedingungen für die Tarifkämpfe der nächsten Zeit abgesteckt. Gelingt es den Kapitalisten, gegen einen solch heftigen Kampf das Arbeitszeitende zu flexibilisieren, für Arbeitszeitverkürzung ab 1991 mehrjährige Lohnabschlüsse ohne erhebliche Anhebung der unteren Lohngruppen mittels Festgeld durchzusetzen, Teilzeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse weiter auszubauen? Das müßte erhebliche Auswirkungen auf die kommenden Tarifkämpfe haben.

Die Debatte um Zerstörung der

Schutzbereiche der Arbeiterklasse wird auf verschiedenen Ebenen geführt. Die Gerichte behandeln den Kampf gegen Flexibilisierung jedenfalls als gesellschaftliche Auseinandersetzung. Bekannt sind die Streikverbote gegen die HBV von 1987 und 1988 im Weihnachtsgeschäft, die Debatte um Verbote des laufenden Streiks als „politischer Streik“. Jetzt ist eine andere Bedrohung gegen die Tarifautonomie vorläufig erstmal vom Tisch. Die Kartellkammer des Landgerichts Berlin entschied am 4.4., das Arbeitszeitende 18.30 Uhr sei analog zum Berufsrecht zu beurteilen, das Tarifvertragsrecht sei zuständig. Ein Tarifvertrag verstöße nicht gegen das Kartellrecht und behindere nicht die Wettbewerbslage der Unternehmen, die unter diesen Tarifvertrag fallen.

Am 30. Juni fällt die Entscheidung über den Dienstleistungsabend im Bundesrat, erst dann kann ab 1. Oktober das Gesetz in Kraft treten. Offiziell hat die HBV nochmals Ministerpräsident Späth zu einem Nein im Bundesrat aufgefordert. Bei der letzten Abstimmung im Bundesrat enthielt sich Baden-Württemberg. Stimmt Baden-Württemberg dagegen, könnte es noch mal spannend werden. Beschlüsse von Gewerkschaftsgremien an die Landesregierungen sind bis zum 30.6. gefragt, auch klare Stellungnahmen der anderen Einzelgewerkschaften könnten vielleicht in dieser Frage befördernd wirken.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt 14.6. (2) Frankf. Rundschau 16.6. (3) Vortrag von Dr. Klaus Murmann vor der Geschäftsführer-Konferenz des BDA am 2.6. (4) Thesenpapier des BDA „Wege zu mehr Beschäftigung — Beiträge der Tarif- sowie der Arbeitsmarktpolitik“ 2.6. — (rub)

Politische Gefangene Haftbedingungen unverändert?

Die SPD-regierten Länder hatten die Bildung von mehreren kleinen Gruppen versprochen. In Nordrhein-Westfalen wurde mit der Zusammenlegung begonnen, allerdings gibt es keine Wohngruppe. An praktischen Schritten war dies bisher alles. Das CDU-regierte Niedersachsen will die existierende Gruppe in Celle im Normalvollzug unterbringen, notfalls auch gegen den Willen der Betroffenen. Ob es da irgendeine noch so kleine Verbesserung der Haftbedingungen gibt, ist zweifelhaft, möglicherweise läuft es eher auf eine Verschlechterung hinaus. Bayern und Baden-Württemberg sehen den Abbruch als den Erfolg ihrer harten Haltung an. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion Bohl sagte, „allein der Hungerstreik“ könnte nicht zu einer Änderung der Haftbedingungen führen. Voraussetzung dafür sei eine neue Lagebeurteilung, die nur durch das Verhalten der Häftlinge in den nächsten Wochen und Monaten beeinflußt werden könne. Der Bayernkurier ignorierte bisher den Abbruch, schrieb jetzt aber: „... Dennoch haben die Terroristen eine ganze Menge erreicht: In einem bisher nichtbekannten Ausmaß haben sie — zum großen Teil vielfache Mörder — die Solidarisierung politischer Gruppen bekommen. Ob von SPD-Genossen, Grünen, Vertretern von Kirchen, ob von deren Helfershelfern. Dabei mußte allen, die sich mit den Zielen der RAF-Inhaftierten beschäftigen, klar sein, daß es den Terroristen nicht nur um die Aufhebung der sogenannten Isolationshaft geht. Wäre es für sie nicht ein leichtes, sich von den Taten und der Roten Armee Fraktion loszusagen ...“ Wie schon gehabt, soll es also Verbesserungen bei den Haftbedingungen nur geben, wenn man zu einem Kniefall vor dem Staat bereit ist.

Ähnlich wie der Bayernkurier wies aber auch Baden-Württembergs Justizminister Eyrich darauf hin, daß der Hungerstreik „für die inhaftierten Gewalttäter und die sie unterstützenden Kreise am Ende ein Erfolg war. Es sei ihnen gelungen, den SPD-regierten Ländern „eine Sonderbehandlung im Vollzug für die erklärten Feinde des Staates“ abzutrotzen. Dadurch, so Eyrich, sei dem Rechtsstaat Bundesrepublik und dem Vertrauen der Bürger in die Unverbrüchlichkeit des Rechts großer Schaden zugefügt worden. Im Vergleich zu den vorangegangenen Hungerstreiks fällt der politische Erfolg sofort auf, das Unterstützerspektrum war so breit wie nie, Perspektiven sind weiter drin, auch wenn erst mal materiell nicht allzuviel erreicht wurde. Eva Haule spricht sich in ihrer Abbrucherklärung für die „Entwicklung einer politischen Kraft (aus), die in der

Lage ist ... die menschlichen Ziele gegen diesen technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufrichten will.“.

Weil der Anwalt Johannes Pausch in einer Fernsehsendung Verständnis für „andere Mittel“ äußerte, wenn „schreiendes Unrecht durch friedliche Proteste nicht beeinflußt werden“ könnte, fordert die CDU eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen Johannes Pausch und will die Angelegenheit auch im Düsseldorfer Landtag behandeln. Wegen der Veröffentlichung von Telefongesprächen von Wolfgang Pohl mit Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Karl-Heinz Dellwo in Zusammenhang mit der Beendigung des Hungerstreiks in der Presse hat ein FDP-Abgeordneter Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet, um etwas „mehr Licht“ in die Angelegenheit zu bringen. Wenn ein ähnlicher Fall z.B. in der Wirtschaft vorgekommen wäre, hätte es große Aufregung gegeben. — (chl)

Arbeitsmarkt

Arbeitslose „billig“ für Kapitalisten

Mit 1,75 Mrd. DM will die Bundesregierung die Einstellung von „Langzeitarbeitslosen“ fördern. Das Programm tritt am 1.7. in Kraft. Es sieht kräftige Lohnkostenzuschüsse vor, gestaffelt nach



Langzeitarbeitslosen soll alles zugemutet werden.

Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen 50—80% für die Dauer bis zu zwei Jahren. Die Zuschüsse werden über die Dauer der Arbeitslosigkeit hinaus an keinerlei Auflagen geknüpft.

Dies unterscheidet sie von den Lohnkostenzuschüssen, die bisher nach dem Arbeitsförderungsgesetz möglich waren. Durch die Kürzungen im Haushalt 1989 der Bundesanstalt für Arbeit sind für andere Formen der Lohnkostenzuschüsse sowieso schon jetzt keine Mittel mehr

vorhanden. Mit diesem Programm werden so an allen bisherigen gesetzlichen Auflagen vorbei (z.B. wurde ein Einarbeitungszuschuss nur gezahlt, wenn der Arbeitnehmer beruflich qualifiziert wurde) Kapitalisten gemästet.

Lange schon fordern Kapitalistenverbände, lebhaft unterstützt durch Politiker vor allem der FDP, tariflich verankerte Lohnabschlüsse bei der Einstellung Arbeitsloser. Damit konnten sie sich bisher gegen den Widerstand der Gewerkschaften nicht durchsetzen. Durch das neue Programm wird ein ähnlicher Effekt erreicht: Unternehmen müssen für einen Teil der neu eingestellten Beschäftigten nicht den vollen Lohn zahlen. Bringt das Programm „Erfolge“, d.h. sinkt die statistische Zahl der Langzeitarbeitslosen, werden Tarifabschlüsse heftiger als je zuvor gefordert werden.

Vor allem Tarifabschlüsse für schwere Handarbeit, denn die „Hilfsarbeiter“ sind erklärtermaßen Zielgruppe des Programms. Blüm: „Was mir Sorge bereitet, das ist das Schicksal der Ungelerneten. Ein Teil wird qualifizierungsunfähig sein, aber ein Teil nicht, und auch die haben einen Anspruch auf Mitarbeit.“ Zumindest werden sie an die „Pflicht zur Arbeit“ in nächster Zeit nachdrücklich erinnert werden: die Zumutbarkeitsanordnung soll wieder verstärkt angewendet werden. Gerade langfristig Arbeitslosen, die bereits Arbeitslosenhilfe beziehen, ist damit fast alles „zuzumuten“. Arbeitsminister Blüm betrachtet das Programm als weiteren Beitrag der Bundesregierung zur Deregulierung des Arbeitsmarktes. SPD und Grüne werfen der Regierung „Schaumschlägerei“ vor und verlangen „bessere“ Programme in der gleichen Richtung.

Quellenhinweis: Bundestagsdebatte vom 2.6. 1989 — (syb)

Gorbatschow-Besuch

Viele Zuge- ständnisse

Mehr als ein Dutzend Abkommen haben die sowjetische Delegation unter Gorbatschow und die Bundesregierung während des Besuchs Gorbatschows letzte Woche unterzeichnet. Eine ganze Reihe davon erleichtern westdeutschen Konzernen die wirtschaftliche Expansion in die UdSSR, so das Investitionsschutzabkommen, von dem z.B. das „Handelsblatt“ urteilt, es trage „durch einen hohen Rechtsschutzstandard zu einer wesentlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kapitalanlagen in der Sowjetunion bei“. Gleich zwei Abkommen sollen die „Aus- und Weiterbildung“ von sowjetischen „Führungskräften“ in westdeutschen Konzernen ermöglichen. Diese versprechen sich davon schon jetzt neue Möglichkeiten zum Aufbau von Verbindungen in sowjeti-

schen Unternehmen und Regierungsapparate und zur Anbahnung entsprechender Geschäfte. Der Verband der Wirtschaftsjunioren hatte es damit so eilig, daß er Gorbatschow schon einen Tag nach Unterzeichnung der Abkommen eine Liste mit 85 Praktikantenstellen für sowjetische „Führungskräfte“ übergab. Auch die übrigen Angebote der Regierung der UdSSR an BRD-Konzerne sind nicht geringfügig: So will die UdSSR das von EG-Konzernen entwickelte System des „hochauflöschlichen Fernsehens“ übernehmen — für Riesenhuber schon fast der Sieg über die konkurrierende Technologie japanischer Konzerne.

„Der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten und die Sorge für das Überleben der Menschheit müssen im Mittelpunkt der Politik stehen“, heißt es in der bei dem Besuch unterzeichneten „gemeinsamen Erklärung“. Das wird von der Bundesregierung als Beleg für eine „geistige Wende“ in der Sowjetunion hin zu westlichen Werten, hin zum

westlichen Individualismus interpretiert. Tatsächlich konzentriert sich die Sowjetunion bei der Kritik an den imperialistischen Staaten derzeit fast ausschließlich auf die Kritik an deren Hochrüstung. Das trägt im Augenblick zu ihrer Popularität bei, schwächt aber zugleich die Kritik insbesondere am Revanchismus der BRD in entscheidenden Punkten. So betont die gemeinsame Erklärung an anderer Stelle beispielsweise die „uneingeschränkte Achtung der Integrität und Sicherheit jedes Staates“ (also doch wohl auch der DDR, deren staatliche Existenz die BRD bekanntlich vernichten will), um dann aber sogleich als nächsten Grundsatz „insbesondere ... das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu bekräftigen — eben jene Formel, mit der die BRD ihre Forderung nach Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches begründet. Das geht bis hin zu folgendem gemeinsamen Grundsatz: „Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas. Diese kul-

turelle Vielfalt ist eine der großen Schätze des Kontinents. Nationale Minderheiten in Europa mit ihrer Kultur sind Teil dieses Reichtums. Ihren berechtigten Interessen gebürt Schutz.“ Eine solche Formel mit der BRD zu unterzeichnen, ohne sich z.B. wenigstens zu verwahren gegen westdeutsche Versuche der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten — wie sie die BRD mit ihrer Forderung nach „deutschen Volksgruppenrechten“ in Osteuropa sattsam bekannt betreibt — ist schon ein großes Zugeständnis.

Wenigstens in einem Punkt freilich blieb die Sowjetunion auch bei diesem Besuch hart: Mit ihrer Forderung nach Konzessionen in der Westberlin-Frage kam die BRD erneut nicht durch. Wie bisher heißt es in der gemeinsamen Erklärung lediglich: „West-Berlin nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“ — (rül)

Republikaner neofaschistisch?

Verfassungsschützer müssen zum Jagen getragen werden

Auffallend kurz vor den Europawahlen hat die CSU-Landesleitung am 1. Juni 1989 in München eine Dokumentation „Republikaner auf Radikalkurs“ der Öffentlichkeit übergeben. Der Zweck dieses politischen Angriffs auf die Republikaner dürfte in erster Linie darin liegen, die Zahl der Protestwähler nicht in Dimensionen wachsen zu lassen, die auch für die CSU in Bayern eher schädlich wäre. Die Kritik an den Republikanern ist so angelegt, daß einer ausführlichen Behandlung existierender, programmatischer Festlegungen ausgewichen wird und damit von Gemeinsamkeiten der christlich-konservativen Rechten mit der faschistisch-nationalistischen Rechten abgelenkt werden kann. Die CSU-Landesleitung und ihr Generalsekretär Huber befassen sich demgegenüber mit Republikaner-Äußerungen in den Medien, aber auch mit den Veranstaltungen der Republikaner und den brutalen Einsätzen der Ordner gegenüber Veranstaltungsbewuchern, die sich kritisch gegenüber den Republikanern geäußert haben. Auch Mitglieder der CSU und CDU hat „man eine in die Schnauze geschlagen“, was Schönhuber mit „klammheimlicher Freude erfüllt“ habe.

In dieser Dokumentation wird nicht festgestellt, daß die Republikaner neonazistisch und rechtsradikal seien, sondern die CSU kritisiert eine Unterwanderung durch Neonazis und Rechtsradikale. Mit diesem Argument könnte dann auch eine Verfassungsschutzbeobachtung legitimiert werden, ohne ausdrücklich fest-

stellen zu müssen, daß das Statut und Programm zu dieser Tätigkeit Anlaß gäben. Mit dem Argument Unterwanderung durch Neonazis und Rechtsradikale soll es auch schon wieder Austritte bei den Republikanern gegeben haben, wie z.B. in Westberlin die stellvertretende Vorsitzende Alexandra Kliche. Zweitens bezeichnet die CSU irgendeine Berufung von Schönhuber auf das „politische Lebenswerk von Franz Josef Strauß“ um eventuell die FJS-Fan-Gemeinde bei den Republikanern einzufangen als „plumpe

politische Fälschung“.

Ob die CSU auf diesem begonnenen Weg der politischen Abgrenzung von den Republikanern, die nun zaghaft und aus wahltaaktischen Gründen zu den Europawahlen vorliegt, weiter getrieben werden kann, ist nicht gewiß und wird nicht leicht sein. Die CSU hat folgende Ursache für das Erstarken dieses Teils der Rechten in der BRD herausgefunden: „Die Hereinnahme von linksradikalen Grünen und Alternativen in die Regierungsverantwortung durch die SPD hat radikale Kräfte salonfähig gemacht. Politische Entscheidungen dieser Art führen zur Stärkung der Ränder im politischen Spektrum.“ Diese Ursachenfälschung hat Tradition und gehört zu einem unumstößbaren Bestandteil der Regierungspropaganda. Gegen diese interessierte Fälschung gibt es aber auch



Schönhuber in Bad Godesberg.

CSU-Dokumentation über die Republikaner und Schönhuber

Bei der Partei „Die Republikaner“ tritt zunehmend eine Radikalisierung zutage. Die nachstehenden Belege zeigen, daß eine Spirale des Fanatismus in Gang gekommen ist. Kraftmeierei fließt über in verbale Gewalt. Die Parteispitze beteiligt sich selbst an der Radikalisierung, nimmt sie billigend in Kauf oder wird die Geister nicht mehr los. In den zahlreichen Veranstaltungen gibt es keine Lösungsvorschläge zu Sachthemen.

1. Menschenverachtende Sprache

Der Bezirksvorsitzende der oberbayerischen Republikaner, Franz Glasauer, forderte am 20. Mai auf einer Wahlveranstaltung in Regensburg, der Bauzaun auf dem ursprünglich geplanten WAA-Gelände solle erhalten bleiben und als „Arbeitslager ... für das Gesindel und den Abschaum“ verwendet werden. (Mittelbayerische Zeitung vom 22.5. 1989)

Die Sprache ist in höchstem Maße menschenverachtend und aggressiv, Minderheiten werden diffamiert, Gegner bedroht. Wer so spricht, ist in einer pluralistischen Gesellschaft zu Toleranz, Respektierung des Andersdenkenden nicht in der Lage.

2. Drehen an der Spirale der Gewalt

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wird in einem Wahlspot der Republikaner durch die Unterlegung des Liedes „Spiel mir das Lied vom Tod“ indirekt gegen Türken in Kreuzberg gehetzt.

deutlichen Widerstand, der insbesondere in der gewerkschaftlichen Diskussion sichtbar ist. Hauptsächlich von politischen Richtungen, die sich auf Interessen der werktätigen Klassen beziehen, werden Anstrengungen unternommen um antifaschistische Kritik mit der Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verbinden.

Am 9. Juni schreibt dann die „Bayerische Staatszeitung“ in einem Artikel anlässlich der Präsentation des Verfassungsschutzberichts 1988 durch den bayerischen Innenminister Dr. Edmund Stoiber: „Die Republikaner werden jetzt vom bayerischen Verfassungsschutz einer Vorüberprüfung auf mögliche verfassungsfeindliche Ziele hin unterzogen.“ Da die Gemeinsamkeiten von Republikanern, DVU-Liste D und der NPD gerade im Europa-Wahlkampf noch deutlichere Formen angenommen haben, mußte die Bayerische Staatsregierung handeln. Inwieweit dieser Schritt tatsächlich dazu führen wird, daß die Republikaner als „rechtsextremistische“ Organisation eingestuft werden, bleibt damit aber weiterhin offen. In dem

... Schönhuber: „Es hat mich ... mit klammheimlicher Freude erfüllt, als ich erfahren haben, daß man auch den CDU-Funktionären ein paar in die Schnauze geschlagen hat in dem Lande.“ (Panorama vom 16.5.1989)

... Demagogisch werden Stimmungen angeheizt, dumpfe Gefühle geschürt, damit wird ein Klima geschaffen, das früher oder später zwangsläufig in Gewalttätigkeiten enden wird. Scheinbare Honorigkeit kann Radikalität nicht mehr verdecken.

3. Polarisierung und Verschärfung des politischen Klimas

Bei einer Rede am 26. Mai 1989 in Gollachostheim bei Uffenheim hetzte Franz Schönhuber gegen den evangelischen Pfarrer des Ortes und die Kirche so sehr, daß der Pfarrer inzwischen Schmähbriefe und anonyme Drohungen erhält, man nagle die Kirchentüre zu und zersteche seine Autoreifen. Der Sonntag, so Pfarrer Heydmann, sei „ein Spießrutenlaufen für die Gottesdienstbesucher“ gewesen. (Fränkische Landeszeitung vom 29.5.1989)

... Spaltung, Polarisierung, Einteilung in Gute und Böse prägen Republikanerreden. Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich. Das Vorurteil wird zum Mittel der Auseinandersetzung.

4. Schüren von Ausländerhaß

Franz Schönhuber und Peter Köhler stellen wie viele andere Republikaner speziell Asylanten als Gesindel und politische Kriminelle hin, als Drogenhändler oder Drogensüchtige. (Panorama vom 16.5.1989)

... Durch Hetze gegen Ausländer wer-

den die Probleme überdeckt, blinder Haß wird geschürt, eine vernünftige, differenzierende Lösung der komplizierten Problematik wird verhindert.

5. Phrasen über Europa

Flugblatt der Republikaner zu Europa: „Wir treten dafür ein: ... daß deutsche Bauern nicht länger die Prügelnaben einer verfehlten EG-Politik sind und die Bundesrepublik Deutschland nicht länger der Zahlmeister Europas ist.“ (verantwortlich Franz Glasauer, Die Republikaner, München)

... Vom Zahlmeister Europas zu reden, ist eine Lüge. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich ungeheure Vorteile von der EG hat. Beweis: Die Bundesrepublik hat einen Außenhandelsüberschuß in die EG-Staaten von 81 Milliarden, Bayern in Höhe von 18 Milliarden. Ohne EG müßten Bayerns Bauern auf ein Drittel ihres Einkommens verzichten.

6. Neonazistische und rechtsradikale Unterwanderung und Parolen

Franz Schönhuber: „Wenn man mich neunmal niederschlägt, werde ich zehnmal wieder aufstehen, weil ich der Meinung bin, daß ich in diesem Lande inzwischen eine historische Hoffnung der Deutschen geworden bin.“ (Panorama vom 16.5.1989)

... Die Wendungen erinnern fatal an vergangene Zeiten. Es zeigt auch, daß sich Schönhuber in seinem Personenkult nur noch formal an demokratische Spielregeln hält.

Verfassungsschutzbericht werden als Merkmale des „Rechtsextremismus“ u.a. genannt: „die pauschale Überbewertung der Interessen der ‚Volksgemeinschaft‘ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die auf eine Auslöschung der Grundrechte abzielt (völkischer Kollektivismus); ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachten der Nationalismus; die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind; immer wiederkehrende Versuche, das NS-Regime unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen und dabei seine Verbrechen zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.“ Wie die gegenwärtig betriebene Hetze und Propaganda durch die Republikaner, die DVU und die NPD zeigen, bedeutet dies noch lange nicht ein Verbot und eine Auflösung dieser Organisationen. Wenn allerdings die Republikaner als „rechtsextremistische“ Organisation eingestuft würden, dann wäre die Rekruti-

tierung ihrer Mitglieder aus dem Staatsapparat erschwert und eine Unterwandlung der Polizei, der Bundeswehr und auch des Verfassungsschutzes selber — z.B. zur Beobachtung der Ausländerorganisationen — nicht mehr so leicht wie gegenwärtig möglich.

Obwohl nach diesen Kriterien offensichtlich die Republikaner zum Bereich „Rechtsextremismus“ zu zählen sind, äußerte sich der Verfassungsschutz-Präsident Gerhard Boeden in der „Süddeutsche Zeitung“ vom 16./17. Juni 1989 eher etwas verhalten. Auf die Frage nach den „stärksten Berührungspunkten mit rechtsextremistischen Organisationen“ die Antwort: „Ich muß da aus rechtlichen Gründen äußerst zurückhaltend sein. Ich möchte daher eine solche Bewertung erst dann vornehmen, wenn wir geprüft haben, ob z.B. Rassismus vorliegt ...“ Man kann den Eindruck gewinnen, daß dieser Mann zum Jagen getragen werden muß.

Quellenhinweis: Süddt. Ztg. Nr. 136, Bayerische Staatszeitung 9.6.1989, Verfassungsschutzbericht Bayern 1988, CSU-Dokumentation „Republikaner auf Radikalkurs“ 1.6.89. — (dil)

129 a-Prozeß

Ingrid Strobl zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt

Am 9. Juni wurde Ingrid Strobl wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ und „Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Damit blieb die Düsseldorfer Staatschutzkammer etwas unter dem Antrag der Bundesanwaltschaft, die sieben Jahre Haft forderte. Dennoch ist die Strafe hoch und angesichts der „Beweislage“ härter, als viele erwartet haben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die Angeklagte die Revision beantragt hat.

Ingrid Strobl wurde vorgeworfen, den Wecker gekauft zu haben, der bei einem Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen/Rote Zora auf das Lufthansa-Verwaltungsgebäude in Köln verwendet wurde. Die Verteidigung wies in ihrem Plädoyer darauf hin, daß die Identität des gekauften Weckers mit dem zum Anschlag verwendeten nicht zweifelsfrei nachzuweisen sei. Sie bezog sich dabei auf die Aussage eines Angestellten der Herstellerfirma, der vom Bundeskriminalamt mit der Kennzeichnung der Wecker beauftragt war. Das Gericht folgte dieser Auffassung nicht, sondern stellte die Zeugenaussagen zweier Beamter des Bundeskriminalamtes als absolut glaubwürdig dar, obgleich sich beide im Laufe des Verfahrens in zahlreiche Widersprüche verwickelt hatten.

Ein Grund für die Verurteilung ist die Tatsache, daß Ingrid Strobl die in der BRD praktizierte Gen- und Reproduktionstechnologie einer Kritik unterzogen hat. Das Gericht hat damit den von der Bundesanwaltschaft eingeführten Begriff der „anschlagsrelevanten Themen“ aufgegriffen und die Möglichkeit genutzt, Leute wegen Befassung mit als so eingeschätzten Themen zu verurteilen. Der Begriff ist damit auch gerichtlich abgesegnet.

Richter Arend kommentierte die Weigerung Ingrid Strobls, den Namen des Mannes zu nennen, für den sie den Wecker gekauft hat, wie folgt: „Der Senat hat sich oft gefragt, wieso Ingrid Strobl den Namen von Mr. X nicht nennt, und hat sich schwer damit getan, eine Erklärung dafür zu finden. Jetzt, nach vernünftiger Würdigung aller in der Hauptverhandlung erwiesenen Tatsachen, ergibt sich die Erklärung einfach und ganz von selbst. Die seltsame politische Moral der Angeklagten interessiert den Senat nicht. Wer eine strafbare Handlung begeht, muß mit Strafe rechnen. Das verpflichtet ihn aber nicht, seine Tatgenossen zu verpfleben. Gewöhnlichem kriminellen Verhalten entspricht sogar die Nicht-Nennung. Daß Ingrid

Strobl den Namen von Mr. X nicht nennt will, ist also lediglich Ausdruck ganz gewöhnlicher Ganovenerehe.“

Sogar Teile der bürgerlichen Presse kritisieren das Urteil als maßlos, wenn auch aus bestimmten Gründen. So die „Frankfurter Rundschau“ am 10. Juni: „Daß bei den Richtern Skepsis überhaupt keinen Eingang fand, das Prinzip ‚in dubio pro reo‘ (im Zweifel für den Angeklagten, d. Red.) nicht einmal in kleinen Einschüben zur Geltung zu bringen, überzeugt nicht. Die Diskussion über den umstrittenen § 129 a wird nun wieder neu angefacht werden.“ Ansehbarkeit der zu erwartenden Eröffnung eines 129 a-Verfahrens gegen nunmehr 20 Kurdinnen und Kurden, bei dem es darum geht, den kurdischen Befreiungskampf als „terroristisch“ zu diffamieren

Zusammenhang mit dem Anschlag, an dem Ingrid Strobl mitgewirkt haben soll, noch gesucht werden.

Außerdem wird damit die Rote Zora und andere, den Revolutionären Zellen nahestehende Kreise in einen ähnlichen Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung gebracht wie die sogenannte dritte Ebene der Roten Armee Fraktion. Die letzten Verfahren gegen von der Bundesanwaltschaft als „Militante“ bezeichnete Leute haben gezeigt, daß solche Konstruktionen alsbald benutzt werden, um Leute, die politische Gefangene unterstützen und deren Auffassungen auch annähernd teilen, als Mitglieder einer „terroristischen Vereinigung“ zu verurteilen.

Das Bundesinnenministerium jedenfalls freut sich in der jüngsten Ausgabe seiner Zeitschrift „Innere Sicherheit“ über die langjährigen Urteile gegen acht „Militante“ als Mitglieder der Roten Armee Fraktion, darunter Erik Prauss und Andrea Sievering, die in derselben Razzia festgenommen wurden, bei der auch Ingrid Strobl gesucht wurde. Es röhmt die ungehemmte Verfolgung von



Auf der Solidaritätsdemonstration zur Prozeßeröffnung gegen Ingrid Strobl.

und abzuurteilen, würde eine öffentliche Kritik des § 129a, der solchen Gesinnungsverfahren den Anschein von Legitimität verpassen soll, nur stören.

Das Urteil eröffnet der Justiz, wenn es in der Revision bestätigt wird, weitere Möglichkeiten der Verfolgung der politischen Opposition. Denn das Gericht hat mit dem Urteil die von der Bundesanwaltschaft aufgestellte Behauptung, bei den Revolutionären Zellen handele es sich um eine festgefügte Organisation, festgeschrieben. Es hat außerdem festgestellt, die Rote Zora sei eine feste Unterorganisation der als „terroristische Vereinigung“ gebrandmarkten Revolutionären Zellen. Dies wird eine Verurteilung z.B. der vier Leute erleichtern, die im

Teilen politischen Opposition: „Seit 1987 sind terroristische Aktionen der ‚Militanten‘ nicht mehr zu verzeichnen ... Dies läßt vermuten, daß die seit 1986 erfolgten Festnahmen im Bereich der ‚Militanten‘ eine größere Vorsicht, möglicherweise auch eine beträchtliche Verunsicherung dieses Personenkreises hervorgerufen haben.“

Im Verlauf des Strobl-Verfahrens ist von Teilen der Solidaritätsbewegung die Forderung nach Abschaffung des § 129a erhoben worden. Die politische Kritik an diesem Strafparagraphen aber ist unentwickelt und bezieht sich nur auf einen winzigen Teil der damit Verfolgten.

Quellenhinweis: Innere Sicherheit, Nr. 2 v. 30. Mai 1989 — (tja, uld, wof)

Auszüge aus dem Schlußwort im Prozeß von Ingrid Strobl

Vier Monate hat sich dieser Prozeß nun hingezogen. Was bleibt nach dieser langen Zeit? ... Es bleibt mir und allen, die es mitansehen konnten, die Erinnerung an meinen Raubtiertransport mit Panzerwagen, Hubschrauber, Lalülala und entsicherten Maschinengewehren.

Angesichts dieses Szenarios, angesichts dieser stimmungsmachenden angeblichen Sicherheitsvorkehrungen, angeichts dieses in Staatsschutzprozessen zur Norm gewordenen Ausnahmezustandes behauptet der Senat dennoch immer wieder, es handele sich hier um einen ganz und gar normalen Strafprozeß. Warum es sich hier eben ganz und gar nicht um einen normalen Strafprozeß handelte, das haben meine Verteidigerin und mein Verteidiger in ihren Plädoyers ausführlich dargestellt ...

Zu diesem Verfahren gehört auch, daß Ulla Penselin und ich der Presse als überführte „Terroristinnen“ präsentiert wurden und die Presse diesen Karlsruher Krimi zumindest zu Anfang auch unbesehen schluckte ...

Zu diesem Verfahren gehört indirekt auch die neue Wunderwaffe Beugehaft. Die Bundesanwaltschaft mußte zuerst Ulla Penselin aus ihren Klauen lassen und dann zusehen, wie die Fadenscheinigkeit ihrer angeblichen Beweise gegen mich immer offensichtlicher wurde. Also konzentrierte sie sich verstärkt auf die Fahndung nach den vier Personen, die sie seit dem 18. 12. 1987 als angebliche RZ-Mitglieder verfolgt. Doch auch gegen diese Personen hat sie nicht genügend Beweise in der Hand, wie sie selber zugibt. Deshalb versucht sie nun, aus Bekannten und Freundinnen dieser Menschen Zeugenaussagen zu pressen. Das Druckmittel dabei ist die Androhung von Beugehaft. Und bekanntlich blieb es nicht bei der Androhung, zwei Frauen mußten tatsächlich für ihre Weigerung, mit den Herren zu sprechen, ins Gefängnis. Die Bundesanwaltschaft könnte nicht mehr ruhig schlafen, wenn sie endlich zugeben müßte, daß ihr ganzer Weihnachtszauber vom 18. 12. nichts als ein gewaltiger Flop war.

Was bleibt nach dieser viermonatigen Verhandlung von der Anklage? Es bleibt noch nicht einmal die anfangs so sieges sichere Behauptung, ich sei Mitglied der Revolutionären Zellen. Die Bundesanwaltschaft hat diese Behauptung natürlich nicht freiwillig zurückgenommen, sondern nur, weil das Gericht ihr vorhielt, die Beweise reichten ihm nicht aus.

Die Bundesanwaltschaft versucht sich nun dadurch an mir zu rächen, daß sie eine hohe Haftstrafe für Unterstützung und Beihilfe fordert. Beweise kann sie auch dafür nicht vorbringen. Nur waghalsige Interpretationen meines Verhaltens und offensichtliche Falschinterpretationen von Zeugenaussagen.

Dem Plädoyer der Bundesanwälte war das Zähnekirschen der Herren Lampe und Kruse anzuhören.

Bemerkungen wie die, eine radikale Feministin würde normalerweise mit einer modischen Uhrenverkäuferin nicht freundlich parlieren, solche Bemerkungen sprechen für sich — und für das Bild, das Bundesanwälte von radikalen Feministinnen haben ...

Die Bundesanwaltschaft hat aber auch gelernt im Verlaufe dieses Verfahrens. Sie hat zum Beispiel gelernt, daß sie sich mit ihrer neuesten Erfindung, den „anschlagsrelevanten Themen“ in der Öffentlichkeit nicht durchsetzen konnte. Ganz im Gegenteil — die Themen haben sich durchgesetzt. Und so haben die Herren Bundesanwälte doch tatsächlich die Chuzpe, in ihrem Plädoyer zu behaupten, meine Beschäftigung mit „anschlagsrelevanten Themen“ spiele keine Rolle für die Anklage. Da bleibt natürlich zu fragen, warum die Ermittlungen gegen mich und die Menschen, mit denen ich befreundet bin, ständig damit begründet wurden, wir würden uns mit „anschlagsrelevanten Themen“ befassen. Und warum die Ankläger darauf bestanden, als Beweismittel im Ver-

fahren einen Brief von mir zu verlesen, in dem ich schreibe, ich hätte mich auch mit den Themen befaßt, die neuerdings als „anschlagsrelevant“ gelten.

Empört weist die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer den Vorwurf zurück, die Anklage stütze sich auf meine Gesinnung. Oh nein, die spielt nicht die klitzekleinste Rolle. Aber, sagt die Bundesanwaltschaft weiter, man müsse dennoch bedenken, daß meine Gesinnung exakt dieselbe sei wie die der Revolutionären Zellen. Und so wurden seitenweise alte Artikel von mir verlesen. Einmal im Rahmen der Verlesung meiner Emma-Texte. Und dann noch einmal, als Briefe, die ich im Gefängnis geschrieben habe, als Beweisdokumente in dieses Verfahren eingeführt wurden. In diesem Artikel, der für die Bundesanwaltschaft besondere Beweiskraft besitzt, ging es noch einmal um Flüchtlinge, um Asylpolitik. In diesem Artikel — aus dem Jahre 1983 — geht es schlicht um Ausländerfeindlichkeit. Ich frage in diesem Artikel, warum wir uns nicht stärker mit den hier lebenden Arbeitsemigrantinnen solidarisieren. Warum wir zum Beispiel zu Türkennitzen schweigen, statt laut loszubrüllen. Warum wir rassistische Grafitti nicht einfach übermalen. Warum wir so wenig Zivilcourage aufbringen, wo uns doch nichts passieren kann, wo doch nicht die Gestapo vor der Tür steht, wenn wir den Mund aufmachen. Dieser Artikel nun hat den Bundesanwälten offenbar so sehr im Magen gelegen, daß sie ihn gleich zweimal als Beweisdokument zu den Akten gaben. Ich erspare mir dazu jeden Kommentar.

Mein Gesinnung also tut nichts zur Sache. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Was bleibt sonst noch? Nichts. Also legen die Ankläger das Schwergewicht ihrer Argumentation auf mein sogenanntes Aussageverhalten — und damit letztlich wieder auf meine Gesinnung. Das ist durchaus verständlich. Zum einen widerspricht meine Weigerung, ihnen X auszuliefern, diametral ihrer Verfolger-Mentalität. Zum anderen können sie weder für meine Mitgliedschaft Beweise vorbringen, noch dafür, daß ich wußte, wofür ich den Wecker kaufte. Und so wird mein Schweigen zu X zum Hauptbelastungspunkt, zum scheinbar schlagenden Beweis für meine Mitwisserschaft.

Tatsache ist und bleibt, daß X nicht die geringste Chance hätte, ganz egal, ob er sich selber stellt, wie es von romantischen Gemütern verlangt wird, oder ob ich seinen Namen nenne. Und mir wäre damit auch nicht geholfen. Man kann dann immer noch behaupten — und die Bundesanwaltschaft würde das auch tun — er sei eben das Mitglied und ich die Unterstützerin ...

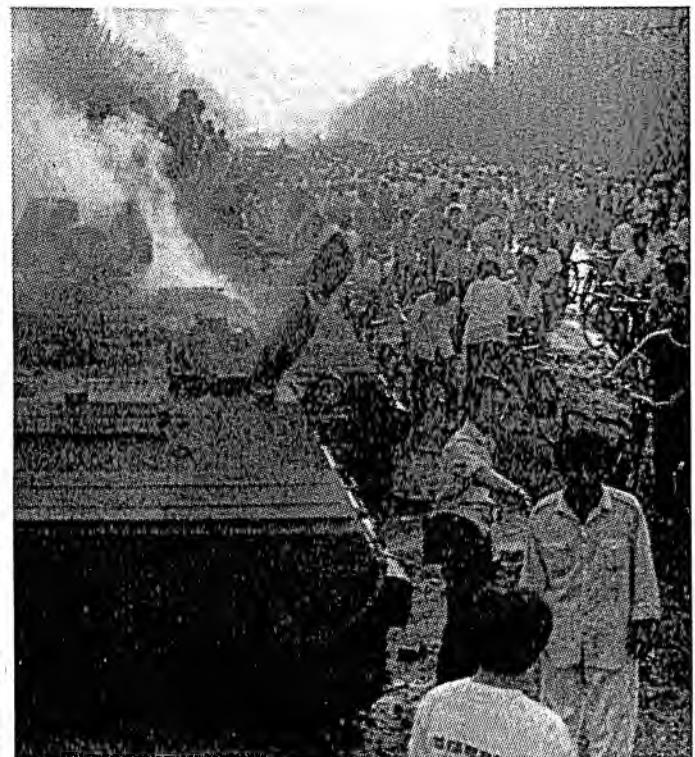
Daß ich X nicht ausliefere, das hat nicht nur mit ihm zu tun, sondern vor allem mit mir selbst. Mit meinem politischen Selbstverständnis, mit meinem Verständnis von Moral, von Würde, von Stolz. Diese Begriffe mögen altmodisch klingen, aber für mich sind sie heute so aktuell wie nie zuvor. Ich höre von mehreren Seiten, es sei nicht verständlich, daß ich jetzt, nach der Erfahrung von fast 18 Monaten Gefängnis weitere Jahre im Gefängnis riskiere, indem ich nicht sage, für wen ich den Wecker gekauft habe. So kann nur denken, wer zum einen tatsächlich glaubt, der Verrat würde mir nutzen, und so kann vor allem nur denken, wer selbst nie im Gefängnis war und wer davon ausgeht, alle Menschen wären käuflich.

Ja, ich lebe — wenn man diesen Euphemismus verwenden will — ich lebe seit fast 18 Monaten im Gefängnis. Ja, ich leide auch darunter. Ich leide aber nicht nur, sondern ich kämpfe täglich darum, mich durch die erniedrigenden Bedingungen des Gefängnisses nicht erniedrigt zu lassen ...

Ich bekenne mich schuldig, eine radikale linke und feministische Gesinnung zu hegen und diese nicht ablegen zu wollen.

Ich bekenne mich schuldig, die Ausbeutung und Ermordung der Menschen in der sogenannten Dritten Welt nicht hinnehmen zu können.

Quelle: clockwork 129a, Nr. 15 (vorerst letzte Ausgabe)



Nach der gewaltigen Niederschlagung der Proteste in Peking muß sich die Opposition in der VR China notwendig differenzieren und sich dabei von rechten, bürgerlichen Kräften trennen.

Klassenkämpfe in China

Entwicklung bestätigt: Nur der Sozialismus kann China retten

Am 6. Juni, drei Tage nach dem Einsatz der Armee zur Niederschlagung der Massendemonstrationen in Beijing, spekulierte die „Frankfurter Allgemeine“ noch hoffnungsvoll: „Es ist nicht mehr auszuschließen, daß das asiatische Riesenreich, dessen zentrifugale Kräfte jahrzehntelang von der eisernen Disziplin der kommunistischen Partei gebändigt worden waren, einem Chaos entgegengeht.“ Eine kurze Zeit versuchte die imperialistische Presse den Eindruck zu erwecken, China befände sich am Rande eines Bürgerkrieges. Dann, als klar wurde, daß es der chinesischen Staats- und Parteiführung gelungen war, die städtische Massenbewegung unter Führung der Intelligenz schnell und hart niederzuwerfen, ließ die imperialistische Journalistik die Bewegung, die sie zuvor angestachelt und gefeiert hatte — die imperialistischen Hetzsieder waren Tag und Nacht tätig, dabei unterhält allein BBC vier Kurzwellensender —, gnadenlos fallen: „Die Welt ist abermals belehrt worden — sie hätte es vorher wissen müssen —, daß einem kommunistischen Regime die Macht nicht auf solche schnelle Art mit Hungerstreiks, Stirnbändern und einer herumgetragenen Schaumstoff-Freihheitsgöttin zu nehmen ist; dazu gehören bessere Strategien.“ (1)

Schon Wochen zuvor, noch vor der NATO-Tagung, hatte der US-Präsident Bush die Unterstützung der USA für „Freiheit und Demokratie“ in China mit einer Warnung vor „radikalen Aufwallungen“ verbunden und erklärt: „Ich bin alt genug, um mich an Ungarn 1956 zu erinnern. Ich möchte nicht Katalysator sein und einen Kurs empfehlen, welcher unweigerlich zu Gewalt und Blutvergießen führen würde.“ (2) Nein, der Wolf ist nicht zum Schaf geworden. Aber die imperialistischen Strategen haben die Niederlage der Bewegung, der sie massive politische und auch materielle Unterstützung hatten zukommen lassen, und nicht erst seit April, frühzeitig vorausgesehen und entsprechend disponiert. Die imperialistischen Mächte haben über die internationalen Finanzmärkte kurzzeitig Druck auf die chinesische Wirtschaft ausgeübt. Sie haben sich jedoch gehütet, zu härteren Pressionen oder gar militärischen Interventionen zu greifen, wie von den ausländischen Korrespondenten in Beijing immer wieder als „Volksmeinung“ ins Gespräch gebracht worden ist. (3)

Das führt zu der Frage, warum die chinesische Staats- und Parteiführung die Massenbewegung, die immerhin Millionen auf die Straße gebracht hatte, in

solch kurzer Zeit hat niederwerfen können. Armeeinsatz, Verhaftungen und erste Todesurteile können den Zusammenbruch des Widerstands innerhalb weniger Tage nicht ausreichend erklären. Eine Lösung der gesellschaftlichen Krise kann sie nicht aufzeigen. Trotzdem kann sie eine gewisse Basis für die Unterdrückung der Massenbewegung finden. Wie wäre es sonst möglich, daß die Parteikomitees in den Großstädten in größerem Umfang Arbeitermilizen aufbieten können, gegen Verkehrsblockaden, zur Bevachung von Fabriken usw.? (4)

Der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun hat am 24.5. vor der Zentralen Militärikommission in Beijing eine für die weitere Entwicklung wichtige Rede gehalten; sie ist im „Handelsblatt“ vom 14.6. abgedruckt. Darin sagt er zur Begründung des vorbereiteten Armeeinsatzes: „Zurückweichen würde das Ende von uns bedeuten, das Ende der Volksrepublik China, eine Restaurierung des Kapitalismus, wie dies der Amerikaner Dulles (als US-Außenminister in den 50er Jahren verantwortlich für die Strategie der Einkreisung gegen China — Red.) hoffte.“ Auch wenn der von der Staats- und Parteiführung eingeschlagene Kurs das Ziel der unabhängigen sozialistischen Entwicklung Chinas längst aufgegeben hat, sind die Befürchtungen ernst zu nehmen. Wenn auch die Massenbewegung widersprüchlich war, waren bzw. sind doch die Kräfte nicht schwach, die offen die Restaurierung des Kapitalismus propagierten und sich dabei an das imperialistische Ausland um

Unterstützung wandten. Deshalb ist auch eine zweite Aussage Yang Shangkuns von Bedeutung. Er bezeichnete die Rede, die der Generalsekretär Zhao Ziyang, eine Leitfigur der Studentenbewegung und Verfechter der forcierten Weltmarktinintegration Chinas, Anfang Mai vor der Asiatischen Entwicklungsbank gehalten hatte, als „Wendepunkt“. Mit dieser Rede stellte sich Zhao Ziyang öffentlich und praktisch mit einem Appell ans Ausland — die Asiatische Entwicklungsbank ist eine Institution der Weltbank — hinter die Studentenbewegung und ihre Forderung nach „Demokratie“. Dies war durchaus als Signal zu verstehen, nicht nur an die Studentenbewegung, daß die Führung gespalten sei, sondern auch an das imperialistische Ausland, daß Bestrebungen, „Demokratie“ und „freie Wirtschaft“ herzustellen, eine Basis im Lande hätten.

Die Wucherung von Auffassungen, daß die Wiederherstellung des Privateigentums unter dem Schutz und mit Hilfe des Imperialismus die Entwicklung Chinas fördern könnte, ist letztlich die Konsequenz aus der Politik der KPCh unter der Führung Deng Xiaopings. Aber der Kurs, der aus solchen Auffassungen folgte, unterscheidet sich dennoch vom Kurs der „geplanten Marktwirtschaft“, wie ihn die VR China in den letzten über zehn Jahren verfolgte. Er würde China dem Imperialismus ausliefern. Daß die Massenbewegung die Kraft zu langanhaltendem Widerstand nicht fand, erklärt sich zumindest zu einem Teil aus der Tatsache, daß viele Intellektuelle mit Unterstützung aus dem Ausland gerechnet haben, die ausblieb und ausbleiben mußte.

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus einem Artikel von Professor Fang Lizhi, der als einer der wichtigsten Ideologen der Studentenbewegung gilt. Fang Lizhi hat diesen Artikel für die imperialistische Presse geschrieben, er wurde am 10.2. in der „Zeit“ veröffentlicht. Das Dokument gibt sicher die Auffassungen und Zielsetzungen nur eines Teils der Massenbewegung wieder, aber diese Auffassungen und Zielsetzungen sind vorhanden und haben viele Erscheinungen der Bewegung geprägt. Fang Lizhi selbst verfügt über vielfältige internationale Beziehungen, u.a. zu US-Präsident Bush, 1974 erster Leiter des US-Verbindungsbüros in Peking. Präsident Bush hatte ihn als „prominenten Dissidenten“ im Februar anlässlich seines China-Besuchs zu einem Bankett geladen und damit einen Eklat provoziert. Als die Panzer nach Beijing rollten, flüchtete Fang Lizhi in die US-Botschaft, wo er sich immer noch aufhält.

Quellenhinweis: (1) FAZ, 12.6.; (2) FAZ, 7.6.; (3) siehe z.B. FAZ, 8.6.; (4) so FAZ, 10. und 11.6. — (scc)

Nur Demokratie kann China retten

... Vierzig Jahre Sozialismus haben die Menschen entmutigt. In den fünfziger Jahren klangen Schlagwörter wie „Nur der Sozialismus kann China retten“ und „Ohne die Kommunistische Partei kein neues China“ wie Naturgesetze. Blickt man heute auf das „neue China“, hat man das Gefühl, daß mit der naiven Aufrichtigkeit jener Jahre gespielt und das Volk in seinem Enthusiasmus betrogen worden ist.

Gewiß, die letzten vierzig Jahre verliefen nicht ganz ohne Verbesserung oder Fortschritt. Aber Vergleichsmaßstab für gesellschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg sollte sein: Nahm der Abstand zwischen China und den entwickeltesten Gesellschaften der Welt zu oder ab? Mißt man unsere vierzig sozialistischen Jahre an diesem Kriterium, dann war nicht nur die maoistische Zeit ein Mißerfolg; sogar die letzten zehn „Reformjahre“ geben nur wenig Anlaß für irgendwelche Lobgesänge ...

Die Logik läßt nur einen Schluß zu: Die Enttäuschungen der vergangenen vierzig Jahre sind dem Gesellschaftssystem selbst zuzuschreiben. Darum hat heute in China das Streben nach Modernisierung den Glauben an eine Ideologie ersetzt. Der Sozialismus der Lenin-Stalin-Mao-Variante ist zutiefst in Mißkredit geraten. Gleichzeitig macht wieder einmal der 4. Mai-Slogan „Wissen und Demokratie“ die Runde und wird unter chinesischen Intellektuellen zur neuen Quelle der Hoffnung.

Die Reformen der letzten Jahre, die vor dem Hintergrund dieses Denkwandels begannen, haben in der Tat China gegenüber dem, was es zur Zeit Maos war, stark verändert. Wir sollten diese Veränderung positiv sehen. Die neue Betonung der Wirtschaft in der Innenpolitik und die Abkehr vom „Export der Revolution“ in der Außenpolitik sind wichtige Beispiele des Fortschritts.

Andererseits weckte bereits vor neun Jahren die Abschaffung der „Mauer der Demokratie“ die Ahnung, daß der Regierung nicht der Sinn nach politischen Reformen stand. Die Erfahrung der darauf folgenden Jahre bestätigte diese Angst. Beispiele:

— Obwohl die Regierung den Klassenkampf der maoistischen Zeit als Fehler eingestand, verkündete sie ihre „Vier politischen Grundprinzipien“ — was nichts anderes bedeutete als die Aufrechterhaltung erstens der Führung der Kommunistischen Partei; zweitens der Diktatur des Proletariats; drittens des sozialistischen Systems und viertens der Ideen des Marxismus-Leninismus-Maoismus. Diese vier Prinzipien unterscheiden sich in ihrem tatsächlichen Gehalt kaum von Maos „Sechs politischen Leitlinien“. Und eben

diese waren Grundlage für den dreißigjährigen „Klassenkampf“ ...

— Das chinesische Erziehungssystem, das jahrelang die verheerenden Folgen von Maos anti-intellektuellen und antikulturellen politischen Prinzipien erdulden mußte, bescherte China eine Bevölkerung, deren Analphabetenrate in etwa so hoch ist wie vor vierzig Jahren. Noch immer sind die Ausgaben für den Erziehungssektor, gemessen an Chinas Bruttonsozialprodukt, exakt die gleichen wie unter Mao, das heißt, sie liegen weiterhin unter der Norm von Ländern, deren wirtschaftliches Niveau dem Chinas gleichkommt. Unwissenheit ist eine treue Dienerin der Diktatur. Der wahre Grund für die Zerstörung der Erziehung ist offensichtlich.

— In den letzten Jahren mahnte die Regierung wiederholt zu „Stabilität und Einigkeit“, besonders bei Anzeichen von Unruhe. Stabilität und Einigkeit scheinen zu einer Art höchstem Prinzip erhoben worden zu sein. Aber wo es um einen Hauptgrund für die Instabilität der chinesischen Gesellschaft heute geht — den anhaltenden Bürgerkrieg mit Taiwan —, verliert dieses oberste Prinzip irgendwie seine Geltung. In ihrem Bemühen, den 42 Jahre dauernden Kriegszustand zu beenden, hat es die chinesische Führung bislang wenigstens theoretisch abgelehnt, das Prinzip „Verzicht auf militärische Gewalt“ gegenüber Taiwan zu akzeptieren ...

Ist eine freie Wirtschaft mit Chinas diktatorischer Regierungsform vereinbar? Ein Blick auf China im Jahre 1988 zeigt, daß im ganzen die Antwort auf diese Frage nein lauten muß.

Erstens: China unterscheidet sich gegenüber anderen Gesellschaften, die die Formel „politische Diktatur plus freie Wirtschaft“ versucht haben, dadurch, daß seine Art der Diktatur unfähig ist, eine freie Wirtschaft voll und ganz zu akzeptieren. Denn eine sozialistische Diktatur ist eng mit einem System „öffentlichen Eigentums“ verbunden (in Wirklichkeit Eigentum der Funktionäre), und seine Ideologie steht im fundamentalen Gegensatz zum Recht auf Privateigentum, wie es eine freie Wirtschaft erfordert. Obwohl die schwere Inflation von 1988 ganz klar zeigte, daß eine Preisreform chancenlos bleibt, wenn sie nicht von einer Reform der Eigentumsrechte begleitet wird, reagierte die chinesische Regierung auf die Inflation mit einer Flucht in die „höhere Kraft der Politik“. Das ist nichts anderes als ein Rückfall ins alte Fahrwasser der maoistischen Zeit: „Der Politik gebührt das Kommando.“ ...

Wenn sich demokratisches Bewußtsein weiter ausbreitet, muß es Interessengruppen geben, die der Führung noch mehr Gewicht entgegensetzen können. Tatsächlich sind solche politischen

Interessengruppen im Keim schon vorhanden. Eben jetzt erleben wir in vielen Branchen und Berufen und auf allen Ebenen der chinesischen Gesellschaft das Entstehen inoffizieller Clubs, Vereinigungen, Diskussionsgruppen und anderer informeller Zusammensetzungen, die in unterschiedlichem Maß beginnen, als Interessengruppen zu wirken. Demokratie ist nicht länger mehr nur ein Schlagwort; sie ist schon dabei, selbständig Druck auszuüben. Zweck dieses Drucks ist es, die Regierung schrittweise und ohne Gewalt zu zwingen, den Wandel in Richtung politische Demokratie und freie Wirtschaft zu akzeptieren. Gegenwärtig gehören die folgenden Themen zu den meistdiskutierten:

1. Garantie der Menschenrechte. Vor allem Redefreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit ...
2. Aufbau eines freien wirtschaftlichen Systems. Schrittweise Wirtschaftsreformen, einschließlich einer Reform der Eigentumsrechte.
3. Förderung der Ausbildung. Ende der Politik der „unwissenden Massen“; Einführung der erforderlichen und tatsächlich praktizierbaren Ausbildungsgänge, die Chinas wirtschaftlichem Niveau angemessen wären ...
4. Beendigung des Bürgerkriegszustandes in China; Förderung des Friedens mit Taiwan ...
- Übergang von gegenseitiger Feindschaft zu friedlichem Wettbewerb.
5. Errichtung eines Rechtsstaates ...
6. Überprüfung der Verfassung. Entfernung jeder Ausdrucksweise, die auf dem Prinzip des „Klassenkampfes“ zur Unterstützung der Diktatur aufbaut. Entwurf einer chinesischen Verfassung, die politische Demokratie und wirtschaftliche Freiheit vorsieht ... (Fang Lizhi, in: Zeit, 10.2.89)

VR Polen

Schwere Wahl-niederlage der PVAP

Bei den Wahlen zum Sejm am 4. Juni gewann die „Solidarność“ mit großer Stimmenmehrheit alle 161 der für Unabhängige reservierten Mandate (die übrigens 65% der 460 Sitze waren der Regierungskoalition vorbehalten) und bei den sog. „freien“ Senatswahlen 93 von 100 Sitzen schon im ersten Wahlgang. Demgegenüber erlitt die PVAP eine schwere Niederlage: Ihr Anteil im Senat ist fast gleich Null, v.a. aber erhielten 33 von den 35 Kandidaten der Regierungskoalition auf der Landesliste, darunter hohe Funktionäre, nicht die erforderlichen 50% der Stimmen. Da die Landesliste auch keine Gegenkandidaten hatte, fehlten somit im verfassungsmäßig auf 460 Abgeordnete festgelegten Sejm die 33 Kandidaten. Ein drohender Verfassungskonflikt konnte nur durch die Entschei-

dung des Staatsrates, eine erneute Aufstellung einer Landesliste, aber mit neuen Bewerbern und Gegenkandidaten zu gestatten, abgewendet werden. Mangelndes Vertrauen in die PVAP (wie aber auch in die Solidarność) zeigt nicht nur ihr schlechtes Wahlergebnis, sondern auch die geringe Wahlbeteiligung: 38% der wahlberechtigten Polen blieben zu Hause, (bei den Stichwahlen am 18.6. sogar ca. 80%). Darunter dürften etliche der Arbeiter sein, die in den vergangenen Jahren ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen in Streiks gegen den Widerstand der Regierung und die Maßnahmenappelle von Solidarność hatten durchsetzen müssen.

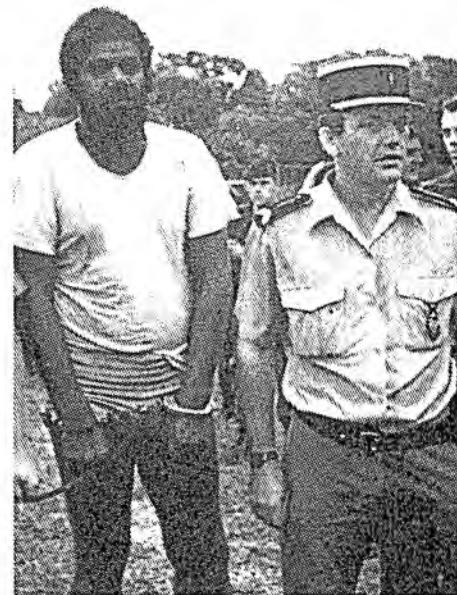
So berechtigt die Proteste der Regierung gegen die Unterstützung von Solidarność aus den imperialistischen Ländern durch Spenden, den Infiltrations-sender „Freies Europa“ und Auftritte auf Wahlveranstaltungen ist — vergessen sollte man dann auch nicht die Parteinahme der Kirche für Solidarność — so erklärt das doch nicht die Niederlage der PVAP. Vielmehr ist angesichts der vielfältigen Versorgungsgänge der Vorteil von Planwirtschaft kaum noch erkennbar, zumal die Not nicht alle gleich trifft, sondern sich krasse Differenzierung in Arm und Reich u.a. durch die inzwischen offiziell geduldete Entwertung der polnischen Währung und Ersetzung durch Dollar und DM breit gemacht hat. Die PVAP befördert diesen Prozeß, indem sie zugunsten der Wirtschaftsreform auch noch die letzten Erungenschaften preisgeben will: Aufgabe der Subventionierung von Grundlebensmitteln, Arbeitslosigkeit im Zuge von Betriebsschließungen, Preiserhöhungen. Hatte sie ernstlich erwartet, daß ihr die Massen dafür Kränze winden?

Jaruzelski hat gleich nach dem Wahldebakel eine „große Koalition“ mit der „Solidarność“ vorgeschlagen. Diese hat eine förmliche Regierungsbeteiligung vorläufig abgelehnt, sich aber zu punktueller Zusammenarbeit bereiterklärt.
— (brb)

Kanaky

Manöver gegen Unabhängigkeit

Seit Jahren kämpfen in dem bis jetzt noch „französischen Territorium“ Neu-Kaledonien im Pazifik Befreiungsorganisationen für die Unabhängigkeit von Kanaky und um die Beseitigung der Ungleichheit zwischen der melanesischen Bevölkerung und den französischen Siedlern, den „Caldoches“. Die kanakische Unabhängigkeitsbewegung ist allerdings nicht einheitlich, ihre Organisationen haben unterschiedliche Auffassun-



Von Kolonialbeamten gefangengenommener Kanake

gen über den Grad der zukünftigen Unabhängigkeit.

Die jetzige französische Regierung unter dem sozialistischen Premierminister Rocard nutzt geschickt diese Spaltung. So wurden vor einem Jahr die „accords de Matignon“ vereinbart zwischen der französischen Regierung einerseits und der FLNKS unter Tjibaou und der RPCR, dem neu-kaledonischen Pendant zur gaullistischen RPR, unter Lafleur andererseits. In den Vereinbarungen wurde festgelegt, daß drei Provinzräte gewählt werden sollten, die zusammen einen Rat des gesamten Territoriums bilden sollen, um den Archipel zu verwalten. Ein Referendum zur Unabhängigkeit soll erst 1998 stattfinden.

Diese Vereinbarungen waren nach den jahrelangen oft bewaffneten Auseinandersetzungen ein Schlag ins Gesicht der linken Unabhängigkeitsorganisationen und besiegelten die Spaltung zwischen der FLNKS unter Tjibaou und der FULK („Front uni de libération kanak“) unter Yann C. Uregei und anderen kleineren Parteien wie z.B. der marxistischen PALIKA. Die FULK ist eine antiweiße Organisation, fordert die sofortige Unabhängigkeit und ist gegen jegliche Präsenz von Franzosen auf der Insel.

Die Situation kulminierte Anfang Mai diesen Jahres, als die beiden Führer der FLNKS, Tjibaou und Yeiwéné Yeiwéné, ermordet wurden. Es ist nicht geklärt, wer die Täter waren. Nachdem dadurch die „accords“ zunächst in Frage gestellt waren, zog Rocard nach dem Begräbnis dennoch sein Programm durch und ließ die Wahlen zu den Provinzräten wie vereinbart am 11. Juni stattfinden.

Die FLNKS trat unter dem Motto „Eine gangbare Unabhängigkeit errichten!“ zu den Wahlen an, die RPCR ist

sowieso für den Verbleib bei Frankreich, die FULK wollte den Rocard-Plan „destabilisieren“ und die Wahl boykottieren. Nach den Wahlen stellte die französische Presse erleichtert fest, daß die „Vernunft“ gesiegt hätte, war doch unmittelbar vor den Wahlen noch eine Radikalisierung befürchtet worden.

Innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung konnte die FLNKS sich durchsetzen, sie verfügt in zwei Provinzen über die absolute Mehrheit. In der Südprovinz mit ihrer von Weißen dominierten Hauptstadt Nouméa erzielte die RPCR die absolute Mehrheit. Hier kandidierten unter anderem die Front national, die zwar Stimmen verlor, aber immer noch auf drei Sitze kam und eine weitere rechtsradikale Partei, „Calédonie demain“, die zwei Sitze erhielt. Im Gesamtrat des Territoriums verfügt die RPCR über 27 Sitze, die FLNKS über 19, die „gemäßigte“ LKS über 1 Sitz, d.h. die französischen Interessen dominieren, die Bestrebungen nach Unabhängigkeit sind noch weiter abgeschlagen.

Quellen: Le Monde v. 9.,13.,14.06.1989; L'Express v. 19.05.1989; Le Point v. 15.05. 1989. — (sur)

Kanada

Kind ist krank: Bezahlter Urlaub?

1981 waren in Kanada mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren berufstätig, fünf Jahre vorher war es noch knapp ein Drittel. In diesen Zusammenhang stellt die kanadische Arbeitsbehörde eine Untersuchung über Regelungen zum Urlaub bei Krankheit eines Kindes, definiert als: „Das Recht, eine bestimmte Zahl von Arbeitstagen pro Jahr freizunehmen für familiäre Verpflichtungen wie Pflege eines kranken Kindes oder anderer abhängiger Familienmitglieder im Notfall, Begleitung eines Kindes oder eines älteren oder behinderten Familienmitglieds zu einem Arztbesuch, Ermöglichung von Ersatzregelungen für Familienmitglieder, wenn ihre üblichen Pflegepersonen krank sind, Aufsuchen der Schule oder des Kindergartens zum Gespräch mit Lehrern oder Erziehern und ähnliche familiäre Notwendigkeiten.“

Derzeit gibt es keine entsprechende gesetzliche Regelung in Kanada. Nur im öffentlichen Dienst auf Bundesebene haben die Beschäftigten unter bestimmten Bedingungen ein Anrecht auf bis zu fünf Tagen bezahltem Urlaub im Jahr. Ferner können sie für familiäre Verpflichtungen ein Jahr unbezahlten Urlaub erhalten und bis zu fünf Jahren

unbezahlten Urlaub für ein Vorschulkind.

In der Privatwirtschaft gibt es Tarifverträge, die Regelungen über Familienurlaub enthalten, und deren Zahl nimmt in letzter Zeit rasch zu. 1987 wurde bei einer Untersuchung von mehr als 1 000 Tarifverträgen für Belegschaften von jeweils mehr als 500 Beschäftigten festgestellt, daß etwa 22% der Tarifverträge, von denen 34% aller Beschäftigten betroffen waren, solche Regelungen enthielten. Im Dezember 1988 waren es bereits 29% der Tarifverträge und 43% der Beschäftigten.

In einer Umfrage bei den 35 größten Unternehmen in Kanada wurde festgestellt, daß entsprechende Anträge von

Beschäftigten oft informell behandelt werden. Ein Drittel der Unternehmer „erlaubt“ den Beschäftigten, sich in einem solchen Fall selber krank zu melden oder den eigenen Urlaub für die Pflege von kranken Familienmitgliedern zu verwenden. Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen billigt dem jeweiligen Vorgesetzten des Antragstellers das Recht zu, über solche Anträge zu entscheiden.

Verschiedene kanadische Frauenorganisationen fordern eine gesetzliche Verankerung des Rechts auf eine bestimmte Zahl von Tagen (5-10) bezahltem Urlaub im Jahr.

Quellenhinweis: Labour Canada, Collective Bargaining Review, Feb. 1989 — (mfr)

BRD—Südafrika

BRD größter Handelspartner — Sanktionen sollen kippen

Am 26. Juni wird Bundesarbeitsminister Blüm nach Südafrika reisen. Er setzt damit eine lange bekannte Ankündigung in die Tat um. Er will sich insbesondere für die Arbeitsbedingungen der azanischen Arbeiter in den Niederlassungen westdeutscher Unternehmen interessieren, auch sollen Treffen mit Gewerkschaften geplant sein. Scheinbar hatten bisher Widerstände aus den Unionsparteien diese Reise verhindert. Tatsächlich spricht manches dafür, daß Blüms Reise in engem Zusammenhang steht mit der

wirtschaftlichen Stärke, die der westdeutsche Imperialismus im letzten Jahr in Südafrika erreichen konnte. Die BRD ist größter Handelspartner Südafrikas.

Daß die Bundesregierung Sanktionen gegen die Rassistenherrschaft in Südafrika ablehnt, ist bekannt. Dennoch gibt es einige wenige international gültige Beschlüsse, die auch die BRD und die westdeutschen Konzerne binden. Dazu gehören das Waffen- und Ölembargo der UNO und die vom EG-Ministerrat beschlossenen Sanktionen, die neue Kapi-



Die westdeutschen Automobil- und Elektrokonzern sind die größten BRD-Kapitale in Südafrika.



Die Welle von wilden Streiks zur Unterstützung der streikenden Bergleute bei Pittston Coal breitete sich aus. Am Wochenende (17.6.) haben über 10000 Bergleute in fünf Staaten (Kentucky, Pennsylvania, Indiana, Virginia und West Virginia) die Arbeit niedergelegt. Die wilden Streiks begannen in größerem Umfang nach einer Kundgebung am 12.6., auf der Richard Trumpka, Präsident der Bergarbeitergewerkschaft UMW, die Bergleute aufgefordert hatte, „sich zu erheben und zurückzuschlagen“. 1600 Bergleute stehen seit dem 5. April im Streik gegen Pittston Coal. Mehr als 2500 Gewerkschaftsmitglieder sind seitdem in Virginia bei Streikaktionen verhaftet worden, drei Gewerkschaftsführer wurden ins Gefängnis geworfen wegen Mißachtung des Gerichts. Ein Richter in Virginia hat der Gewerkschaft Massenstreikketten verboten und hat bisher weit über 3 Mio. Dollar Geldstrafen gegen die UMW wegen Mißachtung des Verbots verhängt. — (her, ger)

El Salvador: „Bürgerwehr“ gegen die FMLN

In der Hauptstadt El Salvadors hat sich aus Zivilisten eine Art „Bürgerwehr“ gebildet, um die Stadtkommandos der Befreiungsbewegung FMLN aufzuhalten. Nach offiziellen Angaben zählt die „Bürgerwehr“ zur Zeit 72 Mitglieder und nennt sich DCP („Zivile patriotische Verteidigung“). Oberst Zepeda sagte, „daß sie in der Mehrzahl aus Bürgern der Mittelklasse, Kaufleuten oder Unternehmern, die sich der Überwachung der Gebiete, in denen sie wohnen, gewidmet haben, bestehen.“ Und weiter: „Bis zu diesem Augenblick haben sie Aktionen wie die Durchsuchung von Autos und Patrouillen durchgeführt“. Offiziell wurde die DCP durch den sal-

vadorianischen Verteidigungsminister aufgelöst. (Quelle: El Salvador Report 5/6-89 — zwk)

Argentinien: Alfonsin tritt ab

Die argentinische Regierung wird mit der Wirtschaftskrise des Landes weiter nicht fertig. Am 12. Juni erklärte der amtierende argentinische Präsident Alfonsin seinen vorzeitigen Rücktritt. Sein Mandat läuft normalerweise bis zum 10. Dezember. Die Wirtschaftslage erforderte energische dauerhafte Maßnahmen, forderte Alfonsin. Sein Nachfolger, der jetzt wahrscheinlich noch im Juni antritt, ist der Peronist Menem. Auch er stammt aus einer reichen Familie des Landes. — (rül)

talanlagen, Kredite an Südafrika und Goldimporte aus Südafrika verbieten. Die tatsächlichen Verhältnisse jedoch beweisen, daß die westdeutschen Imperialisten nicht einmal diese geringen Beschränkungen einhalten, sondern im Gegenteil alles daran setzen, die rassistische Siedlerherrschaft in Südafrika mit Kapital- und Warenexport und durch Importe von Rohstoffen (Gold, Edelmetalle, Kohle, Mineralien für die Stahlproduktion) sowie landwirtschaftlichen Gütern abzusichern und zu erhalten.

1988 ist die BRD der größte Handelspartner Südafrikas geworden. Um mehr als ein Drittel ist das Handelsvolumen von 3,81 Mrd. US-\$ im Jahr 1987 auf 5,06 Mrd. US-\$ 1988 gestiegen. Besonderen Anteil an den Exporten nach Südafrika haben die Automobil- bzw. Rüstungskonzerne BMW, VW und Daimler-Benz. Ihre Exporte von Autoteilen

machen fast zwei Drittel der westdeutschen Exporte nach Südafrika aus. Sie konnten ihre südafrikanischen Geschäfte wieder ausweiten. Mit dazu beigetragen, daß diese Ausweitung der Südafrika-Geschäfte ohne sonderliche Beachtung in der westdeutschen Öffentlichkeit vorgenommen werden konnte, hat sicherlich die Kodex-Kampagne. Die IG Metall hatte 1987 einen Vertragsentwurf für Arbeitsbeziehungen in Südafrika veröffentlicht. Die westdeutschen Automobilkonzerne haben diesen Vertrag gegenüber den unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika anerkannt, aber die Kodex-Kampagne sogleich genutzt, um zu propagieren, daß nicht Sanktionen, sondern ihre profiträchtige Tätigkeit in Südafrika eine Veränderung der Verhältnisse unterstützen würde. Die Automobilkonzerne haben die Verbote von Kapitalexport nach Südafrika umgangen, indem sie die südafrikanischen Profite wieder in Südafri-

Griechenland: Gewinne der Konservativen

Die konservative Partei „Neue Demokratie“, die lange Zeit wegen ihrer Verbindungen zu den faschistischen Putschgeneralen in Griechenland diskreditiert war, ist aus den Wahlen zum griechischen Parlament mit starken Stimmengewinnen hervorgegangen, die seit acht Jahren regierende sozialdemokratische Pasok mußte schwere Verluste hinnehmen. Das genaue Wahlergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Die PASOK hat in den letzten Jahren wichtige Programmpunkte, die mit zu ihren früheren Wahlgewinnen beigetragen hatten, fallengelassen, so u.a. die Forderung nach Austritt aus der EG und der NATO und nach Aufkündigung der us-amerikanischen Militär-Stützpunkte sowie nach Absenkung der dadurch mit ansteigenden Auslandsschulden.

Die Regierung Papandreu hatte in mehreren Lohnkämpfen die Kapitalisten unterstützt und vorübergehend einen Lohnstopp verhängt, in den Streiks 1987 setzte die Regierung sogar Militär als Streikbrecher gegen die streikenden Müllarbeiter ein. Gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat sie allein in den letzten zwei Jahren Reallohnsenkungen von mehr als 15% durchgesetzt.

Die aus mehreren kommunistischen Organisationen, den griechischen Grünen und einigen ehemaligen PASOK-Ministern bestehende „Linkskoalition“ konnte etwa zwölf Prozent erreichen, das ist eine Steigerung gegenüber den letzten Wahlen um etwa vier Prozent, wenn man die Stimmen der Einzelorganisationen zusammenzählt. Die „Linkskoalition“ hatte bereits bei den Kommunalwahlen Erfolge erringen können und stellt in 30 Gemeinden die Kommunalregierung. —(uld)

ka investierten. VW finanzierte so große Erweiterungsinvestitionen. Die Automobilkonzerne trugen damit maßgeblich zu einer Erholung der angeschlagenen Wirtschaft Südafrikas bei. Die Bruttoanlageinvestitionen haben nach Rückgängen von 3% 1986 und 18% 1987 im Jahr 1988 um 6,5% zugenommen.

Die Erwartungen der europäischen, insbesondere westdeutschen Imperialisten gehen dahin, daß keine weiteren international bindenden Sanktionen gegen Südafrika verhängt werden und daß die politische und wirtschaftliche Isolierung Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent durchbrochen werden kann. Dafür sprechen mehrere Tatsachen:

— Zum einen hatten mit Beginn des Kriegsrechts in Südafrika verschiedene Vertreter westdeutscher Konzerne — so der Daimler-Benz-Konzern und der Siemens-Konzern — erklärt, sie wären jetzt bereits so lange in Südafrika tätig, daß

Brasilien: Streiks im öffentlichen Dienst

In Brasilien streiken seit einigen Tagen etwa eine halbe Million Beschäftigte der Bundesverwaltung. Mit ihrem unbefristeten Streik wollen sie eine Lohnerhöhung von 71% durchsetzen, um die Lohnsenkung durch die hohe Teuerungsrate wenigstens teilweise rückgängig machen zu können. Bislang haben sich etwa 70% der insgesamt 700000 Bundesbeamten der Streikbewegung angeschlossen, die Regierung fürchtet eine weitere Ausdehnung der Streikfront.

— (rül)

USA — Protest gegen Folter in El Salvador

Mehr als 30 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses und eine Reihe von Gewerkschaftsführern haben gegen die Verhaftung und Folterung von Jose Mazariego, Mitglied des Exekutivkomitees der Telefonarbeitergewerkschaft ASTEL, in El Salvador protestiert. Mazariego war am 12.6. von der Militärpolizei verhaftet worden, kurz nachdem er ein Visum für eine Vortragsreise in die Vereinigten Staaten erhalten hatte. In einem Telegramm an die Botschaft von El Salvador bezeichneten die Abgeordneten die Verhaftung als „Kidnapping“ und als „einen gezielten Versuch, zu verhindern, daß er die USA besucht ...“. Mazariego war erst am 9. April von einem Todesschwadron gekidnappt worden, bei seiner Freilassung zwei Tage später war ihm gedroht worden, daß er das nächste Mal ermordet würde. Der Protest der Abgeordneten verhinderte das diesmal. Aber Mazariego berichtete nach seiner Freilassung nach 72 Stunden, daß er gefoltert worden sei. Die Regierung beschuldigt ASTEL, Bezie-

hungen zur Farabundo Martí Befreiungsfront zu haben. Sechs Führer der Gewerkschaft sind seit Dezember 1987 von Todesschwadronen ermordet worden.

— (her, ger)

Massenvergiftungen in Lager für Kurden

Etwa 3000 Kurdinnen und Kurden in dem türkischen „Flüchtlingslager“ Kiziltepe-Mardin sind vergiftet worden. In ersten Zeitungsberichten wird von 70 schwer Vergifteten gesprochen, die wo-

möglich in den nächsten Tagen sterben werden. Soweit bisher bekannt ist, wurde dem Brot, das den Lagerbewohnern durch die türkische Lagerverwaltung ausgehändigt wird, Gift auf noch bislang nicht bekannte Weise beigefügt. Türkische offizielle Stellen behaupten, die Vergiftung sei womöglich von irakischen Agenten durchgeführt worden, um die „guten Beziehungen“ der türkischen Regierung mit den Lagerbewohnern zu stören. Die Beziehungen sind so „gut“, daß im vergangenen Winter u.a. mehrere Kinder in der Kälte erfroren. — (rül)



Mit heftigen Protestaktionen wehren sich belgische Bergarbeiter aus dem Limburger Kohlenrevier gegen die für 1993 geplante Schließung der Limburger Zeichen. Die beiden Zeichen sind die letzten noch in Betrieb befindlichen Kohlezeichen in Belgien. Am 12. Juni protestierten erneut etwa 3000 Bergleute und ihre Familien in der Provinzhauptstadt Hasselt. Die Polizei griff die Demonstration mit Tränengas, Wasserwerfern und dem Einsatz berittener Abteilungen an, angeblich, weil Demonstranten versucht hätten, das Gebäude der Landespolizei anzuzünden. Mit einem Hagel von Eiern und Steinen wurde sie zurückgetrieben. Am 19. Juni demonstrierten die Bergleute in Brüssel erneut gegen die Schließungspläne von Regierung und Kapitalisten. — (rül)

das Kriegsrecht daran auch nichts ändern werde und es vor allem auf einen langen Atem ankommen. (1)

— Die Besetzung Namibias durch Südafrika hat in der UNO eine große Rolle insbesondere für die Verhängung des Waffen- und Ölembargos gespielt. Mit Durchführung der Wahlen in Namibia wird — egal, wie diese ausgehen und ob tatsächlich ein unabhängiges Namibia entsteht — dieser Grund wegfallen. Die Rassistenregierung in Südafrika selbst hat zudem versucht, im Rahmen der Namibia-Verhandlungen die Gegnerschaft der afrikanischen Staaten zu durchlöchern. Erstmals führten südafrikanische Regierungsvertreter Verhandlungen mit den afrikanischen Regierungen in Zaire und Sambia.

— Die New York Citybank, eine der größten us-amerikanischen Banken, die seit 1985 keine Kredite mehr an Südafrika vergeben und keine südafrikanischen

Anleihen verkaufen, erwägt nach einem Bericht der südafrikanischen Weekly Mail (2), gemeinsam mit anderen Banken eine Anleihe des staatlichen südafrikanischen Energieunternehmen Escom zu vermarkten. Sie begründet ihre Überlegungen mit der Geschwindigkeit, in der die Rassisten ihren Umschuldungsverpflichtungen nachgekommen seien.

Für die westdeutschen Konzerne würde sich der Wert der südafrikanischen Niederlassungen in einem nicht mehr so stark isolierten Südafrika vervielfachen. Obgleich der Siedlerstaat ein Rohstoffexportierendes Entwicklungsland ist, sind dort doch erheblich mehr industrielle Anlagen als in anderen schwarzafrikanischen Staaten konzentriert. Die imperialistischen Konzerne hegen die Hoffnung, eines Tages von Südafrika aus den schwarzafrikanischen Markt beliefern zu können. Diese Hoffnung ist zu Beginn der achtziger Jahre u.a. vom Vertreter

der deutsch-südafrikanischen Handelskammer deutlich ausgesprochen worden. (2) Heute halten sich die Konzerne und ihrer Kammern mit solchen Äußerungen zurück, sorgen aber dafür, daß ihr Ruf als angeblich gegen Rassismus und Apartheid antretende Kräfte durch Unterzeichnung und Berufung auf diverse Vereinbarungen mit den unabhängigen südafrikanischen Gewerkschaften aufpoliert wird.

Die Steigerung des Handelsaufkommens zeigt eine große Schwäche der westdeutschen Unterstützung für den Befreiungskampf in Südafrika. Zu befürchten ist, die Stärkung der Wirtschaftslage in Südafrika dazu beitragen wird, daß auch international der Boykott Südafrikas geschwächt statt gestärkt wird.

(1) Spiegel, Oktober 1985; (2) Weekly Mail v. 19.5.89; (3) Handelsblatt v. 27.5.82; weitere Quellen: Facts and Reports, Nr. K; Bundestagsdrucksache Nr. 11/4540; taz, 22.3.89 — (uld)

Veröffentlichungen

Arbeitskosten zu hoch BDI schafft neue Legenden

„Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität bestimmen gemeinsam die Lohnstückkosten. Wie die Bundesrepublik bei diesem wichtigen Wettbewerbsfaktor im internationalen Vergleich abschneidet, ist sehr umstritten: Aktuelle Studien der EG und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen.“

So der Vorspann eines Aufsatzes im Informationdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 8. Juni dieses Jahres. Das BDI-Organe bemängelt die Kritik der europäischen Untersuchung, die die Behauptung zu widerlegen versucht, daß der Wettbewerbsnachteil der BRD durch zu hohe Lohnkosten verhängnisvoll sei: „Die im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten sind dann durchaus zu verkraften, wenn sie durch entsprechend hohe Produktivitätsziffern abgedeckt werden ... Der deutsche Vorsprung bei der Arbeitsproduktivität ist größer als der Nachteil bei den Arbeitskosten.“ Dem stellt der BDI die Untersuchung des IAB gegenüber: „Der deutsche Kostenanteil wird längst nicht durch den Produktivitätsfaktor aufgewogen.“ Der iwd begründet die unterschiedliche Beurteilung: „Zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit addiert die EG-Studie die fiktiven Arbeitseinkommen der Selbständigen ...“ In der Tat gibt es gravierende Unterschiede bei der Einsaugung von Lohnarbeit in den Produktionsprozeß: Griechenland hat immerhin noch 48,8% von Menschen, die relativ selbständig arbeiten; in Spanien sind es 27,4%, in der BRD 12,6%. Kein Gradmesser für den Ausbeutungsstandard, aber ein wichtiger Hinweis. — (mal)

IBM-Weiterbildungsmodell für die „Fabrik der Zukunft“

IBM Deutschland wandelt derzeit ihr Werk Sindelfingen per Computer-Vernetzung in eine „Fabrik der Zukunft“ um. In einer Schrift des Instituts der deutschen Wirtschaft stellen IBM-Schulungsfachleute die dazu entwickelten Arbeitsstrukturen und Qualifikationsprogramme vor. Bisher waren die Fertigungsabteilungen nur für die Maschinenbedienung zuständig. Instandhaltung, Planung, Produktkontrolle usw. oblag jeweils anderen Werksbereichen. Die „Flexibilität der Fertigungsmitarbeiter und ihr Verantwortungsbewußtsein“ sei heute „ausgeschöpft“, stellt die Schrift fest. „Der Lösungsansatz ist ein ‚modernes Produktionszentrum‘, in dem Facharbeiter zusammen mit Technikern und Betriebsingenieuren eine Produktionseinheit ganzheitlich übernehmen.“

Beschäftigte aus den Ingenieurs-, Instandhaltungsabteilungen usw. wurden in die Fertigung versetzt, die Qualifikationshierarchie blieb dabei unangetastet: „Die Ingenieure dieses Zentrums sind für die Stabilität der Prozesse oder deren Optimierung und die Qualität verantwortlich und werden von ebenso in Verantwortung gestellten Technikern und Facharbeitern, welche zusätzlich qualifiziert wurden, unterstützt.“ Nach wie vor kennt die Arbeitsorganisation Produktionsarbeiter, deren einzige Aufgabe die Ausführung von vorgegebenen Arbeitsfolgen ist; die Fertigung wird heute zu einem Viertel von befristet Eingestellten am Laufen gehalten — was die Schrift geflissentlich verschweigt.

Die neue Produktionsstruktur zergliedert die Ingenieursarbeit noch weiter. War der Prozeßingenieur bislang sowohl für die Planung und Qualifikation einer



Langzeitkurse gibt es bei IBM nur für Techniker und Ingenieure

neuen Maschinengeneration wie auch für deren Funktionieren in der laufenden Fertigung verantwortlich, so gibt es nunmehr den oben beschriebenen Betriebsingenieur (häufig in Schicht) und daneben den „Projektingenieur“, zuständig für die Einführung neuer Technologien. Es gab Widerstand gegen diese Umstrukturierung, zum Teil konnten die Betriebsingenieure nur per Neueinstellung gewonnen werden. Auch das verschweigt die Schrift.

4,6% der Personalkosten investierte IBM 1988 in die Aus- und Weiterbildung, hauptsächlich der Ingenieure, denen Langzeit-Weiterbildungskurse angeboten werden. Die Ausgaben rechnen sich, die Umgestaltung des Werks Sindelfingen geht einher mit einem Abbau der Ingenieure und Techniker um ein Viertel und ihrer Versetzung in andere Konzernbetriebe.

W. G. Faix u.a., Der Mitarbeiter in der Fabrik der Zukunft, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Heft 143, Köln 1989 — (wor)

„Krank durch Computer“

Die engagierte Verfasserin Carola Schewe fordert in ihrem Buch die betroffenen Arbeiter und Angestellten auf, gegen die krankmachenden Arbeitsbedingungen anzugehen und Verbesserungen durchzusetzen. Den Betriebs- und Personalräten, die für diese Probleme oft taube Ohren hätten, müsse man auf die Füße treten.

*

Die Abschnitte im einzelnen:
Der Bildschirm hat mich krankgemacht — Betroffene erzählen.

Nach sechs konkreten Erfahrungsberichten wird die „Informationsstelle für Bildschirmgeschädigte“ vorgestellt und die Ergebnisse einer Umfrage, die von dieser Informationsstelle ausging, werden dargelegt.

Im nächsten Abschnitt: „Was die Experten sagen — Wissenschaft und Arbeitsschutz“. Gegenüber den von den offiziellen Stellen nicht zu leugnenden Beeinträchtigungen der Sehkraft und den Haltungsschäden fordert die Autorin, die Anerkennung solcher Schäden als Berufskrankheiten. Sie gibt auch zu diesen beiden Punkten viele Hinweise für die Arbeit in den Betrieben. Keinesfalls ist es so, daß die „gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse“ bezüglich der Ergonomie durchgesetzt sind.

Darüberhinaus setzt sie sich in diesem Abschnitt mit den Sicherheitsrichtlinien der Berufsgenossenschaft zu Bildschirmarbeitsplätzen auseinander und greift die völlig ungenügenden Vorschriften im Vergleich zum Arbeitsschutz in Schweden an. Untersuchungen über erhöhten Stress, steigende Arbeitsintensität, Monotonie und Isolation am Arbeitsplatz stehen hier nicht im Mittelpunkt. Sondern sie geht im Weiteren der Frage nach, ob das Bildschirmgerät selbst streßähnliche Symptome beim Operator hervorruft. Diese neue Forschungsrichtung „Elektrostress“ wird hier vorgestellt.

Beim Betrieb eines Bildschirms treten elektrostatische und niederfrequente gepulste elektromagnetische Felder sowie elektromagnetische Strahlung auf. Typische Stresssymptome ähneln den Effekten elektromagnetischer Strahlung auf das zentrale Nervensystem. Hinweise auf mögliche Gesundheitsschäden durch Bildschirmstrahlung und die Behandlung in internationalen Forschungsberichten werden hier in der BRD größtenteils negiert, ja nicht einmal zum Anlaß genommen, überhaupt Forschungsaufträge in dieser Richtung auszuschreiben.

Warum sollte es nicht möglich sein wie in Schweden bessere Arbeitsschutzzvorschriften durchzusetzen und nur den Einsatz von Bildschirmen mit minimierter Strahlung zuzulassen? Die Verfasserin fordert zu Engagement in dieser Richtung auf, auch wenn die einzelnen

alarmierenden Forschungsergebnisse nicht alle ausreichend statistisch gesichert sind.

Am Schluß werden verschiedene unzureichende Festlegungen in Betriebsvereinbarungen kritisiert. Das Buch enthält ein ausführliches Literaturverzeichnis. Für einen Betriebsrat kann es ein guter Einstieg in die Arbeit sein.

Carola Schewe: „Krank durch Computer ... und wie man sich dagegen schützen kann“; rororo, Februar 1989; 8.80 DM — (hao)

Aufstand der Spießer? Schwere analytische Fehler

In der stattfindenden Diskussion um die richtigen Strategien zur Zurückdrängung faschistischer Ideologie greift der „Bund Kämpfender Antifaschistischen“ (BKA) mit ein. In der Broschüre „Aufstand der Spießer — Rechtsradikale Wahlerfolge und ihre Ursachen“ setzt sich der BKA mit antifaschistischen Auffassungen anderer Organisationen auseinander und versucht außerdem, gesellschaftspolitische Ursachen des faschistischen Vormarsches zu analysieren.

Der BKA vertritt die Position, daß bei den Wahlerfolgen des „rechtsextremen Parteienpektrums“ die „Protestwähler“ den Ausschlag gaben. Im gleichen Atemzug stellt der BKA die Behauptung auf, daß zwischen Bourgeoisie und Faschisten große Differenzen bestünden — ohne das zu belegen: „Das rechtsextreme Lager propagiert sogar Inhalte, die den aktuellen politischen Zielen des Kapitals zuwiderlaufen, z.B. zum EG-Binnenmarkt.“ Der BKA benutzt als „Belege“ seiner Behauptungen im wesentlichen Tagespresse und Zeitschriften, ohne sich inhaltlich mit faschistischer Programmatik und deren Übereinstimmungen mit z.B. CDU/CSU-Aussagen zu befassen. Auch deshalb kommt er zu solchen Schlußfolgerungen wie: „Es ist kein faschistisches Programm (das der Republikaner, d. Red.), sondern ein rechtspopulistisches Konglomerat von Forderungen, Ängsten, Aggressionen, Ideen und ‚Werten‘, welches verquastet bzw. in den Vordergrund stellt, was das ‚gesunde Volksempfinden‘ des deutschen Spießers frisch ausgekotzt hat.“

An anderer Stelle: „(der rechtsradikale Wählerprotest) bildet den reaktionären Abhub der kapitalistischen Modernisierung, deshalb ist mit ihm kein Staat zu machen ... Die Union/FDP-Regierung ist überlebt und wird abgelöst werden.“ Nirgends geht der BKA auf die tatsächliche Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen ein, z.B. auf die positive Entwicklung für das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Genauso umschift der BKA die Auseinandersetzung um den Artikel 139 des Grundgesetzes. Antifaschisten sollten die Broschüre aufmerksam lesen, um zu wissen, mit was man noch zu rechnen hat.

Aufstand der Spießer, Bund Kämpfender Antifaschisten, Mai 1989, 4 DM — (mal)

FDP-Parteitag

Angebotsorientierte Sozialpolitik beschlossen

Der FDP-Parteitag, der am 27. und 28. Mai stattfand, hat einige, für die Tätigkeit der FDP in der Regierung wichtige Beschlüsse gefaßt. Über die Beschlüsse zur Europapolitik, zur Bundeswehr, zur künftigen Polenpolitik ist in der Presse weitgehend berichtet worden. Diese Beschlüsse orientieren sich weitgehend an der von Bundeskanzler Kohl in der Regierungserklärung Ende April dargelegten Außenpolitik. Sie enthalten eine strenge Festschreibung der westdeutschen Expansionsinteressen in Richtung Osteuropa und die Beschwörung der Festigung der NATO.

Kaum Beachtung gefunden haben jedoch die vom Parteitag beschlossenen „Handlungsprinzipien liberaler Sozialpolitik“, die den Kurs der FDP bis zu den nächsten Bundestagswahlen und in den kommenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfen abstecken sollen. Die als Thesen formulierten Prinzipien gehen in einigen Punkten über die bisher von der FDP bekannten, gegen „Anspruchsdenken“ und kollektive Absicherung gerichtete Politik hinaus.

Zwar spricht sich die FDP noch nicht für die vollständige Beseitigung der gesetzlichen Zwangsmitgliedschaft in den Sozialversicherungen aus. Ihre Anforderungen an die Ausgestaltung dieser Versicherungen gehen jedoch in eine solche Richtung. Die Sozialversicherungen — Renten-, Kranken-, und Arbeitslosen-

versicherungen sowie die von den Kapitalisten gezahlte und verwaltete Versicherung der Berufsgenossenschaften, die bei Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen einspringt —, diese Versicherungen sollen auf keinen Fall „Höchstleistungssysteme“ sein. Die FDP verlangt das Gegenteil: allenfalls eine Minimalabsicherung sollen diese Versicherungen gewähren. Jede andere, das Leben der Lohnabhängigen erträglicher gestaltende kollektive Absicherung soll nur durch private Zusatzversicherung erreicht werden können.

Die Auswirkungen einer solchen Sozialpolitik würden nicht nur aktuell die Lebensverhältnisse schlecht bezahlter Lohnabhängiger im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter verschärfen, weil für sie die private Zusatzversicherung nicht bezahlbar ist. Die FDP-Handlungsprinzipien sind auf lange Wirkung geplant. Tausende von Jugendlichen, die in den letzten Jahren, weil zu den geburtenstarken Jahrgängen gehörend, zum Teil mehrere Jahre arbeitslos waren, werden, wenn die FDP sich durchsetzt, diese Zeit noch im Alter spüren. Die Kapitalisten haben die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ungehindert nutzen können, die Bedingungen, unter denen eine Berufsausbildung gewährt wurde, verschärft, Praktika ohne Bezahlung, Arbeit zu Niedrigstlöhnen sind für Jugendliche keine Seltenheit. Ihre Arbeitslosenversi-



Sozialhilfe soll den Zwang zur Arbeit erhalten.

cherung ist ungenügend, ihre Rentenversicherung ebenfalls. Sie werden, wenn diese durch die politisch Verantwortlichen und die Kapitalisten geschaffene Benachteiligung nicht ausgeglichen wird, mit Niedrigrenten vegetieren müssen.

In der These 6 „Die Generationen“ ist die Aufkündigung des Generationenvertrages in der Rentenversicherung angelegt. Die Christdemokraten hatten in den fünfziger Jahren den Generationenvertrag erfunden, wonach die gerade arbeitende Generation die Renten der vorhergehenden Generation zu zahlen habe, um eine Rückzahlung der Kriegskredite der Rentenversicherung an den Staat zu verhindern. Diese Politik hat die FDP bisher immer mit getragen. Wenn sie jetzt fordert, Sozialleistungen dürften nicht mit Hypotheken auf die nächste Generation finanziert werden, ist damit vor allem die Rentenversicherung gemeint. Die FDP beabsichtigt auf keinen Fall eine späte Rückzahlung der Kriegskredite, um die Rentenversicherung zahlungsfähig zu halten. Ihre Forderung läuft auf eine erneute Plünderung der Rentenversicherung hinaus. Die jetzt lohnabhängig arbeitende und in die Rentenversicherung Beiträge zahlende Generation zahlt nach Auffassung der Regierung die Renten der jetzt nicht mehr Arbeitenden. Diese Beiträge sind also weg. Absicherung im Alter kann unter solchen Bedingungen nur noch aus einer Versicherung erhalten, wer sie privat abschließt, oder wer sich durch Kapitalanlage absichert.

Eine solche Politik schürt die Widersprüche unter den Versicherten bis ins Unerträgliche. Unter der Losung „Wer mehr leistet, soll mehr Ertrag haben“ verbirgt sich fast unverhüllt die Maxime: Wer nicht zu den Kapitalisten und ihrem Leitungspersonal oder zum gehobenen öffentlichen Dienst gehört, hat kein Anrecht auf menschenwürdige Lebensumstände.

Die liberale Markt- und Konkurrenzpolitik verlangt: „Liberale Sozialpolitik geht davon aus, daß der Mensch den Ertrag seiner Arbeit für sein ganzes Leben einteilen muß.“ Also soll er Vorsorge schaffen. Wer nicht genug Lohn ausgezahlt erhält, um diesen „Ertrag seiner Arbeit“ für ein Leben einteilen zu können, sondern nur die aktuellen Lebensnotwendigkeiten davon bestreiten kann, der soll sehen, wo er bleibt. Die FDP will die unbedingte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips durchsetzen. An die Stelle der Versicherung sollen nicht näher beschriebene Unterhaltpflichtige treten. Vor allem aber soll der Zwang zur Arbeit verschärft werden: Sozialhilfe darf „Menschen nicht entmutigen zu arbeiten“. Der Zwang zur „Selbsthilfe“ soll gegenüber jeder kollektiven Absicherung gefördert werden.

Quellenhinweis: Beschlüsse des 40. ordentlichen Bundesparteitags der FDP, Köln, 27./28. Mai 1989; Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine, Die Welt v. 29.5.89 — (uld)

Handlungsprinzipien liberaler Sozialpolitik — Auszüge

Beschluß des FDP-Parteitags vom 27./28. Mai 1989

Die Liberalen gehen vom selbständigen und eigenverantwortlichen Menschen aus. Sie wollen in Kenntnis des Gemeinsamen und des Verschiedenen der Menschen die Freiräume des einzelnen erweitern und ihm mehr Entscheidungsmöglichkeiten zur Lebensgestaltung eröffnen. Liberale machen keinen Idealmenschen zum Maßstab wie bestimmte Soziallehren. Dies schließt Respekt vor diesen ein, wo sie realitätsbezogene Lösungen ... anbieten.

These 1: Grundsätzliches

1. Nach unserer Verfassung ist allen Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dabei entspricht es liberaler Auffassung vom Mitmenschen, ihn in seiner Ganzheit anzunehmen. Im Mittelpunkt steht die eigenständige Persönlichkeit, die zu achten ist.

2. Entfalten kann sich der einzelne nur in der Gesellschaft, möglicherweise gegen sie, aber nicht ohne sie. Die Individualisierung der Lebensweise entbindet den einzelnen nicht von seiner Verantwortung für die Gesellschaft und die Gesellschaft nicht von ihrer Verantwortung für jedes einzelne Mitglied.

3. Soziale Hilfen müssen so ausgestaltet sein, daß sie den Willen zur persönlichen und finanziellen Eigenständigkeit fördern und zur Leistungsbereitschaft ermutigen (Hilfe zur Selbsthilfe) ...

These 2: Wirtschaft und Soziales

... 7. Für die Entfaltung der Wirtschaft hat sich das Leistungsprinzip bewährt: Wer mehr leistet, soll mehr Ertrag haben. Dieser Grundsatz muß auch in der Sozialversicherung gelten. Nicht aufgrund eigener Beiträge gewährte Leistungen sind nach dem Gleichheitsgrundsatz zu erbringen.

8. Die Sozialpartner tragen eine hohe Verantwortung dafür, wie der Arbeitsmarkt funktioniert, wer in ihm Arbeit findet und zu welchen Bedingungen. Sie bestimmen maßgeblich mit, was über den Preis der Arbeit hinaus noch aus den Wirtschaftsergebnissen der Unternehmen verteilt werden kann...
These 6: Die Generationen

1. Sozial gerecht ist nur, was auch unter den Generationen gerecht ist. Auch unter den Generationen muß ein sozialer Ausgleich stattfinden. Insbesondere dürfen Sozialleistungen nicht mit Hypotheken auf die nächste Generation finanziert werden.

2. Jede Generation ist verpflichtet, den Anspruch der nachfolgenden Generation auf menschenwürdige und freiheitliche Lebensgestaltung zu wahren ...
These 8: Zu Sicherungssystemen allgemein

1. Liberale Sozialpolitik darf und will den Menschen auch in der Vorsorge gegen Risiken nicht aus der persönlichen Verantwortung entlassen. Daher sollen soziale Sicherungssysteme, so weit die Mitgliedschaft darin auf gesetzlichem Zwang beruhen, keine Höchstleistungssysteme sein.

2. Die Rechtfertigung gesetzlicher Pflichtsysteme liegt einmal in staatlicher Garantie der Sicherungsinstitution und ihrer Leistungsfähigkeit, zum anderen darin, daß der Mensch dann ohne Existenzangst Entwicklungschancen und Risiken wahrnehmen kann.

3. Sicherungssysteme müssen langfristig haltbar und verlässlich angelegt sein. Ihre Sicherheit und Leistungsfähigkeit beruhen aber auch darauf, daß Lasten- und Pflichtengerechtigkeit unter den Personen und Generationen herrschen. Dabei hat jede Generation ein gleiches Recht auf freiheitliche Lebensgestaltung. Auch hier kann eine Generation nicht mehr verlangen, als sie selber zu geben bereit war. Umgekehrt dürfen sich Sicherungssysteme nicht zu Lasten der nächsten Generation verschulden.

4. Erweisen sich Sicherungssysteme wegen der Unsicherheit menschlicher Voraussicht als korrekturbedürftig, so müssen sie nach Prinzipien gerechten Vertrauensschutzes so angepaßt werden, daß Gerechtigkeit zwischen den Generationen herrscht, Vorteile nur im Maß eigener Leistungen geschützt werden und Existenzbedrohungen für den einzelnen durch die Anpassung ausgeschlossen bleiben.

These 9: Finanzierung der Leistungen

... 6. Für Sozialversicherungssysteme ist die Umlagendeckung prinzipiell die richtige Finanzierungsform. Dies schließt Schwankungsreserven nicht aus. Eine Kapitaldeckung der Sozialversicherungssysteme schüfe erhebliche Probleme der rentierlichen Geldanlage wie große Gefahren aus der Machtansammlung des vielen Kapitals ...

These 11: Sozialhilfe

1. Sozialhilfe ist subsidiär zur Existenzsicherung der Menschen gedacht, die in ihrer Existenz materiell ungesichert sind. Sozialhilfe stellt nicht auf den Grund ab, warum die Existenz nicht gesichert ist. Sie darf nicht diskriminierend für den Empfänger geleistet werden.

2. Weil Sozialhilfe ohne jede eigene Vorleistung gewährt wird, werden vorrangig alle anderen Quellen herangezogen. Das sind vor allem eigene Einkünfte und Vermögen sowie Unterhaltsverpflichtete in zumutbaren Grenzen. Bei der Gewährung von Hilfe in besonderen Lebenslagen sind die Grenzen für die Inanspruchnahme von Unterhaltsverpflichteten anzuheben und zu harmonisieren ...

Aktionen gegen Rassismus und Faschismus

Goslar. Der „Tag der Niedersachsen“ (TdN) am 10./11.6. sollte laut CDU-Ministerpräsident Albrecht ein „unpolitisches Landesfest“ werden. Deshalb wurden Informationsstände von Gewerkschaften und politischen Initiativen (z.B. für das Wahlrecht für Ausländer) nicht zugelassen. Dafür nahmen die Landsmannschaft Schlesien (niedersächsische Patenschaft), Bundeswehr, Grenzschutz usw. teil. Auch hatte die niedersächsische NPD angekündigt, nach erfolgreicher Propaganda beim TdN 1988 in Uelzen auch in Goslar aufzumarschieren, was jedoch nicht eintrat. Eine Aktionseinheit nutzte den Tag und dessen Vorbereitung für ihre Propaganda für Ausländerwahlrecht sowie Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen (gemäß Art. 139 GG). Mehr als 350 Unterschriften für diese Forderungen wurden Wissenschaftsminister Cassens übergeben. Die IG Metall Niedersachsen hatte für die Aktionen mit ihrer Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Neofaschismus (nicht Bestandteil des TdN!), an der ca. 500 teilnahmen, einen Ausgangspunkt geschaffen. — (mio)

SPD-Jansen im Anti-AKW-Prozeß

Itzehoe. Der Schleswig-Holsteinische Energieminister Jansen hat erneut vor dem Amtsgericht in Itzehoe alles, was in seiner Macht als Genehmigungsbehörde für Atomkraftwerke steht, getan, die Klage des AKW-Gegners Karsten Hinrichsen aus Brokdorf (vgl. PB 9/89) zu Fall zu bringen. In der Klage von K. Hinrichsen geht es um die endgültige Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf. K. Hinrichsen wohnt in der Nachbarschaft des AKW und ist von dessen Emission unmittelbar betroffen. Er klagt gegen die von der ersten Betriebsgenehmigung gestatteten radioaktiven Mengen, die als „unschädlich“ aus dem AKW bereits bei Normalbetrieb austreten dürfen. Der Standard-Mensch, der dieser Belastung gewachsen sein soll, ist männlich, 20 bis 30 Jahre alt, 70 kg schwer, gesund und dessen Nahrung wird nicht aus der Umgebung des AKW gewonnen. Sogar der TÜV mußte K. Hinrichsen in wesentlichen Punkten recht geben. Jansen hätte das nur zu bestätigen brauchen. Allein, der SPD-Minister trug vor, Hinrichsen hätte bereits vor fünf Jahren, vor der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung, dies alles vortragen müssen. Nun dürfe das nicht mehr ins Verfahren eingebracht werden. Sollte Hinrichsen vor Gericht Recht bekommen — am 27.6.89 ist Verkündung — müßte Jansen eine neue Genehmigung erlassen und als Aussteiger Farbe bekennen ... und das „schadet doch dem von der SPD gewollten Ausstieg“. — (edl, hel)



Köln. Über 1000 Leute versammelten sich am 10.06. in der Kölner Innenstadt und verhinderten eine Kundgebung der Republikaner. Diese sagten kurzfristig ihre Kundgebung ab und fuhren mit 200 Leuten mit einem Rheinschiff in Richtung Königswinter. Das Antifaschistische Forum hatte vom Rat und dem Polizeipräsidenten das Verbot der Republikaner-Kundgebung gefordert. — (jöd)

Kundgebung der DVU von Polizei aufgelöst

Gelsenkirchen. Am 14.06. führte die DVU-Liste D in Gelsenkirchen-Buer ihre abschließende Wahlkampfkundgebung im Ruhrgebiet mit ihrem Bundesvorsitzenden Frey durch. Antifaschistische Kräfte aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten und ein Bündnis von 17 Organisationen und Vertretungskörpern aus Gelsenkirchen führten Gegenaktionen durch. Mehrere Hundert Antifaschisten führten trotz Nichtgenehmigung eine Demonstration durch Buer und eine Kundgebung am Kundgebungs-ort der DVU durch. Der DVU-Lautsprecherwagen war vom Erscheinen an Eier-, Farbeier- und Kartoffelwürfen seitens der etwa 1200 Gegendemonstranten ausgesetzt. Die Polizei ordnete nach 30 Minuten die Auflösung der DVU-Veranstaltung an, da „der Schutz der Redner nicht mehr zu gewährleisten“ sei. Frey selbst hatte nur zwei Minuten gesprochen. — (scm)

Haftverschonung für Angelika Goder

Westberlin. Angelika Goder kann die dringend erforderliche Hüftoperation jetzt im Klinikum Steglitz durchführen lassen. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat für die Zeit nach der Operation eine Haftverschonung von zunächst einem Jahr angeordnet. Vor dem Hungerstreik, an dem sich Angelika Goder und Gabriele Rollnik in Westberlin beteiligt hatten, war eine Haftverschonung verweigert worden. Angelika Goder hatte eine Operation unter diesen Umständen abgelehnt, weil der Erfolg der Operation, wie jetzt auch

das ärztliche Gutachten bestätigte, ohne entsprechende Rekonvaleszensbedingungen gefährdet wäre. Diese Bedingungen sind mit der Haft unvereinbar.

Gabriele Rollnik wird im Juli mit Hanna Krabbe, Christiane Kuby und Irmgard Möller in einer Kleingruppe in Lübeck zusammengelegt. — (chk)

Westberlin bereitet Kommunales Ausländerwahlrecht vor

Westberlin. Obwohl in der Nach-Wahl-Propaganda groß herausgestellt, besteht das Koalitionsergebnis in Punkt Kommales Wahlrecht für Ausländer lediglich aus dem Satz: „Das kommunale Wahlrecht für mindestens fünf Jahre rechtmäßig hier lebende Ausländer/innen wird unverzüglich eingeführt.“ AL und SPD stritten sich um den „unverzüglichen“ Zeitpunkt des Einbringens des Gesetzentwurfs. Man einigte sich auf nach der Sommerpause. SPD und AL halten eine Verfassungsänderung nicht für notwendig. Trotzdem soll eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes eingeholt werden, um den Gesetzentwurf „hieb- und stichfest“ zu machen gegen die zu erwartenden Verfassungsklagen von CDU und Republikanern. Nach den Vorstellungen der Koalition sollen Ausländer, die die oben genannten Bedingungen erfüllen und seit drei Monaten in Westberlin gemeldet sind, das aktive und passive Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) erhalten. Jedoch soll keine gesonderte Registrierung ausländischer Wahlberechtigter erfolgen. Sieht man von der politischen Bedeutung ab, so bleibt festzuhalten, daß die BVV über noch weniger Rechte als Kommunen der BRD verfügt. — (har)

Betriebskrankenkasse geplant

BMW will Lohnnebenkosten senken

München. Einsparungen von etwa 500 Mark pro Jahr verspricht die BMW-Werkszeitung „bayernmotor“ (Ausgabe April) den Beschäftigten durch Gründung einer Betriebskrankenkasse (BKK). Der Beitragssatz soll 9,9 % betragen, deutlich weniger als in den für die BMW-Standorte zuständigen AOKs, der in Dingolfing (AOK Straubing) 11,4 %, in München 12,6 %, in Landshut und Regensburg 12,9 % und in West-Berlin 14,7 % beträgt. Verschwiegen wird, wer für die Ersparnis bezahlen muß.

Eine neugegründete BKK würde nach geltendem Recht alle Mitglieder der AOKs unterhalb der Versicherungspflichtgrenze (4575 DM) übernehmen.

gründeten BKK an Beiträgen einsparen, müßte daher durch Beitragserhöhungen in den AOKs bezahlt werden, bei der AOK Straubing sogar drastisch (10,15 DM je Mitglied). Da Krankenkassenbeiträge zur Hälfte als Abzug vom Lohn, zur anderen Hälfte als Zuschuß des Kapitalisten gezahlt werden, könnte BMW beinahe in derselben Höhe Lohnnebenkosten einsparen — nach Abzug der Kosten für die Verwaltung der BKK bleibt eine Ersparnis von 27,4 Millionen Mark.

Dies setzt voraus, daß der Beitragssatz von 9,9 % nicht nur ein Lockangebot ist: Die Beitragssätze von allen anderen BKKS bei Automobilherstellern liegen

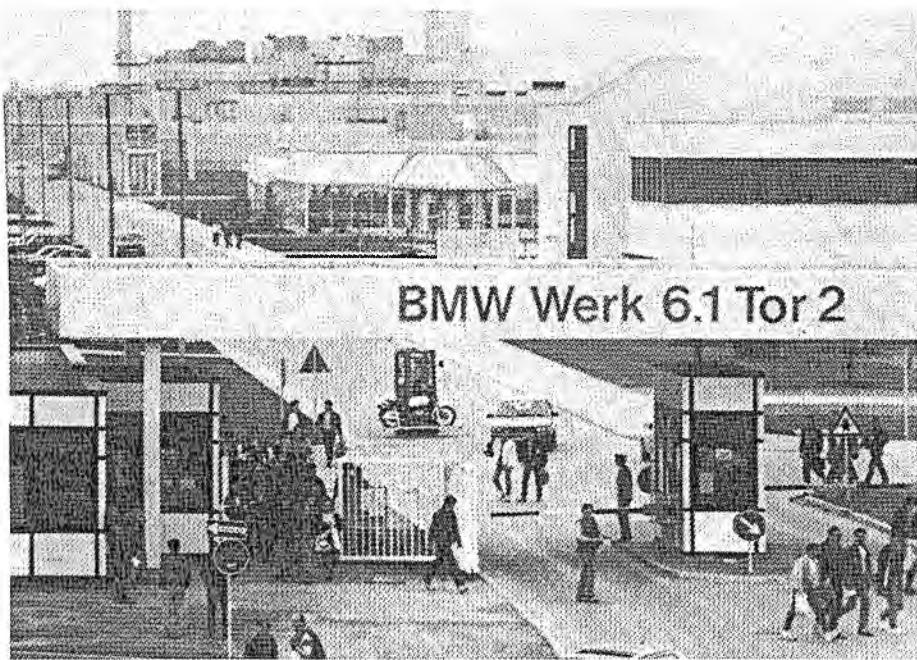
verwaltung hatten ihn bei einem Gespräch des Beschäftigten mit dem Vertrauenärzt über mögliche Rehabilitationsmaßnahmen zur Unterschrift vorgelegt.

In der Tarifrunde 1984 versuchte BMW, die Krankenkasse als Waffe einzusetzen: Während der kalten Aussperrung teilte der Vorstand den Beschäftigten mit, daß sie bei Erkrankung weder Anspruch auf Lohnfortzahlung noch auf Krankengeld hätten. Dies war damals Wunscheden: Die AOKs ließen sich nicht mißbrauchen, nutzten ihren Ermessensspieldraum und zahlten. Bei einer BKK könnte dies leicht anders ausgehen.

Gegen die Propaganda der BMW-Werkszeitung „bayernmotor“ schickten die AOKs Briefe an alle Mitglieder bei BMW. Der Betriebsrat ist zwar einerseits für den Erhalt der AOKs und gegen die gesetzlich mögliche Aufsplittung der Krankenkassen. Andererseits hat er sich beim Bemühen, das Einkommen der Beschäftigten zu sichern, auf mögliche Steuerersparnisse konzentriert und BMW als Gegner geschont. Die Gründung der BKK scheint so eine Fortsetzung dieser Politik zu sein.

Voraussetzung für die Gründung einer BKK ist die Zustimmung der Beschäftigten und der Rentner in geheimer Abstimmung. Der Betriebstrat fürchtet Autoritätsverlust, wenn er eine Empfehlung ausspricht, die Belegschaft sich dann aber anders entscheidet. Immerhin will er die Belegschaft über die negativen Folgen einer BKK informieren. Erfreulich wäre, wenn dabei die Forderung der IGM nach einer einheitlichen Krankenkasse für alle auftauchen würde.

— (mu)



An allen Haupttoren Geschäftstellen der BKK: kurze Wege für die Versicherten? Jedenfalls nicht für Rentner aus dem Umland, für Entlassene sogar demütigend.

In Ersatzkassen Pflicht- und freiwillig Versicherte könnten über die Kassenzugehörigkeit selber entscheiden.

Die Finanzlage der AOKs würde sich durch den Entzug von Mitgliedern bei einer BMW-BKK verschlechtern. Denn die AOK muß jeden als Mitglied nehmen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger oder Lohnabhängige mit niedrigen Einkommen. Der Arbeiterlohn ist dagegen bei BMW im örtlichen Vergleich relativ hoch, da ein gewisser Ausgleich für die extreme Arbeitsintensität gezahlt wird. BMW hat als Grundlohnsumme 43 800 DM kalkuliert, während die Grundlohnsumme der AOKs 1987 29 700 DM betrug.

Das Geld, das Mitglieder der neuge-

höher.

Da BMW die Hälfte von Vertreterversammlung und Vorstand der BKK besetzen würde (die andere Hälfte wählen die Versicherten), wäre stärkere Einflussnahme auf die Versicherungsleistungen und eine aktiver Rolle bei der Kostendämpfung möglich.

Schwer zu beurteilen ist die Zuverlässigkeit des Schutzes der individuellen Krankheitsdaten. Jedenfalls gibt es intensive Versuche des Unternehmens, den Krankenstand zu kappen. Die Zeitung „metall“ 8/89 enthüllte einen krassem Fall, der bekannt wurde durch die erfolglose Anfechtung eines Auflösungsvertrages vor dem Arbeitsgericht Landshut: Zwei Herren der BMW-Personal-

Samstagsarbeit

Druck auf Autozulieferer

Bielefeld. Am Rande der Tarifverhandlungen über Arbeitszeitverkürzung hatten die Kapitalistenvertreter der ledererzeugenden Industrie bereits im letzten Jahr durchblicken lassen, daß sie darüber nachdächten, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf den Samstag auszudehnen. Dieser Vorstoß wurde vor allem von den Vertretern der beiden größten Kapitalisten im Verband, Freudenberg in Weinheim und Möller in Bielefeld vorgetragen. Beiden Kapitalisten ist gemeinsam, daß in ihren Betrieben zwar auch Rohhäute zu Leder verarbeitet werden, daß sie vor allem aber Zulieferer für die Automobilindustrie sind. Konkrete Vorstellungen hätten sie noch nicht, aber es wären verschiedene Modelle in Überlegung. Im Tarifvertrag konnten sie durchsetzen, daß neben der Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Stunden pro Woche ab Oktober 1989 auch die Möglichkeit flexibler Arbeitszeiten festgeschrieben wurde. Spätestens seit-

dem geht von Möller, Besitzer der Möller Werke und gleichzeitig auch Präsident der IHK Bielefeld, daran, betriebliche Voraussetzungen zu schaffen. Durch eine Unternehmensberatung wird gegenwärtig der gesamte Betriebsablauf neu organisiert und EDV-mäßig vernetzt. Dies führt im Moment zu einem ungeheuren Anstieg von Überstunden in so gut wie allen Betriebsteilen, in der im Drei-Schicht-Rhythmus laufenden Fertigung vor allem an Sams- und Sonntagen.

Auf der letzten Betriebsversammlung rechtfertigte von Möller die unerträgliche Überarbeitung von Teilen der Belegschaft mit der Situation der Möller-Werke als Automobilzulieferer. In der Tat machen vor allem BMW, VW und Daimler-Benz zunehmenden Druck, um bei den Möller Werken „Qualitätsfähigkeit“ durchzusetzen. Lieferantenbewerter geben sich die Klinke in die Hand, die den Betrieb durchforsten. Um „ALieferant“ zu werden, bzw. zu bleiben, verlangen die Automobilkonzerne unter anderem vor allem betriebliche Voraussetzungen für unbedingte Termintreue. Vermutlich will von Möller diese Termintreue auf mittlere Sicht nicht mit Überstunden, die seien ihm auch gar nicht so recht, weil teuer, sondern mit flexiblen Arbeitszeiten und regelmäßiger Samstagsarbeit absichern. Von der Tariflage ist nach dem Manteltarifvertrag und der Flexi-Klausel im Vertrag über die Arbeitszeitverkürzung beides möglich. Möglicherweise bleibt der Belegschaft noch bis zum Abschluß der betrieblichen Umstrukturierung Zeit, um sich auf konkrete Vorstöße in dieser Richtung vorzubereiten. — (roh)

Sonntagsarbeit

Bisher Kontischicht bei SEL verhindert

Stuttgart. Unter Bruch des Tarifvertrags und gegen den Widerstand des Betriebsrates will die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) Stuttgart 70 Arbeiter in der Glasfaserfertigung rund um die Uhr arbeiten lassen. Aber noch ist die Kontischicht nicht abgelaufen, da die Belegschaft solche Arbeitszeiten breit ablehnt. Die Arbeiter sollen im zweitägigen Rhythmus zwischen Früh-, Spät- und Nacharbeit wechseln. Auf zwei Tage Frühschicht folgen also zwei Spätschichten und dann zwei Nachschichten. Der Schichtplan sieht zwei freie Sonntage im Monat vor und nur ein freies Wochenende alle fünf Wochen. Die 37-Stunden-Woche wird durch Freischichten erreicht.

Die Erlaubnis dazu hat sich SEL in einem Einigungsstellenverfahren durch den Bundesarbeitsrichter Waldemar Röhslsler Mitte April geben lassen. Sein Einigungsstellenspruch legt ausdrücklich für Schichtarbeiter fest, daß sie auch

gegen den Willen des Betriebsrats für Samstags- und Sonntagsarbeit eingeplant werden können. Zwar hat die IG Metall Einspruch beim Landesarbeitsgericht eingelegt, da es Verfahrensmängel gegeben habe. Aber der Gerichtstermin ist von Mitte Juni auf August/September verschoben worden, und es gilt als sicher, daß das Gericht auch diesen Termin nicht einhält. SEL hat inzwischen beim Regierungspräsidium Antrag auf Genehmigung für den Probebetrieb gestellt. Der Betriebsrat zweifelt nicht daran, daß die Genehmigung erteilt wird. Die rechtlichen Möglichkeiten des Betriebsrates sind erschöpft.

Das Vorgehen von SEL stößt im Betrieb wie auch bei den Beschäftigten in der Metallindustrie Baden-Württembergs auf größten Widerstand. Anlässlich einer Großkundgebung vor SEL am 17. März mit 10000 Teilnehmern hatten zum Beispiel bei Daimler-Benz Untertürkheim 2000 Arbeiter die Arbeit unterbrochen und waren dem Aufruf der IG Metall gefolgt. Und SEL findet unter den Beschäftigten nicht ausreichend Arbeiter für die Konti-Schicht. Um die nötige Anzahl von 70 Arbeitern zusammenzubekommen, schreibt SEL jetzt Neueinstellungen nur für die Konti-Schicht aus.

Immerhin hat der breite Protest gegen das Vorgehen von SEL bewirkt, daß verschiedene Unternehmen sich davon distanzieren. So hat die Robert Bosch GmbH für ihr Stammwerk Feuerbach dem Betriebsrat schriftlich erklärt, daß „es dem Verständnis der Firma entspricht, daß betriebliche und tarifliche Vereinbarungen eingehalten werden“. Bosch wolle für Feuerbach keine regelmäßige Wochenendarbeit verlangen. Die Stellungnahme von Bosch bezieht sich allerdings auf den laufenden Tarifvertrag. Im neuen Tarifvertrag ab 1990 soll die Ausweitung der Betriebsnutzungszeit festgeschrieben werden. — (ros)

Antifaschismus

7000 bei Internationaler Demonstration

München. An die 7000 Menschen demonstrierten am 13. Juni gegen die Kundgebung der Republikaner zur Europawahl in der Olympiahalle. Die Halle war von der im Besitz der Stadt München befindlichen Olympiapark G.m.b.H. für 70000 DM an Schönhuber vermietet worden. 8000 Zuhörer brachten 40000 DM an Eintrittsgeldern in die Kasse der Republikaner. Leider wurde die Vermietung der Olympiahalle nicht im Stadtrat problematisiert.

Der Widerstand gegen Schönhuber war gespalten. SPD, DGB, Kirchen und Grüne riefen nicht zur Demonstration auf, sondern zu einer Veranstaltung an der Münchner Freiheit. Allerdings wur-

de dort der Demonstrationstermin bekanntgegeben. Zur Demonstration selbst hatten eine Reihe von Organisationen aufgerufen, u.a. Autonome, Volksfront, MLPD, SDAJ, Arbeiterbund, IG Medien München, Jugendaktionsbündnis, Jusos Haidhausen u.a. Auf der Auftaktkundgebung hielt eine Vertreterin der Volksfront einen Beitrag, auf der Abschlußkundgebung sprachen Christian Stupka vom Ortsvorstand der IG Medien sowie Vertreter vom Anti-Strauß-Komitee, von der Antifa-Jugendfront und ein ausländischer Genosse. Die Abschlußkundgebung fand in der Nähe der am Olympiagelände liegenden BMW-Werke statt, die Volksfront war dabei in ihren Beitrag auch auf die Interessen der Konzerne an einer faschistischen Sammlungsbewegung sowie am Verdienen von BMW und anderen Konzernen an Zwangsarbeitern und Häftlingen während der NS-Herrschaft eingegangen.

Ein großer Teil der Demonstrantenteilnehmer zog noch während der Kundgebung zur Olympiahalle. 600 Polizisten, darunter USK-Trupps, sicherten den Anhängern der Republikaner den Zugang. 19 Antifaschisten wurden an den Absperrungen, zum Teil aber auch nach der Aktion, festgenommen. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Drei Republikaner wurden ebenfalls festgenommen, weil sie einen Antifaschisten mit einer Pistole bedroht hatten.

Das Bündnis, das Demonstration und Kundgebung veranstaltet hatte, will sich jetzt weiterhin treffen. Geplant ist auch ein Rechtshilfesond, kam es doch in den letzten Wochen bei verschiedenen Aktionen immer wieder zu Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten. — (chl)



Fuba expandiert

Mehr Zeitverträge, Schichtarbeit, mehr Haus- und Wochenendarbeit

Hildesheim. Am 25. Mai legte Hauptgesellschafter Hans Kolbe den Grundstein für die neue Fuba-Zentrale in Hildesheim. Damit wird die Zentrale Unternehmensleitung von Bad Salzdetfurth nach Hildesheim verlegt. Das gegen Protest von Eltern des anliegenden Kindergartens (der Spielplatz geht verloren) trotzdem von der Stadt bereitgestellte Grundstück soll nicht gerade teuer gewesen sein. Stadtrat und Stadtverwaltung waren sich gegen die Stimmen der Grünen einig, daß die 50 (!) neuen Arbeitsplätze anerkannt werden müßten. Außerdem sei das Aushängeschild „High-Tech-Unternehmen“ für den Standort Hildesheim höchst willkommen.

Zur Entwicklung der Firma Fuba in den letzten Jahren: 1987/88 stieg der

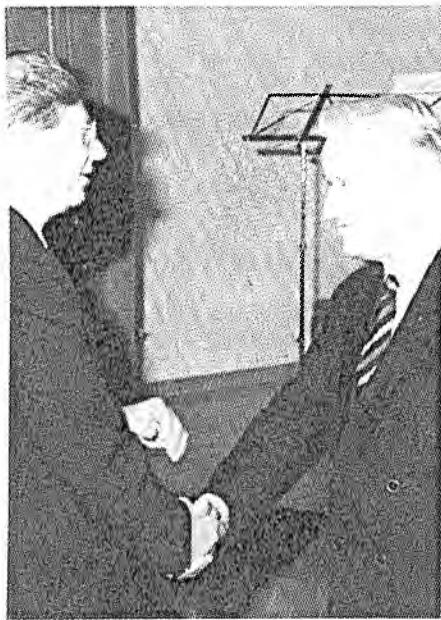
Systeme. Dabei ist auf diesem Milliardenmarkt die Konkurrenz unter den Herstellern eher gedämpft, da die Post verpflichtet ist, allen westdeutschen Anbietern Aufträge zukommen zu lassen. Dafür gibt es detaillierte Qualitäts- und Terminbestimmungen. Die Ausschreibungen der Aufträge garantieren jedem westdeutschen Hersteller mindestens sein letztes Auftragsvolumen, wenn diese Bestimmungen eingehalten wurden. Das wiederum macht es den Kapitalisten einfach, Überstunden, Schichtausdehnung usw. den hohen Postnormen und kurzfristigen Lieferbedingungen anzulasten. Fuba liegt außerdem im sog. „Zonenrandgebiet“. Dadurch wird die Firma bei der Auftragsvergabe gegenüber den Konurrenten bevorzugt.

Für die Beschäftigten stellt sich der Sachverhalt weitaus weniger positiv dar. Von den 500 im Jahr 1988 Eingestellten wurden die Hälften — in der Produktion eingesetzte Frauen — ausschließlich mit Zeitverträgen abgespeist. Damit unterliegen sie einem ungeheuren Zwang, diszipliniert und sehr leistungswillig ihren anstrengenden, zergliederten Teilarbeiten nachzukommen. Schließlich wird ja davon die Verlängerung der Arbeitsverträge abhängig gemacht, bzw. eine eventuell unbefristete Weiterbeschäftigung. Hinzu kommt, daß es fast keine Tätigkeit im Fertigungsbereich gibt, die nicht in Zweischicht — wenn nicht sogar in Dreischicht — den expansiven Strategien der Fuba-Eigner unterworfen ist.

Neueingestellte Ingenieure erhalten die minimal möglichen Gehälter und Zulagen des Tarifvertrages. Die „freiwilligen“ Zulagen sind demgegenüber rasant angestiegen. Sie werden ähnlich wie eine Prämienentlohnung gehandhabt und können bis zu 1300 DM im Monat ausmachen. Das bedeutet, vorfristige Fertigstellung eines Entwicklungs- oder Konstruktionsprojekts bringt entsprechend höhere „freiwillige“ Zulagen. Wird dieser hohe Standard über mehrere Entwicklungsaufträge gehalten, steigt dann auch die tarifliche Zulage, bzw. kommt es zu einer Höhergruppierung. Faktisch bedeutet dies für die große Mehrheit der Entwickler und Konstrukteure: Ausdehnung der Arbeitszeit durch Überstunden, „Haus- oder Heimarbeit“, regelmäßige Samstagsarbeit und sehr oft Sonntagsarbeit. Wie hoch dieser Anteil tatsächlich ist, darüber kann nur spekuliert werden. Wer gibt schon gerne an, wieviel Stunden er unbezahlt für seinen Kapitalisten zu Hause geschuftet hat. Im Herbst letzten Jahres zogen über 20 (im Frühjahr eingestellte) Ingenieure ihre Konsequenzen und kündigten. Die Firma hatte keinerlei Schwierigkeiten, innerhalb von Wochen Ersatz zu finden.

Laufbahn- und Karrierekosten — auch im Ausland — stiegen und steigen sprunghaft an. Der EG-Binnenmarkt bietet neue Absatzrekorde und Expansionsfelder. Das Klima innerhalb der Belegschaft, innerhalb der Gruppen und Abteilungen und zwischen ihnen, unterliegt einem konkurrenzfördernden Betriebsgemeinschaftsbrei und wird immer unpersönlicher. Noch ekelhafter in seiner Wirkung als Einzel- oder Gruppenakkord. „Leistung lohnt sich wieder“, verkündet die Geschäftsführung bei jeder Gelegenheit. Die Theorie „Geht es dem Betrieb gut, geht es der Belegschaft gut“ ist bei Fuba auf fruchtbaren Boden gefallen — jedenfalls in vielen Bereichen.

Gelingt es den Kapitalisten weiterhin, sich in der Öffentlichkeit als arbeitsplatzschaffende Wohltäter hinstellen zu können, werden es die Kräfte im Betrieb, die gegen die Betriebsgemeinschafts-Ideologie steuern, unendlich schwer haben, Verbesserungen für die Belegschaft zu erzwingen. — (mal)



Hasselmann gratuliert Hans Kolbe zum 60. Geburtstag (linkes Bild). Finanzministerin Breuel mit Hans Kolbe (Mitte) und Direktor Look vor einem Schneidautomaten.

Hoesch-Konzern in das florierende Unternehmen ein. Die Unternehmensgruppe Hans Kolbe & Co. hat ihren Umsatz in den letzten fünf Jahren von 240 auf 480 Millionen DM verdoppelt. Bis 1992 — in also nur drei bis vier Jahren — streben die Gesellschafter und der neue Teilhaber Hoesch eine wahnsinnige Expansion an. Sie wollen den Umsatz über die Milliardengrenze steigern. Wie das gehen kann? Die Post und die privaten Anbieter von Satelliten- und Kommunikations-Einrichtungen investieren hohe Milliardenbeträge in den Ausbau der Kabelnetze, die Ausdehnung des Programmangebots und die Vernetzung der Datenübertragungssysteme. Fuba ist einer der fünf wichtigen Anbieter dieser

Die öffentliche Meinung ist durch eine überaus positive Berichterstattung beeinflußt. Immerhin sind allein im letzten Geschäftsjahr 500 neue Arbeitsplätze Begleiterscheinung dieser unerhörten Expansion. Das ist der bürgerlichen Presse und den staatlichen Stellen Grund genug, die Firma Fuba ständig in höchsten Tönen zu loben bzw. mit großen finanziellen Mitteln „unter die Arme“ zu greifen. Mittlerweile bekommen die Fuba-Kapitalisten Mittel des Bundesforschungsministeriums in Millionenhöhe. Ebenso vom Land Niedersachsen und aus dem EG-Regionalfond. Insgesamt, so schätzt der Betriebsrat, betragen die jährlichen Expansions-Spritzen etwa zehn Millionen Mark.

Nahverkehr

Leistungs-einschränkung

Hamburg. Nachdem die Fahrplaineinschränkungen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) Ende Mai inkrafttraten, hagelte es Proteste. Ein Arbeiter: „Dadurch verpasste ich Anschlüsse, bin jetzt zwei statt eine Stunde unterwegs.“ Ein Lehrling fluchte. Er verpasste jetzt den Bus. „Fast eine Stunde muß ich auf den nächsten warten.“

Im Februar kündigte der HVV den täglich gut 750 000 Fahrgästen die Fahrplanausdünnung bei sechs U- und S-Bahnen und 18 Buslinien an. Sie sei „eine sinnvolle Anpassung an das schwache Fahrgastaufkommen einzelner Linien bzw. Streckenabschnitte.“

Den wahren Grund nannte dann der Fraktionschef der FDP, dessen Partikollege Wirtschaftssenator Rahlfs dem HVV eine Einsparung von sechs Millionen DM verordnet hatte. Die Leistungseinschränkungen nennt Wiegand „geringfügig“. Sie seien „notwendig und angemessen, um einen wirtschaftlichen Betrieb des HVV sicherzustellen und die hohen jährlichen Zuschüsse aus dem Hamburger Haushalt zu begrenzen.“

Wirtschaftlich ist für diese Herren, wenn die Ost-West-Schnellbahlinie mitten im Berufsverkehr nur noch dreimal statt sechsmal fährt. Dafür werden dann einfach drei Wagons mehr angehängt. Ein älterer Arbeiter berichtet: „Früher konnte ich sitzen. Das ist jetzt vorbei.“

Hinter den „hohen jährlichen Zuschüssen aus dem Hamburger Haushalt“ versteckt sich in Wahrheit mit über 60 Prozent der höchste Kostendeckungsgrad nicht nur bundesdeutscher Nahverkehrssysteme, sondern aller europäischen Großstädte. Zum Vergleich: München 50 Prozent, Frankfurt 38 Prozent. In Wien und Paris müssen alle Unternehmen ab zehn Beschäftigte zwei Prozent der sozialabgabepflichtigen Lohnsumme als zweckgebundene Nahverkehrsabgabe an die Kommune abführen. Während ihnen der Transport der Waren von Beiersdorf (Nivea usw.) und Philips einen Autobahnzubringer 12,4 Millionen DM oder das Weiterleiten der Container vom Schiff zum Flughafen durch einen exklusiven LKW-Tunnel unter der Elbe (4. Röhre) 600 Millionen DM wert ist, schert es sie die Bohne, wie der Malocher seine Ware Arbeitskraft zum Betrieb und wieder zurück ins Leben bringt. Die Befreiung der Lohnabhängigen und ihrer Familien von sämtlichen kommunalen Dienstleistungen bzw. ihre Privatisierung über den Weg der hundertprozentigen Kostendeckung



200 000 Pendler quälen sich täglich durch den Berufsverkehr

— das steckt hinter ihrem Gerede von Liberalität und Freiheit des Bürgers. Frei werden sollen die Gelder für unverhohlene Profitförderung.

Über 40 Verkehrsinitiativen und Umweltverbände verteilten über 70 000 Flugblätter, sammelten 10 000 Unterschriften und führten eine Aktionswoche mit Blockaden und Demonstration durch. Ein Grund, daß der DGB nicht gewonnen werden konnte, lag sicherlich auch in politischen Schwächen des Widerstands. So schrieb das Aktionskomitee: „Die einzige Erklärung für diese unvernünftige Politik: Der Senat ist hoffnungslos dem Autowahn verfallen.“ — (mij)

Strompreise

Bewag will 13% mehr von den Haushalten

Westberlin. Der Aufsichtsrat der Bewag hat eine Strompreiserhöhung von 13 Prozent für die privaten Haushalte und 12,3 Prozent für das Kleingewerbe vorgeschlagen. Nur 9,7 Prozent sollen die gewerblichen Großverbraucher zahlen. Dabei sind diese bereits jetzt durch Sondertarife begünstigt. Die Haushalte zahlen für die ersten 60 kWh ca. 0,68 DM (alle Preise ohne Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz). Die Tarife sinken dann in fünf Stufen auf ca. 0,26 DM, die für jede kWh gezahlt werden, die über 5437 kWh im Jahr hinaus verbraucht wird. Der Gewerbetarif im Niederspannungsbereich beträgt ebenfalls 0,26 DM oder ermäßigt ca. 0,22 DM. Obwohl 53,5 Prozent des Stromverbrauchs im Niederspannungsbereich mit ungefähr 3600 kWh durchschnittlichem Verbrauch pro Kundenanlage belasten, also der Durchschnittsverbrau-

cher nicht einmal die niedrige lineare Zone erreicht, lag der Erlös pro kWh bei nur 0,24 DM. Offensichtlich müssen die Sondertarife für gewerbliche Großabnehmer den Durchschnittserlös pro kWh stark nach unten gedrückt haben.

Aufgrund des starken Rückgangs der Ölpreise und des zuvor erreichten hohen Preisniveaus hatte die Bewag die Strompreise gesenkt, zum 1. Januar 1987 um 2,5 Prozent. Im vergangenen Jahr ist der private Stromverbrauch trotzdem rückläufig gewesen (-0,2 %) während der Industriestromverbrauch um 4 Prozent gestiegen ist. Wie man es dreht und wendet, energiesparpädagogisch oder marktwirtschaftlich betrachtet hätte der Haushaltstarif nicht steigen dürfen und der großgewerbliche Tarif steigen müssen.

AL und SPD, deren Senat als Mehrheitsaktionär der Bewag und als Aufsichtsbehörde die Genehmigung für die Preiserhöhung verweigern kann, kritisieren bislang die Begründungen der Bewag. Diese hatte angeführt, sie habe 1,2 Mrd. DM in den Umweltschutz investiert, speziell in Rauchgasentschwefelungsanlagen. M. Haberkorn und H. Berger von der AL sagten, die angegebenen Kosten für Kauf und Bau der Rauchgasentschwefelungsanlage lägen doppelt so hoch wie in der BRD. W. Behrendt (SPD) kritisierte die besondere Belastung der Verbraucher im Vergleich zur Industrie und die Tatsache, daß dadurch Energiesparanreize für die Industrie entfielen.

Auf der anderen Seite hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) eine weitere Begünstigung des Gewerbes gefordert. Sie verweist auf die vergleichsweise niedrigeren Tarife im Bundesgebiet und fordert, daß der Stromverbund hergestellt wird. Gerade in diesem Vertrag über den Stromverbund zwischen der Preußen Elektra (in Veba-Besitz), der Bewag und der DDR-Firma Intrac sehen die Senatsparteien den Grund für steigende Strompreise. Sie überprüfen, ob dieser den Veba-Vorstandsvorsitzenden und Bewag verpflichtet, 825 Mio. kWh (das sind 10 % des derzeitigen Stromverbrauchs) jährlich über den Stromverbund zu beziehen und 25 Mio. DM Transitgebühren an die Intrac im Jahr zu entrichten. Nach einer DIW-Prognose soll der Stromverbrauch bis 2010 ohnehin nur um ca. 0,5 Prozent jährlich steigen.

Die AL hatte im Wahlprogramm progressiv steigende Stromtarife gefordert. Die Koalitionsvereinbarung enthält wenigstens eine Bundesratsinitiative für die Änderung der Bundestarifordnung Elektrizität mit Einführung linearer Tarife. Orientiert sich Wirtschaftssenator Mitzscherling an diesen Abmachungen und nicht am Haushaltsdefizit, dann müßte die von der Bewag beabsichtigte Volksplünderung abgelehnt werden. — (chk)

Tarifkampf im Einzelhandel

Mit dem Arbeitsgericht gegen die ersten Streiks in Bayern

München. Die fünfte Verhandlungs runde am 7.6. hatte der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V. (LBE) mit folgender Aufforderung platzieren lassen: „Die Große Tarifkommission des LBE hat soeben beschlossen, daß die Verhandlung am 7.6.1989 dann nicht stattfinden kann, wenn die gewerkschaftlichen Arbeitskampfmaßnahmen nicht sofort unterbleiben.“ Die HBV lehnte ab und führte die geplanten Streikaktionen durch.

Folgende Warnstreiks wurden von der HBV bisher bayernweit durchgeführt:

chus, München
Salamander zwei Geschäfte
Innenstadt, München
Neckermann, München
Innenstadt
Schuh-Klein, Innenstadt
München

Die breite Mobilisierung zeigen nicht nur die fast 100% Ja-Stimmen der HBV-Mitglieder bei den bisher durchgeführten Urabstimmungen. Bei den Streikversammlungen waren jeweils doppelt so viele Beschäftigte anwesend, als HBV-Mitglieder in den einzelnen Betrieben

stemmt etwa eine Kassiererin im Supermarkt stündlich bis zu 250 Kilogramm an Waren vom Förderband, klagen 70 Prozent der Verkäuferinnen über Beschwerden in Füßen und Beinen und über Rückenschmerzen: bis zu zehn Stunden täglich im Stehen arbeiten, ist wahrlich kein Vergnügen. Erst recht nicht, wenn das Tageslicht durch Neonröhren und frische Luft durch die Klimaanlage ersetzt werden. „Für uns ist das Ende der Fahnenstange erreicht“, klagt Liselotte M., die mit einigen hundert Kolleginnen und Kollegen in diesen Tagen Streikposten vor der Karstadt-Filiale im Münchner Olympia-Zentrum bezogen hat. „Unsere Arbeitsbedingungen sind jetzt schon alles andere als zum Jubeln, aber wenn die in Bonn glauben, ich stehe mir donnerstags auch noch bis neun Uhr abends die Beine in den Bauch — nee, nicht mit mir!“ So hat sich, ähnlich überraschend wie die Wochenendarbeit in der Druckindustrie, der geplante Dienstleistungsabend im Einzelhandel zum zentralen Streitpunkt der Tarifaus einandersetzungen entwickelt.“ (Süddt. Ztg., 27./28.5.)

Im weiteren Verlauf der Streikaktionen erschienen allerdings auch Artikel und Kommentare, die versuchen, den Widerstand gegen die Spätöffnung auszuspielen gegen die Forderungen für mehr Lohn und Gehalt (in Bayern 180 DM für alle). In dem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9.6. „HBV überspannt den Bogen“ wird behauptet, durch den Streik würden diese Forderungen diskreditiert. Die Betriebsräte der Streikbetriebe berichten demgegenüber, daß die Festgeldforderung untrennbarer Bestandteil der Forderung gegen die Spätöffnung ist.

Von den Stadtratsparteien hat die FDP die schroffeste Kritik gegen die gewerkschaftlichen Forderungen geäußert. Schon in ihrem Kommunalwahlprogramm von 1984 vertritt die FDP die Position: „Die bestehenden Ladenschlußzeiten beengen Konsumenten und Arbeitnehmer.“

Bereits beim zweiten Streik (Karstadt, Olympiaeinkaufszentrum) kam es zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzung von HBV und Kapitalisten. Die Karstadt-Kapitalisten versuchten den Betrieb zu öffnen, indem Beschäftigte aus dem Haus Karstadt Oberpollinger (Fußgängerzone) in Taxis angekarrt wurden. Unter Polizeischutz wurden sie in den Betrieb geschleust, dabei kam es zu Rempfeilen. Der Betrieb konnte trotzdem bis elf Uhr geschlossen bleiben. Die Kar-



Streikversammlung bei Hertie/Schwabing: Alle HBV-Mitglieder stimmten für Streik.

8. Mai	Karstadt, Nürnberg
17. Mai	Hertie, Nürnberg
18. Mai	Hertie, München/Schwabing
23. Mai	Karstadt München, Olympia-einkaufszentrum
30. Mai	Kaufhof, Amberg
	bilka, Fürstenfeldbruck
31. Mai	Paul, Kaufbeuren
	Neukauf, Schwandorf
31. Mai	Quelle, Fürther Freiheit
	Fürth
1. Juni	Horten, Erlangen
	Kaufhof, Erlangen
	Quelle, Erlangen
2. Juni	Hertie, Bamberg
	Meister, Weiden
	Paul, Lauingen
6. Juni	Hertie Bahnhof, München
	Kaufhof Stachus, München
15. Juni	Kaufhalle Pasing und Sta-

organisiert sind. In den Betrieben, in denen Warnstreiks und Urabstimmungen durchgeführt wurden, sind teilweise hohe Mitgliederzuwächse zu verzeichnen. Bei den Warnstreiks von Hertie Bahnhof und Kaufhof Stachus in München nahmen an der gemeinsamen Streikversammlung etwa 1000 Beschäftigte der beiden Betriebe teil, organisiert in der HBV sind nur etwa 400.

Die lokale Presse in München konnte nicht verschweigen, daß die Kunden vor den verschlossenen Türen überwiegend positiv auf die Streiks reagierten und tatsächlich nur wenige für die Spätöffnung eintraten. Ein langer Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift: „Verkäuferinnen üben sich im Streik“ übt Kritik an den Arbeitsbedingungen im Handel: „Außerdem

stadt-Kapitalisten erreichten daraufhin eine einstweilige Verfügung gegen Funktionäre der HBV, die sie zwingt, eine Gasse für „Arbeitswillige“ freizulassen. Leider kam es zu einer Verschlechterung der Zusammenarbeit mit der DAG durch diesen Vorfall. Das Haus Oberpollinger, von dem die Streikbrecher angekarrt wurden, hat mehrheitlich einen DAG-Betriebsrat. Dieser distanzierte sich von dem Warnstreik im Olympiaeinkaufszentrum, griff in seiner Distanzierung die Behauptung der Geschäftsleitung auf, die HBV habe in tatsächlichen Auseinandersetzungen die Schließung des Hauses erzwungen und gab dazuhin noch eine falsche Information an die Belegschaft, daß sie sich nicht gegen einen Streikbrechereinsatz wehren könne. Dies ist eindeutig falsch, Streikbrucharbeiten sind betriebsverfassungsrechtlich eine Versetzung und damit ein mitbestimmungsrechtlicher Tatbestand. Der Aufforderung sich von dem Flugblatt zu distanzieren, kam die DAG nicht nach. Auch im weiteren Verlauf konnte

die Zusammenarbeit mit der DAG nicht wieder verbessert werden, was für einige Betriebe Probleme aufwirft, für die, die nur bestreikt werden können, wenn DAG und HBV zusammen für den Streik mobilisieren.

Dem Vorbild der Karstadt-Kapitalisten folgten die Geschäftsleitungen von Hertie und Kaufhof. Hertie erreichte zuerst eine einstweilige Verfügung gegen das Plakatieren von Streikplakaten an Schaufenstern, verbunden mit der Bestimmung, eine Gasse für „Arbeitswillige“ freizulassen. Eine weitergehende Knebelung beschloß das Arbeitsgericht: Weder mit Taten noch mit Worten dürfen Beschäftigte gehindert werden, den Betrieb zu betreten. Das ist natürlich weitgehend, es müßte von der HBV überprüft werden, ob dies nicht den betriebsverfassungsrechtlichen Bestimmungen widerspricht.

Trotz der erfolgreichen Streikaktionen muß man feststellen, daß die bayerischen Einzelhandelskapitalisten noch nicht groß reagiert haben. Interessant in die-

sem Zusammenhang ist jedoch, daß Wertkauf, der nicht im Arbeitgeberverband ist, angekündigt hat, auf jede Tarif erhöhung 100 DM draufzulegen. Das legt nahe, daß die HBV bei Lohn und Gehalt noch weiter ausreizen kann. Die Münchner Betriebsräte sind sich auch einig, daß ein Abschluß erst diskutiert werden kann, wenn ein relativ hoher Festgeldbestandteil angeboten wird — die bisherigen Prozentangebote, dazu noch für die nächsten drei Jahre, werden als nicht diskutierwürdig betrachtet. Eher sind die Betriebsräte bereit, bei der Arbeitszeitverkürzung ein Angebot zu machen: bisher steht das Angebot der Kapitalisten, bis 1990 auf 37 Stunden zu verkürzen, die Betriebsräte könnten sich auch mit einer Verkürzung ab 1991 abfinden. Das zeigt auch, daß die Mobilisierung in dieser Tarifrunde in der Hauptsache über die Spätöffnung und Einkommenserhöhungen erfolgt ist. Die Auffassung ist verbreitet, daß jetzt das Geld noch mehr in den Vordergrund der Aktionen gerückt werden muß. — (dar)

Dokumentiert: Kundenflugblatt der HBV zum Streik

Liebe Kollegin, lieber Kollege, sehr verehrte Damen und Herren, unsere Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel stehen in einer harten Tarifauseinandersetzung. Deren Ausgang wird entscheidende Weichen für ihre zukünftigen Arbeitsbedingungen stellen.

In den Verbrauchermärkten und Lebensmittelfilialen, in den Warenhäusern und Fachgeschäften geht es nicht nur um kürzere Arbeitszeiten, um höhere Löhne und Gehälter. Es geht auch darum, die Rechte der Teilzeitbeschäftigen zu sichern und damit Frauendiskriminierung zu beseitigen. Und es geht vor allem — nachdem die Regierenden in Bonn stur an ihren Plänen zur Einführung eines Dienstleistungsabends festhalten — um die tarifliche Sicherung des Feierabends.

Der beginnt ohnehin schon spät genug — um halb sieben, oft auch erst eine viertel oder halbe Stunde später. Jetzt soll er jeden Donnerstag auf 20.30 Uhr verschoben werden.

Aber die Unternehmer und Teile der Regierung wollen noch mehr: Der Dienstleistungsabend soll nur die Einstiegsdroge sein für die totale Freigabe der Ladenöffnung.

Da steckt System dahinter: Rund um die Uhr einkaufen soll möglich werden, damit auf der anderen Seite die Betriebslaufzeiten in den Fabriken in die Nacht und aufs Wochenende ausgedehnt werden können.

Wenn wir in den Betrieben des Einzelhandels Unorganisierte auf Gewerkschaftsmitgliedschaft ansprechen, hören wir oft als Antwort: „Mein Mann

ist doch schon Gewerkschaftsmitglied“. Wir meinen: Das ist gut so. Aber das reicht natürlich nicht aus. Der Ehemann kann die Arbeitsbedingungen der Ehefrau im Einzelhandel nicht verbessern. Wenn der Feierabend fällt, wird die Zeit für Private noch kürzer.

Wenn es keinen geregelten Ladenschluß mehr gibt, findet das Familienleben nach Schichtplan statt.

— *Wir wollen das verhindern —*

Gemeinsam für Feierabend und freies Wochenende — Hände weg vom Ladenschluß — Solidarität der Kundinnen und Kunden mit den Verkäuferinnen und Verkäufern im Einzelhandel:

Die Verkäuferin ist nicht verantwortlich für zu wenig Bedienungspersonal.

Die Kassiererin kann nichts für lange Schlangen an der Kasse.

Eine Ladenöffnung am Abend nach 18.30 Uhr ist nicht erforderlich.

... Wir wünschen auch Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, einen schönen Feierabend!



Polizei überwacht Streikposten bei Karstadt/Olympiaeinkaufzentrum.

Feierabend absichern!

Die Gewerkschaft HBV darf die von ihr angestrebte tarifvertragliche Absicherung des derzeit geltenden Arbeitszeitendes im Einzelhandel auf 18.30 Uhr mit Arbeitskampfmaßnahmen durchsetzen. Das geht aus einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf (Az.: 2 Sa 553/88 LAG Düsseldorf) hervor. Der zweite Vorsitzende der HBV, Dieter Steinborn, bewertet das Urteil als „einindrucksvolle Bestätigung der eigenen Position“. „Wir haben immer gesagt, daß das Arbeitszeitende im Einzelhandel in dem noch bis Ende dieses Jahres geltenden Manteltarifvertrag nicht abschließend geregelt ist“, sagte Steinborn. Dieser Beurteilung habe sich jetzt das Landesarbeitsgericht Düsseldorf angeschlossen. (DGB-Magazin)

Mitgliederzuwachs

Die HBV hat im Jahr ihres 40jährigen Bestehens einen neuen Mitgliederrekord erreicht. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich zum 31.12.1988 auf 393 399. Insgesamt nahm die HBV im vergangenen Jahr mehr als 42 000 neue Mitglieder auf. Diesen Neuaufnahmen stand eine bei 8,6 Prozent liegende Fluktuationsquote gegenüber, u.a. wegen beruflicher Veränderungen und dem Wechsel zu anderen DGB-Gewerkschaften oder wegen Berufsaufgabe. Die Zahl der im Handel, in Banken, Versicherungen, Wirtschaftsdiensten organisierten HBV-Mitglieder erhöhte sich 1988 um 8 233 (Nettozugang). Ende des Jahres 1987 hatte die Gewerkschaft HBV 385 166 Mitglieder. (DGB-Magazin 2/89)

Nur knappe Mehrheit für Audi-BKK

Ingolstadt. Auch die in Aussicht gestellte jährliche Ersparnis von 380 Mark gegenüber dem AOK-Satz bei Gründung einer Audi-BKK konnte einen beträchtlichen Teil — 9837 Beschäftigte votierten dagegen — der Audi-Belegschaft nicht überzeugen. Befürchtet wird, daß medizinische Daten missbraucht werden und für eine verstärkte Kontrolle des Unternehmens benutzt werden. Der Betriebsrat unterstützt das Vorhaben der Firmenleitung. AOK und DGB sind dagegen. Sozialministerium für „Entscheidung überdenken“. (SZ, 16./17.6.89) — (dil)

IBM: Effektivgehälter nur um 2,1% höher

Stuttgart. Zwar bekam jeder IBM-Beschäftigte im April eine Gehaltserhöhung um 2,5% seines Tarifeinkommens, die Anpassung der übertariflichen Zulagen fällt jedoch erneut recht mager aus. Die betrieblichen Zielgehälter, die nach ca. zehn Jahren Betriebszugehörigkeit erreicht werden, sollen dieses Jahr nur um 2,1% höher liegen als 1988. Damit setzt IBM Deutschland den seit Jahren verfolgten Kurs einer



Neun Jahre brauchte die Demokratische Partei, die die Mehrheit im US-Kongress hat, um ein Gesetz zur Erhöhung des Minimallohns durchzubringen. Das Gesetz scheiterte jetzt am Veto von Präsident Bush. Die letzte Erhöhung war 1981. Seither beträgt der minimale Stundenlohn \$3,35, nicht genug zum Leben. Der abgelehnte Entwurf sieht eine gestaffelte Erhöhung auf schließlich \$4,55 im Oktober 1991 vor. Die Regierung will eine stufenweise Erhöhung auf \$4,25 bis Januar 1992, gekoppelt mit der Einführung eines Subminimumlohns. Der Regierungsentwurf sieht außerdem sechs Monate Trainingslohn von \$3,35 (\$3,40 im Jahre 1992) vor. Nach Schätzungen sind 40% aller zu Minimallohn Beschäftigten davon betroffen. Die Gewerkschaften sagen, daß sie keine Erhöhung der Einführung eines Subminimumlohns vorziehen. Die Kapitalisten fordern die Abschaffung des Minimallohns, den sie als überflüssiges Relikt aus dem New Deal der 30er Jahre bezeichnen. — (her, ger)

Westberlin. Auf dem evangelischen Kirchentag informierten vom Berufsverbot Betroffene (Bild). Der Sachverständigenausschuß der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) hat die Bundesregierung zum dritten Mal wegen ihrer Unterdrückungspolitik im öffentlichen Dienst gerügt. Die ILO Konvention Nr. 111 gegen politische Diskriminierung am Arbeitsplatz gilt verbindlich für die BRD. Die ILO fordert daher die Regierung auf, endlich ihre Berufsverbotepolitik einzustellen und bis zum 30. Juni Bericht zu erstatten.

Quelle: „UZ“ — (gba)



schleichenden Senkung des betrieblichen Gehaltsniveaus fort.

1988 gelang es IBM, trotz einer Ausweitung des Personalstandes um 168 auf 30712 Beschäftigte, die Lohn- und Gehaltssumme um 4,1% zu senken. Dazu beigetragen hat eine Umwälzung des Beschäftigtenkörpers, bei der rund 1000 „teure“ Frühpensionierte durch „billige“ Neueinstellungen — häufig mit Zeitvertrag — ersetzt wurden. Außerdem stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten „im Zug zunehmender Flexibilität der Arbeitszeit“ (IBM-Geschäftsbericht 1988) auf nunmehr 1359. — (wor, AGM)

Lärmzulagen umstritten

Hannover. Die Betriebsräte von Schörling Kommunalfahrzeuge fordern die Zahlung einer Lärmzulage in den Lärmbereichen. Der zuständige Manteltarif sieht Belastungszulagen für besondere Belastungen vor. Die Verhandlungen sind gescheitert, die Tarifliche Schlichtungsstelle hat getagt. Eine Entscheidung wird im Herbst gefällt, nach Veröffentlichung eines BAG-Urturts. Der Verband der Metallindustriellen hat in einem anderen Fall gerichtlich bezweifelt, ob der Betriebsrat nach Wortlaut des Tarifvertrages überhaupt zuständig sei, Lärmzulagen zu beantragen. — (gka)

„plakat“ und IGM einigen sich

Stuttgart. Die betriebliche Oppositionsgruppe „plakat“ bei Daimler-Benz Untertürkheim und die IG Metall Stuttgart haben vereinbart, „daß eine Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung bei Daimler-Benz in Untertürkheim nur durch ein einheitliches und geschlossenes Auftreten als IG Metall gesichert wird“. In der Vereinbarung ist außerdem festgelegt, daß die IG Metall Stuttgart die schnellstmögliche Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder der Gruppe „plakat“ beantragt und daß die Funktionsverbote aufgehoben werden. „plakat“ verpflichtet sich, die Zeitung „plakat“ mit Abschluß der Betriebsratswahl einzustellen und Mehrheitsbeschlüsse der

IG Metall-Faktion ohne Ausnahmen zu vertreten. Zur Betriebsratswahl 1990 werden den „plakat“-Mitgliedern sechs sichere Listenplätze auf der Liste der IG Metall garantiert. — (ros)

Blüm antwortet Bosch-Arbeiterinnen

Stuttgart. Etwa 60 Schichtarbeiterinnen und -arbeiter aus dem Pumpenwerk bei Bosch in Feuerbach hatten sich in einem Brief an Bundesminister Blüm gewandt und die Beibehaltung des Verbots von Nachtarbeit für Industriearbeiterinnen verlangt. „Wollen Sie uns mit Gewalt kaputt machen?“ Blüm antwortete, daß aus „Gründen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen“ das Verbot fallen müsse. Zynisch wurde er, als er meinte, die Arbeitsmedizin halte Nachtarbeit für Männer wie Frauen gleich schädlich. — (ros)

Einstellung neuer Lehrer gefordert

Lüneburg. Die Bezirksregierung stellt 82 Lehrer ein. Die GEW hält dies für unzureichend angesichts vieler Pensionierungen, Stundenreduzierungen, und weil nach zwei Jahren Einstellungsstop immer noch jede zweite freiwerdende Stelle wegfällt. Der GEW-Bezirksverband fordert eine neue Berechnungsgrundlage für die Lehrerversorgung, um in den 90er Jahren einen Lehrermangel zu verhindern. — (mas)

Antirassistische Wochen

Stadt duldet faschistische Wahlpropaganda

Elmshorn. Der Ausländerbeirat der Stadt Elmshorn lud zum 28.3. etwa 30 antifaschistische Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen ein, um mit ihnen eine gemeinsame Politik gegen die faschistische Propaganda zu den Europawahlen zu beraten. In dem Einladungsschreiben hieß es: „.... Wir würden es deshalb begrüßen, wenn alle, die gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und für gleiche Rechte für alle in diesem Land lebenden Menschen eintreten, hierfür auch gemeinsam in die Öffentlichkeit gehen ...“ Auf dem ersten Treffen erschienen: Ausländerbeirat, AK Ausländerpolitik, Aktionsbündnis gegen Apartheid, BWK, DGB, Gencler Birligi (türkischer Fußballverein), ÖTV-Zahlstelle, Rote Hilfe und Volksfront. Von den fortschrittlichen und antifaschistischen Organisationen fehlten: Die WGE/Die Grünen, die VVN/BdA und DKP; die bürgerlichen Parteien. Auch die IGM und die DPG, die gerade in Beschlüssen die Auflösung faschistischer Organisationen gefordert hatten, kamen nicht. Auf den Folgetreffen, an denen (bis auf den DGB und Gencler) jetzt auch die WGE/Die Grünen und sporadisch die DKP und VVN/BdA teilnahmen, waren folgende Grobvorstellungen einigungsfähig:

1. Ausstellung „100 Jahre deutscher Rassismus“ im Rathaus,
2. Veranstaltung „Rassismus in offizieller Ausländerpolitik/Wege in eine nichtrassistische Gesellschaft“ im Rathaus,
3. Deutsch-ausländisches Kulturfest im Jugendhaus,
4. Antrag der WGE/Die Grünen gegen die Vergabe von Räumen, Werbeflächen etc. an faschistische Parteien,
5. Aktivitäten gegen die Verteilung faschistischer Drucksachen durch die Post.

24.4. Auf einer Sitzung des Treffens erklärt die WGE/Die Grünen, daß sie ihren Beslußantrag nicht auf der Rechtsgrundlage Art. 139 GG stellen will, weil er „sonst keine Chancen hat“.

27.4. Das Kollegium faßt mit den Stimmen von SPD und WGE/Die Grünen einen Besluß gegen „Rechtsextremismus“, der im wesentlichen die Handschrift der SPD trägt. Der SPD ist daran gelegen, Parteien wie die DVU, Republikaner etc. nicht als explizit faschistisch einzuschätzen, die rechtliche Seite den Gerichten zu überlassen und sich mit diesen „Gruppierungen mehr auseinanderzusetzen“. Die CDU hält „es für eine Stärke der Demokratie, andere zu tolerieren ...“ und spricht „sich dafür aus, alle zugelassenen Parteien gleich zu behandeln ...“ Die finanzielle Unterstützung der Ausstellung und des Kulturfestes wird an den Magistrat verwiesen, der bisher kein Geld freigab.

Wenige Tage später kommt heraus: Unter rechtskundiger Anführung des Bürgermeisters Dr. Lutz (SPD) verkauft die Stadt der DVU Adressen für 716 DM Gebühren. Selbst die örtliche Presse reagiert verhalten empört: Sie schlägt vor, das eingezogene Geld zu spenden. Daraufhin beschließt der Magistrat (SPD-Mehrheit) einstimmig: Gebühren- und Veranstaltungsgelder von Faschisten sollen an den Ausländerbeirat, Gelder von der DKP an Aussiedler gehen. Zu einer gemeinsamen Stellungnahme des Treffens gegen diesen unglaublich reaktionären Besluß kommt es nicht, da sowohl der Ausländerbeirat als auch die WGE/Die Grünen dieses Geld verwenden würden. Die DKP und VVN/BdA veröffentlichten ohne Rücksprache — in ihrem Namen — die von der Volksfront vorgeschlagene Stellungnahme.

25.5. Die Kollegiumsparteien sowie die Stadtverwaltung werden von den Organisationen des Treffens aufgefordert, eine faschistische Plakatierung nicht zuzulassen, bzw. Antifaschisten Platz auf den städtischen Werbeflächen einzuräumen.

29.5. Die Ausstellung wird vor etwa 40 Menschen durch den Vorsitzenden des Ausländerbeirates und Dr. Lutz eröffnet. Der Vorsitzende prangert den Rassismus gegenüber Imigran-

ten und Flüchtlingen an und verlangt, daß die 1987 gefaßte Erklärung des Kollegiums gegen „Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ in die Praxis umgesetzt wird. Dr. Lutz führt aus, daß das deutsche Staatsangehörigenrecht fast das einzige in Europa sei, welches nicht an den Geburtsort, sondern an die nationale Abstammung anknüpfe. Dies wirke sich insbesondere gegen die hier geborenen Ausländer aus.

Da keine Partei und die Stadtverwaltung auf den Brief antworteten, rufen Antifaschisten öffentlich (in Anwesenheit von Dr. Lutz) zur Plakatierung der bisher noch leeren Werbeflächen mit Beschlüssen des Kollegiums gegen „Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus“ auf. Über 20 Antifaschisten beteiligen sich am gleichen Abend daran.

30.5. Ein von der Stadt beauftragtes Werbeunternehmen überklebt diese Beschlüsse mit Plakaten der FAP, der Patrioten ..., der CDU und den Grünen. Die DKP zog ihre Wahlwerbung mit antifaschistischer Begründung zurück. Die SPD „vergaß“ ihre Plakate dem Unternehmen abzugeben.

31.5. Die Faschistenplakate werden öffentlich überklebt. Den Organisationen des Treffens erreicht ein Brief der WGE/Die Grünen: „.... Manchmal ist die Meinungsfreiheit anderer schier unerträglich, aber für unsere Demokratie auch nicht verzichtbar ... Politisch bekämpfen heißt für uns nicht, die Auflösung von rechtsradikalen Parteien §§ 129 (? d. Verf.) zu fordern ...“ Wir können „die Abneigung gegen rechtsfaschistische Plakate verstehen ... P.S.(Post skriptum): ... Wir begrüßen diese originelle ‚Beschmierung‘ von Plakatflächen ... P.S. II: Nach der Vernichtung der Sprüche durch die Stadt werden wir heute unsere eigenen Plakate überkleben mit dem Spruch: ‚Wer Rassismus sät, darf keine Stimmen ernten‘.“

1.6. Dr. Lutz antwortet den Organisationen: „.... Die Nutzung von Stellwänden, die wir demokratischen Parteien ... zur Verfügung stellen, können wir rechtsradikalen Parteien nicht versagen ...“

2.6. An der Veranstaltung beteiligen sich über 40 Menschen, die Rechtsanwältin Töpfer berichtet über den Entwurf für ein neues Ausländergesetz und Y. Matras referiert über die „Unterdrückung nationaler Minderheiten“ und der Forderung nach einer kulturellen Autonomie, die viele der Anwesenden nicht teilen.

3.6. In der Innenstadt werden 500 Beschwerdeformulare gegen die Postwurfsendung der DVU verteilt. Die Beschlüsse der Stadt werden erneut von über 20 Antifaschisten öffentlich angebracht, desweiteren werden Stellschilder der DVU unbeschädigt zur Beschlagnahmung bei Dr. Lutz privat abgegeben, ebenso eine Presseerklärung zur ersten Überklebaktion.

6.6. SPD-Plakate hängen an den Werbeflächen, z.T. über den Faschistenplakaten.

7.6. Dr. Lutz diffamiert in der örtlichen Presse Antifaschisten, die ihn besucht hatten: „.... Dr. Lutz sieht die Aktion als ‚Erpressungsmethode‘ an. ‚Das sind faschistische Verhältnisse, um Leute unter Druck zu setzen‘, so der Bürgermeister entsetzt. Bisher sei man solche Dinge nur von der äußersten Rechten gewohnt. Er benachrichtigte die Polizei ...“

11.6. Das Kulturfest besuchen den ganzen Tag über etwa 100 Menschen.

12.6. Der örtlichen Presse wird eine Stellungnahme von 13 Antifaschisten gegen ihre Gleichsetzung mit Faschisten durch Dr. Lutz abgegeben. Es wird eine Entschuldigung von Dr. Lutz verlangt und dargelegt, daß Dr. Lutz und die Kollegiumsparteien durchaus die Möglichkeit hatten, keine Adressen an die DVU zu verkaufen, die faschistische Plakatierung auf den städtischen Werbeflächen zu verhindern und für die Anwendung des Art. 139 GG einzutreten. Bis zum 16.5. drückt die Presse die Stellungnahme nicht.

ab 12.6. Die Faschisten fühlen sich offensichtlich von Dr. Lutz bestärkt, kleben und stellen in größerem Umfang faschistische Plakate an und auf, die aber schnell entfernt sind.

Nach den Sommerferien werden die Organisationen des Treffens erneut zusammenfinden und ihre weitere Tätigkeit beraten. — (dim, sip)



Auseinandersetzung zwischen Mutter und Sohn

Kinofilm: Das Kuckucksei

Emanzipationskampf eines Homosexuellen

Harvey Fierstein, Hauptdarsteller des Films „Das Kuckucksei“, spielt einen homosexuellen Mann, der um seine Gleichberechtigung und Gleichbehandlung mit anderen Menschen kämpft. Er hat auch das Drehbuch geschrieben nach seinem Bühnenstück, das seit längerer Zeit am Broadway gespielt wird. Der Film beginnt mit einem Prolog, in dem er sich vorstellt. Er heißt Arnold Beckoff, ist als Damenimitator beschäftigt und bereitet sich auf seinen Auftritt in einer Travestieshow vor. Das Programm rollt ab. In einer Rückblende sieht der Zuschauer den Star als Kind, das von seiner Mutter zum Essen gerufen wird. Sie findet ihren Sohn als Mädchen verkleidet und geschminkt im Schrank. Auf ihrem Gesicht malt sich begreifendes Entsetzen, aber sie überspielt ihre Erkenntnis und tut so, als ob nichts wäre. Damit ist dargestellt, unter welchen Bedingungen der Verleugnung und Ablehnung seiner Homosexualität durch seine Familie der Junge Arnold heranwächst. Fortgeführt wird die jahrelange Auseinandersetzung in Szenen, bei denen er anlässlich von Familienfeiern seine El-

tern besucht. Die Mutter tut seinen Beruf als nicht salonfähig und höchstens vorübergehend ab. Sie besteht darauf, daß er sich erst noch eine richtige Existenz gründen und ein nettes Mädchen zum Heiraten finden muß.

Arnold leidet unter den Schwierigkeiten, einen Partner zu finden, der ihn wirklich akzeptiert. Eine Liebesbeziehung geht in die Brüche, weil der Freund, der bisexuell ist, hin- und hergerissen ist zwischen ihm und einem Mädchen, das er schließlich vorzieht. Arnold geht nur sehr zögernd eine neue Liebesbeziehung ein. Sein Freund Alan wird von aufgehetzten Jugendlichen umgebracht, als er versucht, einem anderen Homosexuellen, der von der Bande verfolgt wird, zu Hilfe zu kommen. Arnold begräbt ihn auf dem jüdischen Friedhof, wo er schon seinen Vater beerdigt hat und wo die weiteren Plätze für „normale“ Familienverhältnisse, für Frau und leibliche Kinder, schon vorgesehen waren. Seine Mutter greift ihn an und kränkt ihn tief, weil sie das abweichende Verhalten ihres Sohnes nur als Provokation empfinden kann. Er wirft ihr ihre Beschränktheit vor. In

einer heftigen Auseinandersetzung versucht er ihr klarzumachen, daß sie es leicht hatte. Sie war lange mit seinem Vater verheiratet, kannte nichts anderes und hat keine Ahnung, was sie falsch gemacht hätte, um so einen Sohn zu verdienen.

Zu seiner Freude kann Arnold einen Jungen adoptieren, der durch seine Erziehung lernen soll, seine eigene Homosexualität zu akzeptieren und ein selbstbewußter Mensch zu werden. Seine Mutter, die ihn in seiner Wohnung besucht und den Jungen kennenlernt, will wieder nicht begreifen, was wirklich los ist. Er kämpft darum, daß sie sich auf die Realität einläßt, Verständnis dafür aufbringt, daß er ein Mensch ist, der wie andere Liebe braucht, und der leidet, wenn er einen Menschen, den er geliebt hat, verliert. Sie kommen einander näher, weil die Mutter ihr Verhalten allmählich ändert und sich nicht mehr weigert, über seine Pro-

bleme überhaupt zu sprechen. Zugleich nehmen Arnold und sein erster Freund Ed ihre Beziehung wieder auf, nachdem Ed sich von seiner Frau getrennt hat.

Die Probleme Homosexueller und der Kampf gegen ihre gesellschaftliche Diskriminierung werden in dem Film mutig und einfühlsam geschildert. Eine weitere Seite des Kampfes gegen Unterdrückung von Minderheiten wird in der Handlung berührt, weil die Hauptpersonen Juden sind.

Die Kämpfe, die in der Familie ausgetragen werden, verfolgen jedoch das Ziel, bürgerliche Auffassungen zu kritisieren und mit der Ablehnung von Menschen aufgrund persönlicher Eigenschaften ins Gericht zu gehen. Dabei werden Haltungen, die nur wegen der Tradition eingenommen werden, mit freundlicher Ironie behandelt. Die schauspielerischen Leistungen der beteiligten Personen sind beachtlich. — (anl)

Kinofilm: Elvira

Gegen Spießermoral und schwarze Magie

Elvira — eine Frau, die wie eine Kunstdarstellerin wirkt: Enges schwarzes, hochgeschlitztes Kleid, tiefes Dekolleté, hohe Stöckelschuhe und schwarze Haarmähne. Sie ist geradezu das Gegenstück eines blonden glitzernden Sexidols, ist weder anschmiegsam noch unterwürfig, sondern sehr

selbstbewußt. Wenn's sein muß tritt sie auch mal mit den spitzen Stöckeln gegen Anmacher. Nachdem sie wegen ihrer flotten Sprüche den Job als Fernsehkommentatorin von Filmen verloren hat, will sie um jeden Preis Showstar in Las Vegas werden. Dazu braucht sie viel Geld. Das scheint zu winken, als sie von der Erbschaft einer verstorbenen Tante erfährt. Sie reist im Luxuscabriolet zur Testamentseröffnung in eine Kleinstadt, wo ihr Auftritt die frömmelnde Welt dieser Leute wie die Faust aufs Auge trifft. Nur wenige, darunter die Jugend des Ortes, empfindet die lockere Art Elviras als Befreiung. Auf die moralisierende, tonangebende Clique in der Stadt wirkt sie so provozierend, daß sich diese nur noch mit einer Hexenanklage zu helfen weiß.



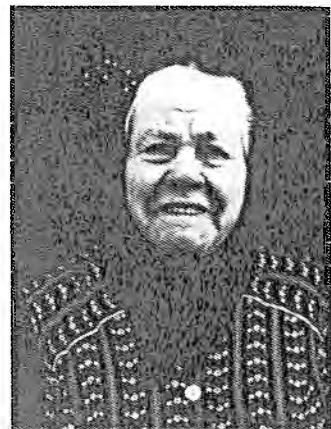
Elvira muß länger als gedacht in dem Ort bleiben, da der erhoffte Geldregen ausbleibt. Sie erbt nur ein heruntergekommenes, verstaubtes Haus, einen Hund und ein Rezeptbuch. Damit beginnt ihre Begegnung mit dem Übersinnlichen, denn ihre Mutter und Tante entpuppen sich als überirdische Wesen. Auch die sich aus dieser Verwandtschaft ergebenden Komplikationen geht sie genauso an wie die verklemmte Moral: selbstbewußt und praktisch. — Die Geschichte ist hübsch gemacht, weil sie mit Humor die Verklemmtheit des Spießbürgertums entlarvt, und die Begegnung mit der Phantasiewelt zwar mit schauerlich schönen Gewitterblitzen, aber ohne Mystik betrachtet. Amüsant ist auch, daß die äußere Erscheinung und das Auftreten Elviras den Zuschauer selbst provozieren, ihn aber ständig dazu bringt, voll Sympathie auf ihrer Seite zu stehen. — (ccs)

Herbstmilch

„Wenn der Herr Pfarrer das liest“

Geschildert wird, wie im gleichnamigen Buch, das harte Leben einer niederbayerischen Bäuerin. Die Auswirkungen des Krieges auf das Leben der Bauern zeigt der Film ebenfalls. Der Mann zieht in den Krieg, die Frau muß, schwanger, den Hof führen. Maschinen und Arbeitserleichterungen gibt es kaum. Daß gleichzeitig genug Geld zum Bau von Panzern, nicht aber für Traktoren da war, muß sich der Zuschauer selber denken. Direkte Kritik am Hitlerfaschismus kommt wenig rüber, die Bauern erfreuen sich an in Norwegen beschlagnahmten Radios, die im Reich verteilt wurden, Fremdarbeiter ersetzen zum Teil die in den Krieg gezogenen Männer. Der Film ist aber eher als Dokument zu verstehen. Die Bauern mußten zwar den Krieg tragen, nahmen aber auch so gut wie alles hin. Erschreckend ist wohl, daß selbst der Landbevölkerung z.B. das KZ Dachau wohl bekannt war: „Paß auf, daß Du nicht nach Dachau kommst.“ Der Film geht über den Rahmen des Buches nicht hinaus, bleibt vielmehr hinter dem Buch ein Stück zurück. Nicht nur aufgrund des Drucks der Kirche im „niederbayerischen Weihrauchdreieck“ zwischen Passau, Altötting und Vilshofen — die Kirche mußte ja

für die Dreharbeiten mitspielen — wurde anscheinend auf bestimmte Szenen verzichtet. Einen Ausgleich durch Ergänzungen und Hintergrundinformationen gab es nicht. Der Film bringt nur Teile des Buches, das ursprünglich von der Bäuerin Anna Wimschneider für die Tochter in zwei Schulhefte geschrieben wurde. „Wenn ich gewußt hätte, daß der Herr Pfarrer das liest, hätte ich es nicht geschrieben . . .“, sagt sie jetzt. In der bürgerlichen Presse kommt der Film sicher auch deshalb so gut an, weil er zu beweisen scheint, daß der Mensch mit harten Lebensbedingungen zurechtkommen kann. Der Film spiegelt ein Happy End vor, Anna Wimschneider will aber z.B. nicht noch einmal Bäuerin werden. — (chl)



„-Innen“-Schreibweise

Auch als feministische Flagge kaum brauchbar

Längere Zeit war eine sachliche Diskussion um die Vermeidung von Frauen diskriminierender Sprache und Schreibweisen kaum möglich. Wer in Bündnissen, Aktionseinheiten sich nicht zu „-innen“, oder neuerdings „Innen“, bekennen mochte, wurde häufig von Leuten, die sich dem Feminismus zurechnen, als Frauenfeind und rückständig angegriffen. Inzwischen, so kann man hoffen, kehrt in den Streit um „Männerherrschaft“ in der Sprache etwas mehr Nüchternheit ein. Darauf weist jedenfalls eine Diskussion in der „tageszeitung“ (taz) hin, der Zeitung, die diese Schreibweisen popularisiert hat. Ein Leserbrief aus der „taz“ vom 7. Juni dieses Jahres soll hier zitiert werden:

„Innen-Plage bzw. Leserbrief von Heinz Plehn, taz vom 2.6.89:
Die -in-Endung für weibliche Personen ist und bleibt diskriminierend. (Bezeichnend zum Beispiel, daß bisher niemand auf den Gedanken kam, daß für männliche *Arbeitskräfte*, *Bezugspersonen* und *Führungsfiguren* spezielle Formen gebildet werden müßten — ist doch selbstverständlich, daß sie dazugehören!) Deren Gebrauch zur Bezeichnung von einzelnen weiblichen Personen war gerade noch erträglich. Aber Eure neue Sprachregelung mit dem unnötigen Zwang zur Geschlechterbezeichnung ist nicht nur eine unaussprechliche Verhunzung der Sprache, sondern ein feministisches Eigentor. Sie führt gerade dazu, daß jemand jetzt unter *Siedler* (Mehrzahl) sich nur Männer vorstellen kann! Die empfohlenen (umständlichen) Doppelbenennungen sind aber nicht besser. Die Tatsache daß ich mich noch unangefochten zu den *Menschen* zählen darf (aber bei Euch zur Zeit leider nicht zu dem *taz-Leser*, *Ausländer* etc.), zeigt, wo die Wurzel des Übels liegt. Daher mein Vorschlag: Gebrauch von „-in“ auf ein Minimum reduzieren und allmählich sterben lassen — so wie dies mit der -ess-Endung in meiner Sprache schon passiert ist. Nur unverbesserliche Chauvis würde es heutzutage wagen, Doris Lessing als *authoress* (Autorin, d.Red.) zu bezeichnen!“

Noreen O'Donovan Hage, Pforzheim

Zeit also, sich etwas gründlicher mit der „-in“-Schreibweise zu beschäftigen — nicht, daß am Ende welche bei etwas hängen bleiben, was bald außer Mode kommen wird.

Zu Beginn muß leider eine kleine Abschweifung sein, die vom eigentlichen Thema wegzu führen scheint, die aber nötig ist, um besser zu verstehen, wie Diskriminierung durch Sprache zustande kommt. Diskriminierung durch den Gebrauch bestimmter besonderer Sprachformen, durch bestimmte Wortwahl ist nicht ganz so einfach festzustellen, wie es auf den ersten Blick scheint. Selbst grobe Schimpfwörter, die einen anderen Menschen auf mit der Tierwelt gemeinsame Funktionen reduzieren, können im vertraulichen Umgang gerade zu Zeichen der Freundschaft werden. Diesem Umstand — Diskriminierung setzt voraus, die Absicht herabzusetzen einerseits und andererseits, daß sich jemand betroffen fühlt — hat in die gesellschaftlichen Normen Eingang gefunden: Beleidigung wird vom Gericht nur auf Anzeige eines Betroffenen verfolgt, verurteilt wird nur, wenn die Beleidigungsabsicht bestand.

Ein anderes Beispiel, das auf die Diskriminierung durch Sprache in Verbindung mit Abhängigkeitsverhältnissen hinweist — die Form der Anrede. Vor allem im Bereich der Handarbeit ist es üblich, daß Leute, die zusammenarbeiten, sich gegenseitig duzen — niemand wird das als diskriminierend empfinden. Diskriminierend dagegen findet man das Duzen von Untergebenen durch Vorgesetzte. Hier wird die Distanz und der Respekt der anderen Person, wie sie im Siezen zum Ausdruck kommt, einseitig durchbrochen. Die Betroffenen empfinden das als demütigend, denn es drückt sich ja ein wirkliches Herrschaftsverhältnis aus. Solche Sprachformen können

auf andere Verhältnisse übertragen werden: Manche, auch wenn sie kein Chef sind, finden nichts dabei, Ausländer generell zu duzen. Hier existiert dann zwar kein tatsächliches Herrschaftsverhältnis, aber eine ideologisch behauptete Überlegenheit drückt sich in einer aus einem wirklichen Unterdrückungsverhältnis herrührenden Sprachform aus.

Allgemein zusammengefaßt: Nicht bestimmte Sprachformen oder bestimmte Wörter sind diskriminierend, sondern deren Verknüpfung mit wirklich vorhandener Unterdrückung, Herrschaft und Abhängigkeit. Einige Beispiele zur Illustration:

Das Wort „Asylant“ enthält für sich keine Diskriminierung, dennoch vermeiden viele linke Zeitungen dessen Verwendung, weil die rechte Propaganda es stets im herabsetzenden Zusammenhang gebraucht — und weichen auf Ersatzbegriffe wie „Flüchtlings“ oder „Asylbewerber“ aus. Das Wort „Bullen-schwein“ vermeidet man nicht deshalb, weil Vergleiche von Menschen mit Tieren generell diskriminierend sind, sondern weil hiermit die Menschenwürde verletzt werden soll, also ein Mittel benutzt wird, was nicht mit den Zielen übereinstimmt. Bestimmte Sprachbilder („da siehst du alt aus“, „das sieht ein Blinder mit Krückstock“) benutzt man besser nicht, weil sie als Herabsetzung von Alten, Behinderten verstanden werden könnten. Die Anrede „Kleiner“ kann von Kindern als Zuwendung aufgefaßt werden, unter bestimmten Umständen aber als schwere Beleidigung ihrer sich entwickelnden Selbständigkeit. „Mädchen“ ist für sich genommen neutral, es enthält keine Wertung der Person, die damit bezeichnet wird. Benutzt aber ein Chef dieses Wort gegenüber seiner Schreibkraft, wird es als frauverachtend empfunden, nicht weil das Wort patriarchalisch wäre, sondern weil der Chef sich so verhält.

Die Begründung nun, die für die Verwendung von „-in“, „-Innen“ usw. vorgebracht wird, beachtet die Vielseitigkeit und Vieleutigkeit der Sprachformen nicht. Behauptet wird, die Sprache sei Herrschaftssprache, und, weil das Patriarchat herrsche, sei sie „männlich“ dominiert. Sofort fällt einem als Einwand ein, daß das zum Glück nicht stimmt: Nicht nur die Herrschenden können sich mit der Sprache ausdrücken, sondern auch die Unterdrückten verständigen sich und formulieren ihre Ansprüche. Historisch stimmt das Argument ebenfalls nicht: Sprache entwickelten die Menschen, bevor es Klassengesellschaften überhaupt gab, also kann die pauschale Behauptung keinesfalls richtig sein. Auch die oft gemachte Wortspiele mit HERRschaft klärt nichts. „Herr“ ist ein Begriff der feudalen Klassengesellschaft, sein Gegenpol war der Unfreie, der Knecht (weshalb vom Standpunkt der Unterdrückten aus jede Herrschaft als Knechtschaft empfunden wird) — und frau sollte vorsichtig sein, denn schließlich war „Frau“ einst ebenfalls reserviert für die herrschende Klasse im Gegensatz zu den Mägden usw.

Die Kritik, die Männerherrschaft durch die Sprache behauptet, trägt ziemlich idealistische Züge. Daß die meisten Chefredakteure Männer sind, ändert sich doch keinen Deut dadurch, daß ich jetzt immer von „JournalistInnen“ schreibe. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, daß die Idee, Männerherrschaft durch ausgesuchte Schreibweisen bekämpfen zu können, vor allem aus der Mittelschicht heraus verbreitet wird. Diese Schicht ist es gewohnt, ihre Ansprüche über die Medien zu formulieren und zu behaupten, sie besetzt dort in aller Regel die Posten. Daher ist die Einbildung verständlich, sie gestalten die Gesellschaft durch ihre Schreibe.

Es gibt aber selbst dann noch eine Reihe Einwände, wenn man die „-Innen“-Schreibweise nicht als wirklichkeitsverändernd auffaßt, sondern mehr „bewußtseinsändernd“, symbolisch, als Flagge gegen Frauenunterdrückung.

Die „männliche Dominanz“ drücke sich vor allem in den „männlichen Formen“ aus, wird behauptet, diese „männlichen Formen“ seien zu ersetzen. Was aber sind „männliche Formen“? Sind das alle Substantive (Hauptwörter) mit dem Artikel „der“, dem sogenannten männlichen Artikel? Wohl kaum. Der Zusammenhang zwischen dem Artikel (Genus) und dem Geschlecht der damit bezeichneten Sache (Sexus) ist nicht

eindeutig, historisch wechselnd und oft völlig verschüttet: Der Mond hat im Laufe der Sprachentwicklung mehrfach seinen Artikel gewechselt, zuletzt durch Luther. Das ist im Zusammenhang von Frauenunterdrückung wahrscheinlich ebenso gleichgültig wie regionale Unterschiede, daß etwa Butter im Süddeutschen mit dem männlichen Artikel versehen wird, im Norddeutschen dagegen mit dem weiblichen. Daß der Artikel zur Geschlechterdifferenzierung eher ungeeignet ist, zeigt auch der Vergleich mit dem Englischen, einer dem Deutschen nah verwandten Sprache: dort existiert nur ein Artikel („the“), die verschiedenen Artikel sind wahrscheinlich verschliffen, eine Entwicklung, die man auch bei manchen regionalen Dialektken beobachten kann. Oder soll man nun die Mehrzahl (Plural) für irgendwie weiblich dominieren halten, nur weil dort der gleiche Artikel gebraucht wird wie für die weibliche Einzahl? In den slawischen Sprachen existieren Endungen bei den Verben (Tätigkeitswörtern), die je nach Geschlecht der handelnden Person verschieden sind — aber nur noch in bestimmten Vergangenheitsformen, nicht mehr bei der Gegenwartsform des Verbs. Einmal vielleicht die Geschlechter differenzierende Bezeichnungen sind mehr oder minder verloren gegangen zugunsten einheitlicher Formen. Es ist also problematisch, solche im Sprachverlauf einst existierenden Zusammenhänge von Geschlecht der Personen und bestimmten Sprachformen überzubewerten.

Praktisch wird die „-in/In“-Schreibweise bei Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen verwendet. Sind es dort nun bestimmte Endungen, die ausmachen, daß etwas als „männlich“ empfunden wird, z.B. die Endung „-er“ oder aus Fremdsprachen abgeleitete, „-eur“, „-or“ usw.? Auch hier ist der Zusammenhang von Form und Geschlecht oft verwickelt: Zum Beispiel „Mannequin“ wird jeder als weibliche Berufsbezeichnung empfinden, sprachgeschichtlich kommt das Wort aber ursprünglich aus dem Holländischen „mannekijn“ (Männchen), hat sich dann im Französischen zunächst als Bezeichnung der Modellpuppen für bildende Künstler eingebürgert, wurde dort auf die Schneiderpuppe übertragen und endete schließlich als Fremdwort im Deutschen zur Bezeichnung von Vorführmodellen für Mode.

Allgemein: Die Berufsbezeichnungen sind eine Form der Subsantivierung, Begriffe werden aus Tätigkeiten oder Eigenschaften gebildet. Dazu bietet die Sprache verschiedene Möglichkeiten: Man könnte statt „Geschäftsführer“ auch sagen „Geschäftsführender“ — das erstere ist mehr vom Verb (Tätigkeitswort) „führen“ abgeleitet, das letztere mehr vom Eigenschaftswort „führend“. Der Bohrer bezeichnet sowohl das Werkzeug als auch den Menschen, der die Tätigkeit bohren ausübt — aber deswegen hört man doch keinen Protestschrei wegen der Gleichsetzung des Arbeiters mit seinem Arbeitsmittel. Noch schwieriger ist die nach Geschlechtern unterschiedene Wortbildung: Knecht und Magd sind zwei völlig verschiedene Bezeichnung für in der sozialen Stellung ähnliche Personen, das mag damit zu tun haben, daß sie tatsächlich verschiedene Tätigkeiten ausüben. Relikte solcher streng nach Geschlechtern unterschiedenen Wortbildungen finden sich heute noch: Krankenschwester und Pfleger z.B. Viele andere Wortbildungen sind in der Geschlechterunterscheidung schwächer: Herr und Herrin enthalten einen gemeinsamen Wortstamm, der auf die Macht hinweist (hehr, der Höhere usw.), der Unterschied kommt nur noch in der Endung zum Ausdruck. All diese Untersuchungen der Wortbildung sind interessant für die historische Forschung, tragen aber wenig dazu bei, ob jetzt ein Begriff als „männlich“ oder „weiblich“ empfunden wird.

Das wirklich bestehende Problem ist ja ein auch anderes: Männlich geprägt sind nicht die Bezeichnungen, sondern die tatsächliche Berufs- oder Funktionsausübung. Nun ist die Beschränkung von vielen Berufen auf ein Geschlecht zunehmend durchbrochen worden — wenigstens gibt es bis auf die Heilige-Römisch-Katholische Kirche und vielleicht noch Männergefängnisse keinen Bereich, in denen Frauen grundsätzlich von

Berufen und Posten ausgeschlossen werden. Gerade wenn bestehende Geschlechterschranken bei der Berufswahl durchbrochen wurden, gab es immer wieder reaktionäre Tendenzen, die Geschlechterdifferenzierung doch noch aufrechtzuerhalten durch Beschränkung auf bestimmte Ausschnitte der Hierarchie: Frauen durften Lehrer werden, aber keine wurde Schulleiter. Der heute verbreitete Sprachbrauch der Verdoppelung von Berufsbezeichnungen enthält die Gefahr, daß sich die geschlechterspezifische Besetzung der verschiedenen Stufen der Karriereleiter in der Vorstellung eher verfestigen. Inzwischen sind per Gesetz besondere Berufsbezeichnungen verordnet, wenn die Tätigkeit von Frauen ausgeübt wird (sehr häufig durch Anhängen von „-in“, aber auch durch Ersetzen von „-mann“ durch „-frau“ oder, besonders schön, durch „-männin“). Dadurch wurde die bestehende Form als männlich betrachten will, ist das Verfahren merkwürdig: Soll man die weibliche Form aus der Form für den Mann ableiten, so wie nach der Bibel Gott Eva aus der Rippe Adams schuf?

Die Verdoppelung in der Bezeichnung birgt die Gefahr, daß die in der Realität gemachten Unterschiede im Nachfrageverhalten der Kapitalisten sich auch in der Begrifflichkeit niederschlagen. Ein Beispiel: Eine Frau bewirbt sich auf eine Stellenanzeige für Schreiner. Bei der Vorstellung wird die Bewerbung abgelehnt mit der Bemerkung: Der Betrieb suche einen Schreiner und keine Schreinerin. Daß die Verdoppelung bis zur völligen Scheidung der Begriffe führen kann, daß damit ganz verschiedene Berufe bezeichnet werden, dafür steht Sekretär/Sekretärin: die männliche Form bezeichnet eine Führungsposition, die weibliche dagegen die mehr untergeordnete Schreibkraft.

Die tatsächliche Praxis des Gebrauchs von „-in“ macht ein weiteres Problem deutlich. (Dabei ist es beliebig, in welcher Form die Berufs- und Personenbezeichnungen verdoppelt werden, ob ausgeschrieben, ob mit Schrägstrich „-/innen“ abgekürzt, woraus durch weitere Abkürzung „Innen“ entstand, oder ganz „radikal“ abgekürzt durch ausschließlichen Gebrauch von „innen“, wie es zum Beispiel die Zeitung der Bremer GEW — für Lehrerinnen — macht.) Aus einer nicht veröffentlichten Untersuchung, wie im „ötv-magazin“ die Verdoppelung der Personenbezeichnungen nach Geschlecht gebraucht wird, geht hervor, daß diese Verdoppelung fast ausschließlich im „befreundeten Milieu“ verwandt wird, nicht zur Kennzeichnung des Gegners. Das „ötv-magazin“ schreibt dann von Arbeiterinnen und Arbeitern, nicht aber von Chef und Chefin, obwohl der öffentliche Dienst zu den Bereichen gehört, wo der Anteil von Frauen an Führungspositionen keineswegs mehr zu vernachlässigen ist. Manchmal nimmt das schon fast komische Züge an: So schreibt das „ötv-magazin“ bei den letzten Tarifauseinandersetzungen einerseits von den Kolleginnen und Kollegen und andererseits vom „Tarifunterhändler“ der Gegenseite, obwohl das in diesem Fall Frau Minister Breuel aus Niedersachsen war. Diese ausgewählte Verwendung der Verdoppelung schafft zumindest unterschwellig die Stimmung, Frauen seien allein schon wegen ihres Frauseins dem Lager des Fortschritts zugehörig, Vorgesetzte, Kapitalisten, Faschisten etc. dagegen seien generell männlich-reaktionär — eine Auffassung, womit vielleicht Frauenherrschaft zu begründen wäre, aber nicht die Beseitigung von Herrschaft überhaupt.

Nun könnte man ja noch sagen, diese Schreibweisen sind halt ein Symbol dafür, daß was gegen die Frauenunterdrückung getan werden muß, und man hat den Eindruck, viele Zeitungen, die diese Schreibweise bei sich verwenden, wollen damit Flagge zeigen, so wie man früher durch Abschneiden des Zopfes angedeutet hat, daß man nicht zu den verstaubten Feudalreaktionären gehört. Nun hat das Abschneiden des Zopfes tatsächliche Erleichterung gebracht, man war eine wirkliche Plage los. Dagegen kann das mit dem „in/In“ eher



Vielelleicht auch so ein Zopf: Das biologische Symbol als Abzeichen für einen gesellschaftlichen Kampf.

selbst zur Plage und zum Zopf werden, den man besser rechtzeitig abschneidet.

Wie soll man das sprechen? Niemand kann das „I“ vorlesen, ein unnötiges Auseinanderreißen von gesprochener und geschriebener Sprache. Versucht man die unaussprechliche Abkürzung zu entfalten, entsteht ein bürokratischer, formeller Ritus. Es geht ja noch, wenn jeder Redner sagt: „Meine Damen und Herren“, weil das immerhin kurz ist; aber schon bei „Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde ...“ geht ihm die Luft aus und der Zuhörer hat auch nichts davon. Warum nicht einfach „Liebe Leute“ oder, wenn's steifer sein muß, „Verehrte Anwesende“ oder so was ähnliches?

Vielelleicht schreckt das nicht alle, aber die Schreibweise mit „-Innen“ ist eine Gruppensprache. So wie in der Stube ein Hauch von Weihrauch liegt, wenn das „Grüß Gott“ des Bayerischen Rundfunks aus dem Lautsprecher klingt, so ist das „I“ eben eine Duftmarke der Partei der Grünen, so jedenfalls versteht es die Öffentlichkeit. Wer sich zum grünen „I“ bekennen will, soll's tun, aber man muß ja vielleicht nicht.

Der gewichtigste Einwand ist aber vielleicht der: Der Ausdruck für ein einheitliches Kollektiv, eine Gemeinschaft geht sprachlich verloren: Es gibt keine „Teilnehmer“ an einer Demonstration, die gemeinschaftlich ihren Willen für eine Sache vorbringen, sondern immer zwei nach Geschlechtern getrennte Gruppen: „Teilnehmerinnen und Teilnehmer“. Dadurch, daß die gesonderte Bildung von Personen- und Berufsbezeichnungen für Frauen zwanghaft auf den Plural (Mehrzahl) übertragen wird, geht ein ganz entscheidender Vorteil dieser Sprachform verloren: Daß sich damit ausdrücken läßt, daß viele einzelne, individuell verschiedene Menschen zusammengehören, gemeinsame Interessen haben, kurz, ein Kollektiv bilden.

Diese auf Geschlechterunterschiede abzielende Sprachentwicklung läuft der Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre von vielen fortschrittlichen Leuten geförderten Entwicklung entgegen. Die damals betriebene Angleichung der Geschlechter in Kleidung, Haarschnitt usw. führte in der Sprache immerhin dazu, daß das nach Familienstand die Frauen diskriminierende „Fräulein“ verschwand, bei der Berufsausbildung wurde erfochten, daß z.B. die Bezeichnung „Feinmechaniker“ in der Ausbildungsordnung keineswegs auf das männliche Geschlecht beschränkt verstanden werden durfte. Vielleicht sollte man sich lieber an diese die Geschlechterunterschiede verwischende Bewegung erinnern, darum kämpfen, daß vorhandene Berufsbezeichnungen nicht einseitig verwendet werden, und die reaktionäre Zeitgeistströmung, die mit der Wiederbelebung der „Weiblichkeit“ zugleich gesellschaftlich wichtige natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau behauptet, auch in der Sprache deutlich meiden.

Quellenhinweis: Herkunftswörterbuch, Duden-Verlag. Der Beitrag beruht auf einer in dem Kommunalwahlbündnis Alternative Linke Liste Stuttgart begonnenen mündlichen und schriftlichen Auseinandersetzung um die Schreibweise in der Wahlzeitung der ALL. — (alk)

Aussiedler und großdeutscher Expansionismus

Aussiedler und Aussiedlergesetze: Hebelwerk zur Förderung großdeutscher Expansion!

„Partner in der Führung“ heißt die neue Formel der Bundesregierung für ihre Rolle im westlichen Bündnis. Tatsächlich ist die BRD zu *der* europäischen Führungsmacht im westlichen Militärbündnis aufgestiegen. Vor allem die enorme wirtschaftliche Macht, die die BRD-Konzerne in den letzten Jahren anhäufen konnten, haben ihr dazu verholfen. Auf den folgenden Seiten befassen wir uns mit einem anderen Aspekt dieses Aufstiegs: Der deutsch-völkischen Sammlungsbewegung, die diese Regierung seit ihrem Amtsantritt angefacht hat. Der in diesem Jahr zu erwartende Beitrittsantrag Österreichs zur EG wird dieser deutsch-völkischen Sammlungsbewegung zusätzlichen Auftrieb geben. Systematische Förderung der Vertriebenenverbände und jahrelange Propaganda in die Staaten des RGW hinein, daß, wer als „Deutscher“ in die BRD komme, reich prämiert werde, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. 200000 „deutsche Aussiedler“ trafen im vergangenen Jahr in der BRD ein, ebensoviele werden in diesem und in jedem der nächsten Jahre von der Regierung erwartet.

Auch wenn in unserer Zusammenstellung auf den folgenden Seiten wichtige Aspekte fehlen — etwa die vermögensrechtlichen Ansprüche der „Aussiedler“ gegenüber ihren Herkunftstaaten, die im Lastenausgleichsgesetz und anderen „Vertriebenengesetzen“ festgeschrieben sind, so scheinen uns doch drei Dinge festzustehen:

1. Antiimperialistischer Widerstand gegen den BRD-Imperialismus muß vor allem bedeuten Widerstand gegen den großdeutschen Revanchismus, gegen alle Versuche, in Mitteleuropa erneut einen deutsch-völkischen Block zu bilden, der den Rest Europas beherrscht. Er muß sich deshalb notwendig auch gegen die „Aussiedlerpolitik“ der BRD richten, mit der diese versucht, Leute in den Staaten Osteuropas als Kollaborateure für ihre deutsch-völkische Ostexpansion zu nutzen. Die reaktionäre Politik in dieser Hinsicht ist viel weiter, als manche meinen. Der Druck auf Staaten wie die DDR, Polen, die CSSR ist schon jetzt enorm, und der BRD ist es nicht nur gelungen, das NATO-Bündnis hinter diesem Programm zu sammeln („Glasnost nach Ostberlin“ und ähnliche NATO-Lösungen), sie verfügt auch über beträchtliche, das konservative bis faschistische Lager umspannende Organisationen, die für diese Politik trommeln: Die Vertriebenenverbände. Widerstand gegen diese großdeutschen völkischen Verbände gehört zu den zentralen Aufgaben der Antifaschisten und Antiimperialisten.

rialisten in der BRD. Gesetze wie das Vertriebenengesetz müssen gestrichen, die staatliche Förderung der Vertriebenenverbände muß beendet werden.

2. Deutsch-völkische Wühltätigkeit in den Staaten Osteuropas hört durch die zunehmende Zahl von Aussiedlern in die BRD nicht auf. Die angeblichen „Deutschen“ sterben dort durch Auswanderung nämlich nicht aus. Die Konstruktion des deutschen Staatsbürger- und Volkszugehörigenrechts ist so, daß für jeden „Aussiedler“ in der BRD neue „Deutsche“ im Osten nachwachsen: Die Verwandten des eben Ausgewanderten. Zu den Aufgaben antirevanchistischer Politik gehört deshalb nicht nur der Kampf für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der bestehenden Nachkriegsgrenzen, für die Streichung

setzes ein vorläufiger Wohnsitz zugewiesen werden, wenn sie nicht über ausreichenden Wohnraum verfügen und daher bei der Unterbringung auf öffentliche Hilfe angewiesen sind. Das Grundrecht der Freizügigkeit (Artikel 11 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“ Dieses angebliche „Aussiedler-Hilfe-Gesetz“ ist in Wirklichkeit ein Arme-Leute-Zwangs-Unterbringungs-Gesetz. So heißt es in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf allgemein: „Mit der Zuweisung eines Wohnsitzes (§ 2 Abs. 1) an Aussiedler und Übersiedler schränkt das Gesetz das Grundrecht auf Freizügigkeit (Artikel 11) Abs. 1 Grundgesetz) ein. Eine solche Einschränkung ist zulässig, wenn eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus



Schlesiertreffen in Hannover: Seit Jahren einer der Schwerpunkte deutsch-völkischer und revanchistischer Aufmärsche in der BRD.

der Grundgesetz-Präambel. Auch die Staatsbürgerschaftsbestimmung des Art. 116 GG muß weg.

3. Aussiedler sind Opfer großdeutscher Politik. Nutznießer, Täter sind die Regierung und die Konzerne. An den Aussiedlern wird z.B. der sozialpolitische Grundsatz exekutiert: Sozialleistung für treues Bekenntnis zur Deutschen Fahne, aber zuviel Sozialleistungen auch nicht. Dafür war schon die Debatte um die angeblich überhöhten „Polenrenten“ ein Beispiel. Ein sehr viel weitergehendes Beispiel liegt derzeit im Bundestag. Es heißt „Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP über die Festlegung eines vorläufigen Wohnsitzes für Aussiedler und Übersiedler“. Darin heißt es in Artikel 2: „(1) Aussiedlern und Übersiedlern kann nach der Aufnahme im Geltungsbereich des Ge-

besondere Lasten entstehen würden.“ (Art. 11 Abs 2. — erste Fallgruppe — des Grundgesetzes) Unter der Flagge der „Hilfe“ für Aussiedler“ wird so in Wirklichkeit der Spielraum für reaktionäre Unterdrückungsmaßnahmen ausgeweitet. Sowohl um die gesetzlich festgelegten Prämien für Aussiedler (die vor allem den Kapitalisten die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte aus dem Ausland prämieren) zu beseitigen, wie auch, um solch reaktionäre Sozialpolitik gegenüber allen Lohnabhängigen zu bekämpfen, ist eine Kritik und Bekämpfung der revanchistischen Aussiedlerpolitik der Bundesregierung dringend nötig. Sie ist zugleich der einzige Weg, um dem BRD-Imperialismus die Nutzung dieser äußeren Reserven für seine deutsch-völkische Expansion zu bestreiten.

Quellen: Bt-Ds. 11/4615 — (huh, rül, ulb)

„Lebensraum“ - Kontinuität völkischer Deutscheuropa-Politik

1929:

„Deutschland wird erklären müssen, daß es einen politischen europäischen Zusammenschluß nur mitmachen kann, wenn die Rüstung aller europäischen Staaten in gleicher Weise vermindert wird. Es wird erklären müssen, daß ein friedliches Zusammenleben der Völker in Europa unmöglich ist, solange es europäische Staaten gibt, die ihren Minderheiten die freie Entfaltung ihres Volkslebens versagen. Es wird auch hervorheben müssen, daß für den (Widerstand gegen/Textfehler im Original, d. Red.) den Anschluß Österreichs an Deutschland auch der letzte Scheingrund gefallen ist, wenn dieser Zusammenschluß nicht mehr zu einem kriegerischen Vorgehen ... gegen andere europäische Länder führen kann. Es wird auch auf die Unhaltbarkeit der deutschen Ostgrenzen und die Notwendigkeit, hier vorher eine bessere Lösung herbeizuführen, aufmerksam machen müssen.“

Aber wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, so bietet Panneuropa (d.h. die Vereinigung Europas, d. Red.), richtig verstanden und richtig durchgeführt, für Deutschland die Möglichkeit, den Umstand wieder gutzumachen, daß dieses Volk in Grenzen siedelt, die für seine Begabung, seine Bildung, seinen Unternehmungssinn und seine Arbeitskraft viel zu eng sind. Wenn es nicht gelingt, für Deutschland ein größeres gesichertes Absatzgebiet zu schaffen als heute, so ist es verloren. Heute kommt fast keiner in Deutschland in die Stellung, auf die er nach seinem Können Anspruch erheben könnte. Wir unterscheiden uns von Amerika dadurch, daß wir Plätze für Menschen, aber nicht Menschen für Plätze suchen. Es muß ausgenutzt werden, was im Deutschen steckt und jetzt verkümmert oder sich im kleinlichen Wettbewerb zerreibt ... In einem friedlichen Europa ist Deutschland das begünstigte Kernland. Wenn Deutschlands Außenvertretung nicht geradezu mit Blindheit geschlagen ist, wird es sich immer verhindern lassen, daß ein europäischer Zusammenschluß sich unter der politischen und wirtschaftlichen Hegemonie eines anderen Landes vollzieht ...“

Der deutsche Lebensraum (kursiv im Original)

Mitteuropa liegt Deutschland näher als Panneuropa. Ein wachsendes und zukunftsrohes Volk wie das deutsche, das vorwärtsstrebt, bedarf, wenn es nicht erobern kann oder will, außerhalb seiner engen Grenzen eines wirtschaftlichen und kulturellen Lebensraums, in dem es seine Kräfte betätigen kann. Mögen die Verschiebungen des (1., d. Red.) Weltkriegs auch noch so groß gewesen sein, die ... Tatsache, daß der Lebensraum Deutschlands in Mitteleuropa liegt und gen Südosten zu erweitern ist, ist unverändert geblieben. Wir denken nicht an eine Annexion dieser Völker. Aber hier im Osten und Südosten von Deutschland ist die deutsche Sprache als Verkehrssprache verwurzelt und ist deutsches Wissen und technisches Können berufen, an der Entwicklung führen mitzuarbeiten. Hier sitzen überall deutsche Minderheiten, die an Bildung und Besitz ihren Herrenvölkern an manchen Stellen voraus sind und seine (deren?, d. Red.) wirtschaftliche, ja auch politische Haltung oft maßgeblich beeinflussen ...“

Aus: „Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919-1929“, Berlin 1929 — Beihefte zur Zeitschrift Geopolitik/Heft 6, S. 110 ff. Verfasser: Erich Koch-Weser, nationalliberaler Innenminister 1919-1921 und Justizminister 1928/29; dokumentiert in: R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977, S. 557f.

1939:

Das „berechtigte deutsche Verlangen nach Respektierung seines Lebensraumes (hat) bereits Deutungen im Ausland erfahren, die dem wohlverstandenen Sinn dieses Begriffs stracks zuwiderlaufen. „Lebensraum“ bedeutet *nicht den politischen Bereich*, den eine Nation für sich in Anspruch nimmt, sondern jene Sphäre, die ihr stets zugänglich sein muß, damit

die freie Entwicklung und Erhaltung der Existenz der Bevölkerung gesichert bleibt ... Während (England, d. Red.) ... innerhalb seines politischen Bereichs (Empire) jede wirtschaftliche Möglichkeit reichlich erschöpfen und sich mit der Sicherheit freien Zugangs zu diesem Zentrum im Interesse der Erhaltung seiner Volkssubstanz begnügen kann, vermag das *deutsche Volk* innerhalb seines eigentlichen politischen Bereiches keine ausreichende Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse zu finden. Dafür bieten namentlich die *Länder im Südosten* des Reiches insofern einen Ersatz, als der ungehinderte Austausch der Produkte zwischen Deutschland und diesen Staaten, der beiden zugute kommt, in wesentlicher Hinsicht einen gewissen Ausgleich der prekären Lage schafft. Sobald eine Störung dieses zwischenstaatlichen Arbeitsprozesses und seiner Weiterentwicklung von außen erfolgt, so muß Deutschland solches ... als Ausfluß feindseliger Gesinnung betrachten und behandeln ... Gemeinsamer Lebensraum setzt den loyalen Willen aller Beteiligten voraus, unter Wahrung der eigenen Interessen auch die Belange der anderen Teilhaber zu berücksichtigen und somit dem Ganzen zu dienen.“

Aus: Erklärung des Auswärtigen Amtes, abgedruckt im Archiv der Genewart, 17. Juni 1939, Blattnr. 4105; sämtliche Hervorhebungen im Original

1985:

„Die Spaltung Deutschlands ist gleichzeitig die Spaltung Europas. Die deutsche Frage und die Einigung Europas in ihren kulturellen, geschichtlichen und politischen Zusammenhängen sind untrennbar miteinander verbunden. Die Bundesrepublik Deutschland sucht daher die Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Vertriebenenpolitik. Sie ist zugleich Deutschland- und Europapolitik. Vertriebenenpolitik ist ... Gestaltung der Zukunft ... Und Vertriebenenpolitik vollzieht sich auch in unserer Kulturpolitik, in der Erhaltung und Weiterentwicklung eines bedeutenden Teils unserer Kultur, des ostdeutschen Kulturerbes ...“

Die Bundesrepublik Deutschland verstand sich von Anfang an auch als die freiheitliche Heimstatt für die Deutschen in Europa, die als Folge des Krieges heimatlos geworden sind, sei es durch Flucht und Vertreibung oder weil der Krieg ihnen die Grundlage entzogen hat, auf Dauer für sich und die eigene Familie die Identität als Deutsche zu bewahren. Von daher ergeben sich die Grundsätze, von denen sich die Bundesregierung in der Frage der Aussiedlung leiten läßt ... Wie die Dinge liegen, wird dieser Zustrom noch auf nicht absehbare Zeit erhalten bleiben. Schätzungsweise dürften noch etwa dreieinhalb Millionen Deutsche in den Staaten Ost- und Südosteupas leben ...“

Deutschland ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern das ist West-, Mittel- und Ostdeutschland. Und in diesem Deutschland wirkt auch das weiter, was der deutsche Osten uns bedeutete und weiterhin bedeutet: ein *Lebensraum*, (Hervorhebung nicht im Orig., d. Red.) der von geistigem und kulturellem Vermögen des deutschen Volkes geprägt ist ... Es gibt auch europäische Gründe, das Erbe ostdeutscher Kulturlandschaften lebendig zu erhalten. Durch jahrhundertelanges Zusammenleben mit den östlichen Nachbarn und durch ständige Wanderungsbewegungen von West nach Ost und Ost nach West fand in diesen Regionen ein Austausch westlicher und östlicher Kultur statt, der sich für beide Seiten auch bereichernd auswirkte. Über alles Trennende hinweg soll an diese Erfahrung des jahrhundertelangen Zusammenlebens angeknüpft werden. Deutsche Kultur ist ein Teil europäischer Kultur.“

Aus: Rede des Staatssekretärs im Innenministerium und jetzigen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Dr. H. Waffenschmidt, zum „Tag der Heimat“ am 8.9.1985 über „Grundsätze und Schwerpunkte der Vertriebenenpolitik“, abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 96/1985, S. 841ff.

Vertriebenenverbände: Für groß-deutsche Hegemonie in Europa

Die Vertriebenenverbände hätten „die Durststrecke der 70er Jahre überwunden“, frohlockte Anfang 1988 der Präsident des Bundesverbands der Vertriebenen (BdV), CDU-MdB Dr. Czaja, im „Deutschen Ostdienst“, Zeitschrift des BdV. In den 80er Jahren habe eine „Wiederbesinnung auf Volk, Vaterland und Geschichte“ auch bei der Jugend eingesetzt, die auch den BdV stärke. Seitdem hat die Bundesregierung ihre Förderung dieser aggressiven, revanchistischen Verbände weiter gesteigert, mischen sich die Landsmannschaften und Regionalverbände des BdV speziell in die kommunale Politik als angebliche Sprecher der „deutschen Aussiedler“ aus Osteuropa mehr und mehr ein und propagieren reaktionäre, chauvinistische und gewerkschaftsfeindliche Positionen. Schon lange sind die Vertriebenenverbände zudem personell wie programmatisch Bindeglieder zwischen Konservatismus und faschistischen Parteien, zwischen CDU/CSU und Republikanern, Jungen Nationaldemokraten usw. An Deutlichkeit in ihrer aggressiven außenpolitischen Zielsetzung lassen die Äußerungen von BdV und einzelnen „Landsmannschaften“ nichts zu wünschen übrig: Das Ziel ist ein die von der Anti-Hitler-Koalition geschaffene Nachkriegsordnung gewaltsam zerstörendes, ganz Europa beherrschendes und nur durch Krieg zu erreichendes Großdeutschland.

Großdeutsches Reich

Daß das „Deutsche Reich in den Grenzen von 1937“ wiederhergestellt werden soll, betont der BdV in letzter Zeit immer drängender und anmaßender, verbunden mit der Formel, endlich zu einer „operativen Deutschlandpolitik“ überzugehen, sprich: Das angestrebte Großdeutschland auch zu verwirklichen. So forderte die letzte Bundesversammlung des BdV am 3. Juni in Bonn in einer Entschließung die Bundesregierung erneut auf, „die Mitverantwortung für die Rechtspositionen ganz Deutschlands und aller Deutschen ... den Fortbestand Deutschlands einschließlich der deutschen Ostprovinzen gemäß Völker- und Verfassungsrecht offensiv zu vertreten ...“ Jede Äußerung aus dem Außen- und „Innerdeutschen“ Ministerium wird von diesen Großdeutschland-Strategen auf die peinlichst genaue Einhaltung angeblicher „Rechtspositionen“ hin geprüft und oft wegen angeblich zu unentschlossener Formulierung angegriffen.

„Österreich, Sudetenland“

Bei der Hauptkundgebung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (deren Bundesversammlung u.a. auch vier österreichische „Sudetendeutsche“ angehören, womit der Anspruch auf das Großdeutsche Reich bei den Sudetendeutschen statutarisch verankert ist) im Mai dieses Jahres in Stuttgart wagte deren Sprecher, der bayerische Staatsminister a.D. Neubauer, erstmal seit langem wieder einen direkten Vorstoß gegen das Potsdamer Abkommen. Er forderte, die Unterzeichnerstaaten sollten sich von Art. 13 dieses Abkommens distanzieren, da dieser die Vertreibung der Sudetendeutschen legitimiert habe und damit gegen deren „Recht auf Heimat und Selbstbestimmung“ verstöße. Tatsächlich hatten die Alliierten in diesem Artikel nach der bekannt engen Zusammenarbeit der deutschen Siedler in Ost- und Südosteuropa mit dem faschistischen Regime so-

wohl bei der Vorbereitung der Überfälle auf diese Staaten wie bei deren nachfolgender terroristischer Beherrschung und Ausplünderung völlig zu Recht entschieden, „daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Damit sollte dem Deutschen Reich bzw. dessen Nachfolgern ein für alle Mal die Möglichkeit genommen werden, bei der Ostexpansion auf diese Siedler, die ihre Bereitschaft zur Kolaboration mit großdeutscher Expansion mit furchtbarer Deutlichkeit durch ihre Mitwirkung in SS- und Wehrmachtseinheiten unterstrichen hatten, zurückgreifen zu können.

Daß die SL zudem direkt auf die Annektion Österreichs und des „Sudentenlands“ hinarbeitet, hatte der „Deutsche Ostdienst“ Anfang 1988 in einer Rezension einer von dem Würzburger Soziologen Lothar Bossle herausgegebenen Schrift über den „Deutschösterreicher“ Karl Renner unter der Überschrift „Karl Renner und das Münchener Abkommen“ betont. Darin wurde lobend zitiert, daß Renner 1938 sowohl den faschistischen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich wie die gewaltsame Annexion des „Sudentenlands“ als „Vollendung“ des „Nationalstaatsprinzip für Mitteleuropa“ gelobt habe. Renner, so der Rezensent des DOD weiter, liefere damit „Überlegungen zur Überwindung von Nationalitätenkämpfen“, die „gewisse Parallelen zu (west-)europäischen Unionskonzepten, wie sie sich in der Europäischen Gemeinschaft verwirklicht finden“, aufwiesen. Der Autor läßt dann „dahingestellt“, „ob vor dem Hintergrund des realen Zustands der EG „Renners Theorie (als) ein Konzept zur Lösung nationaler Konzepte in unserer Zeit“ (Gruber) anzusehen ist.“

Im März dieses Jahres feierte dann der bereits erwähnte Franz Neubauer, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmann-

schaft, in einem Leitartikel des „Deutschen Ostdienst“ die Geschichte der Sudetendeutschen als „70 Jahre Kampf um Selbstbestimmungsrecht“ — ein offener Beweis für die ungebrochene Tradition vom „Kampf gegen Versailles“ 1919 über die faschistische „Sudetendeutsche Partei“ Henleins und das Münchner Abkommen zur Politik der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ heute. „Selbstbestimmungsrecht“ bedeutet, so Neubauer, „gleichzeitig und ohne Einschränkung auch immer Verwirklichung des Rechts auf die Heimat ... ein Recht, das auch durch Vertreibung aus ihrer Heimat nicht erlischt und das in vollem Umfange auch auf die Nachkommen dieser Vertriebenen übergeht.“ (3.3.89)

„Memelland“, „Danzig“

„Vor 50 Jahren: Das Memelland kehrt zu Deutschland zurück“. Unter dieser Überschrift propagierte ein Harry Poley am 17. März 1989 im „Deutschen Ostdienst“ die Rückerobierung des „Memellandes“ in der Tradition des faschistischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker. Der Artikel beginnt mit der Wiederholung der Legende von der „friedlichen“ Rückerobierung des Memellandes durch das Deutsche Reich: „Den deutsch-litauischen Staatsvertrag vom 22. März 1939 hat der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, in seinen 1950 erschienenen „Erinnerungen“ einen Lichtblick genannt ...“ Angeblich wegen eines drohenden Überfalls durch Polen sei die litauische Regierung bereit gewesen, „die Hypothek abzustößen und irgendwie mit Deutschland ins Reine zu kommen“. Sechs Monate vor Beginn des faschistischen Überfalls auf Polen ausgerechnet Polen Aggressionsabsichten zu unterstellen — mit dieser Geschichtslüge steht der BDV direkt in der Tradition faschistischer Legendenbildung zur Rechtfertigung des faschistischen Überfalls auf Polen. Der Artikel endet mit der Behauptung, auch heute gehöre das Memelland zu einem wieder-aufzurichtenden Deutschen Reich: „Die Friedensgrenze von 1939 ist durch keinen völkerrechtlich gültigen Vertrag geändert, das Memelland nicht aus der Zugehörigkeit zu Deutschland durch einen dazu berechtigten deutschen Souverän entlassen worden.“

Die Bundesregierung hält sich gegenüber solchen aggressiven Tönen nicht etwa zurück, sie heizt diese vielmehr an. Auf dem „Tag der Danziger“ am 3. und 4. Juni in Münster propagierte der Staatssekretär im „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“, Dr. Walter Priesnitz, die Rückgewinnung Danzigs: „Auch Danzig wurde ein Opfer stalinistischer Machtpolitik. Wenn diese Macht zerfiele und Polen zur freiheitlichen Demokratie zurückkehren

dürfte, dann wäre auch das von Polen verwaltete Danzig in einer anderen Lage ...“ (Die vielsagenden ... finden sich im „Deutschen Ostdienst“ vom 9.6.89 im Original) „Sicher sind dies weitgesteckte Ziele“, zitiert der „DOD“ dann den „Bundesvorsitzenden des Bundes der Danziger“, Roick, aber man bleibe „dem Recht auf Heimat und Selbstbestimmung für unser Danzig ... treu verbunden ...“

„Wolgadeutsche“, „Baltikum“ und „Volksgruppenrechte“

Der Einsatz für die Wiederherstellung einer „Republik der Wolgadeutschen“ und die Pflege der Verbindungen zu baltischen Emigranten und Kirchenkreisen mit dem offen erklärten Ziel, das „Baltikum“ erneut von sowjetischer „Herrschaft“ zu befreien, gehört ebenfalls zu den Aktivitäten des BdV. Eine „Waltertraut Freifrau von Tiesenhausen“ sei auf dem „Bundesdelegiertentag“ der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft in Hannover (2. bis 4. Juni)“ zur Bundesvorsitzenden dieser reaktionären baltisch-deutschen Vereinigung ehemaliger Rittergüterbesitzer gewählt worden, berichtet der „DOD“ am 9.6.89. Dort rührten sich auch Sprecher einer „Baltischen Historischen Kommission“ (Sitz: Göttingen) ihrer in jüngster Zeit angeblich wieder zunehmenden Kontakte „zu ihren Kollegen in Lettland und Estland“. Die Pflege religiöser Verbindungen in diese Gegend obliegt derweil dem BDV - „Hilfswerk Kirche in Not“ in Traunstein in Hessen.

Die so betriebene deutsch-völkische Sammlungsbewegung in allen europäischen Staaten zwecks Aufrichtung eines Großdeutschen Reiches soll mit einem europaweit durchgesetzten deutsch-völkischen Volksgruppenrecht noch verstärkt werden. Ziel ist, sich Einmischungsrechte in alle Staaten zu verschaffen, in denen sich jetzt und in Zukunft Leute zur „deutschen Nation“, „deutschen Kultur“ usw. bekennen, sei es unter Berufung auf die Abstammung von irgendwelchen SS-Vorfahren oder einfach angelockt durch die Eindeutschungsprämiens des Bundesvertriebenenrechts. Hier ist der BdV schon direkt „operativ“ z.B. in Polen tätig. BdV-Vizepräsident Sauer besuchte im Mai in Warschau u.a. Kardinal Glemp, Ministerpräsident Rakowski u.a. und reiste dann frech zu angeblichen „Verwandten, Bekannten und Freunden“ in „Oberschlesien“.

Im Europaparlament liegt dazu passend eine „Charta der Volksgruppenrechte“ vor, die diese revisionistischen Einmischungen legitimieren soll. „Der Entwurf stammt von dem CSU-Europaabgeordneten Graf Stauffenberg. Mit ihm und anderen Vertretern der EVP-Fraktion hatte das BdV-Präsidium im Dezember 1988 in Straßburg über den



SPD-Chef Vogel und BdV-Präsident Czaja. Obwohl Sammelbecken für konservative bis faschistische Kräfte, bemühen sich die Vertriebenenverbände um den Anschein der „Überparteilichkeit“. Nicht ohne Erfolg: Selbst die SPD tritt in ihrem neuen Programm für ein (deutsches) „Volksgruppenrecht in Europa“ ein.

Entwurf einer Volksgruppen-Charta diskutiert ... Nur durch ein wirksames internationales Volksgruppenrecht sieht der Bund der Vertriebenen auf Dauer Überlebenschancen für die dreieinhalb Millionen Deutschen unter kommunistischer Fremdherrschaft“, berichtete der „DOD“ am 17. März über diese Pläne. CDU-Generalsekretär Geissler hat dem BdV zugesichert, die CDU werde sich entschlossen für die Verabschiedung der „Volksgruppen-Charta“ im nächsten Europaparlament einsetzen.

Nächste Absichten

Welche Pläne der BdV in nächster Zeit verfolgt, geht aus einem Beschuß der BdV-Bundesversammlung vom 3. Juni hervor. Darin heißt es u.a.: „Eine Reise des Bundeskanzlers nach Warschau sollte nur dann stattfinden, wenn die VR Polen Rechtsverpflichtungen zur muttersprachlichen und kulturellen Entfaltung der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße eingeht. Die von Verfassung wegen bestehende Schutzpflicht für die Deutschen jenseits von Oder und Neiße gebietet auch, weitere Wirtschafts- und Finanzhilfen für die VR Polen von der Gewährleistung praktizierter Menschenrechte für diese Deutschen abhängig zu machen. Die Einhaltung der Rechtsverpflichtungen für die Deutschen ist gemeinsam — unter Mitwirkung sachkundiger Ostdeutscher — zu überprüfen.“ Bei Reisen in die Staaten Osteuropas solle Kohl künftig stets Sprecher der aus diesen Ländern vertriebenen „Deutschen“ in seiner Delegation mitnehmen. Gleichzeitig begrüßt der BdV die Ankündigung des Europarats,

künftig auch Staaten des RGW zu seinen Sitzungen einzuladen — falls sie die „Menschenrechte“ respektierten — und Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionschefs Dregger, als nächstes müsse sich Österreich der EG anschließen, in der weiteren Zukunft solle die EG dann ihre Verbindungen zu Polen und Ungarn ausbauen. Die Absicht ist, unter Ausnutzung katholischer Einflüsse in beiden Ländern einen Keil zwischen die Staaten des RGW zu treiben und die beiden ersten Opfer einer großdeutschen Blockbildung, die DDR und die CSSR, maximal zu isolieren. Gleichzeitig ist man bei den Reaktionären sorgfältig darauf bedacht, den Streit um die Verteilung der künftigen Beute mit den Verbündeten nicht eskalieren zu lassen. Bei allem Pochen auf „deutsche Rechtspositionen“ in der EG sucht der BdV deshalb insbesondere in den USA Verbündete: „Auf einer Fall-zu-Fall-Basis sollen die ost-europäischen Staaten mit der EG kooperieren und mittels wirtschaftlicher Beziehungen eingegliedert werden ...“ habe Kissinger jüngst die „Überwindung von Jalta“ propagiert, lobt der „DOD“ am 12. Mai in einer Übersicht über diese Variante US-amerikanischer Pläne für die „Neuordnung Europas“, und verweist insbesondere auch auf eine Warnung des Verbündeten, die man freilich in Bonn stets bedenkt: „Deutschland alleine dürfe nicht die Sowjetunion in Osteuropa herausfordern“, nötig sei vielmehr eine „alliierte Neubewertung einer gemeinsamen Strategie für das Konzept des vereinten Europa“.

Quellen: Deutscher Ostdienst, Zeitschrift des Bundesverbandes der Vertriebenen, Ausgaben 1/1988 bis 23/1989

„Deutsche Volkszugehörige“

Art. 116 Grundgesetz muß ersatzlos gestrichen werden

Das westdeutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist beispiellos — völkerrechtswidrig. Kein anderer Staat erhebt für sich derartige Einmischungsansprüche auf andere Staaten wie die BRD über Art. 116 GG (s.u.). Über die blutsmäßig gefärbte Bestimmung des sog. „deutschen Volkszugehörigen“ und die Behauptung einer „einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit“ wurden und werden nicht nur sog. „Volksdeutsche“ als „Aussiedler“, „Umsiedler“, „Vertriebene“, „Sowjetzonenflüchtlinge“ und „Flüchtlinge“ heim ins (unvollendet gebliebene) „Deutsche Reich“ geholt, das angeblich nie untergegangen sei, Staatsbürger der DDR zu Staatsbürgern dieser Fiktion erklärt und damit umfassende Ansprüche auf fremde Territorien und Personen formuliert. Zugleich gestalten die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen die Propaganda für sog. „Volksgruppenrechte“ für die verbliebenen „Deutschen“ in den osteuropäischen Ländern. Im Falle des Inkrafttretens einer EG-Verfassung besteht zudem die Gefahr, daß diese Ansprüche verpflichtend für alle EG-Staaten werden.

Staatsangehörigkeitsfragen liegen grundsätzlich in der Kompetenz des jeweiligen Staates. Kein Staat darf in dieses Hoheitsrecht eines anderen eingreifen. Dieser völkerrechtliche Grundsatz ist nur in wenigen Fragen eingeschränkt, etwa in der Verpflichtung zur Verhinderung von Staatenlosigkeit. Diesen Grundsatz mißachtet die BRD, indem sie zum einen Personen in anderen Staaten zu „deutschen Staatsangehörigen“ erklärt (so bei der DDR) oder über die Konstruktion des „deutschen Volkszugehörigen“ in die Hoheitsrechte weiterer Staaten eingreift. Art. 116 GG verletzt völkerrechtlich anerkannte Rechte wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit, staatlichen Souveränität und territorialen Integrität. Durch die Konstruktion der „deutschen Volkszugehörigkeit“ maßt sich die BRD an, u.a. auch durch Gewährung eines Rechtsanspruchs auf Einbürgerung, in die inneren Verhältnisse der osteuropäischen Staaten einzugreifen. Die Revanchistenverbände fordern schon lange sog. „Volksgruppenrechte“, unterstützt von Teilen der CDU/CSU — eine Fortsetzung der Politik der Nazifaschisten zur Zerschlagung der sozialistischen Staaten. Die Nazifaschisten planten, die Sowjetunion, aber auch die südosteuropäischen Staaten in kleine und kleinste staatliche Gebilde nach „rassischen“ Gesichtspunkten aufzusplittern, die dann unter Kontrolle des „Großdeutschen Reiches“ stehen sollten.

Die expansionistischen Absichten, die die Reaktion mit Art. 116 GG verfolgt werden auch dadurch deutlich, daß sie sich gleichzeitig vehement weigert, hier lebenden Nichtstaatsangehörigen Wahlrecht und andere Rechte uneingeschränkt zuzugestehen.

Im Fall der Ausarbeitung einer EG-Verfassung mit EG-Staatsbürgerrecht ist — da dies nicht einfach zur Beseitigung der westdeutschen Verfassung führen wird — zu befürchten, daß die mit Art. 116 GG verbundenen Absichten für alle EG-Staaten bindend werden.

Denn EG-Bürger wird jeder sein, der Bürger eines Mitgliedsstaates der EG ist. Dazu würden dann aber auch die „deutschen Volkszugehörigen“ insoweit gehören, als ihnen dann ein Recht auf EG-Staatsangehörigkeit zukommt.

Dies zu verhindern, muß Aufgabe aller antifaschistischen Kräfte sein mit dem Ziel der ersatzlosen Streichung des Art. 116 GG und des Bundesvertriebenengesetzes. Zugleich müßte ein Staatsangehörigkeitsrecht gefordert werden auf Grundlage des sog *ius soli*: Das bedeutet, daß jeder in der BRD Geborene automatisch die westdeutsche Staatsangehörigkeit hätte, verbunden mit einem Optionsrecht, mit Volljährigkeit sich etwa für die Staatsangehörigkeit seiner Eltern entscheiden zu können.

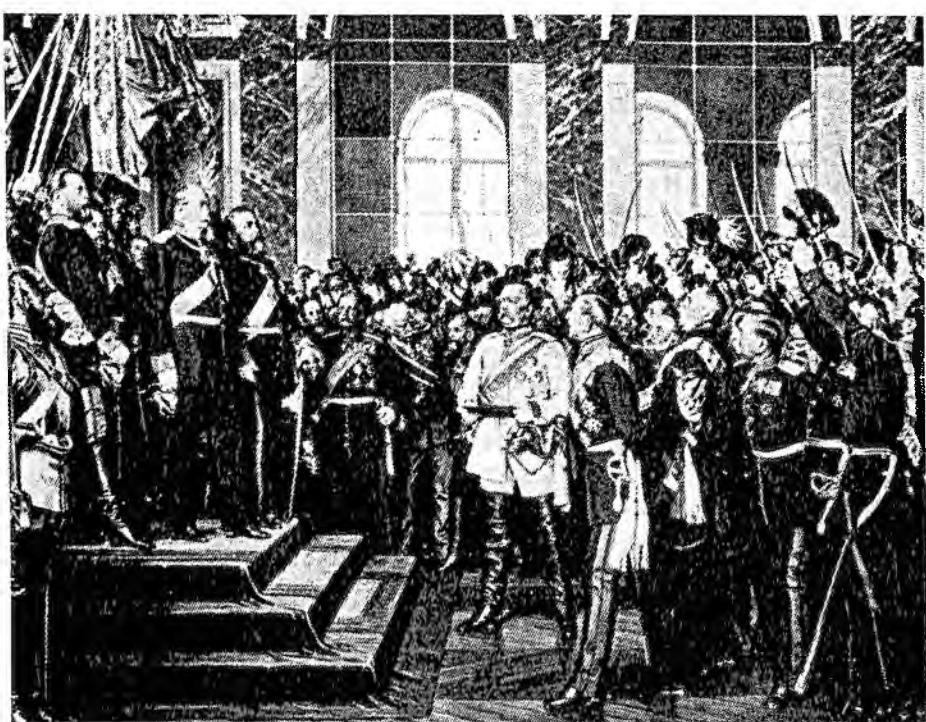
„Deutsche Volkszugehörigkeit“

Verfassungsrechtliche Grundlage für die umfassende Einmischung der BRD in die Hoheitsrechte und sonstigen Rechte anderer, insbesondere der osteuropäischen Länder ist Art. 116 Abs. 1 GG.

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz

Dieses Gesetz veranschaulicht, wie maßlos die BRD Einmischungsansprüche formuliert. Die Beschlüsse der Alliierten 1945 zur Umsiedlung aller, vor allem im Zuge der Expansionspolitik des Nazifaschismus in Polen, der CSSR, der Sowjetunion usw. dort angesiedelten Reichsdeutschen auf Grundlage der Dezimierung und Ausrottung von Millionen dort lebender Menschen waren begründet damit, daß durch diese Umsiedlung die Einmischung des deutschen Imperialismus über „deutsche Volksgruppen“ ein für allemal ein Ende finden sollte. Besonders durch die Definition des „deutschen Volkszugehörigen“ in § 6 wird genau diese Einmischungspolitik fortgesetzt. Dieser Begriff ist seiner Definition nach grenzenlos, und auf jeden Fall noch weiter als der des „Vertriebenen“. Der



Staatsbürger des „Deutschen Reiches“ von 1871 war, wer Bürger eines der Teilstaaten des Reiches war. Auf die gleiche Weise wollen die Reaktionäre ihr deutsch-völkisches Staatsbürgerrecht und alle damit verbundenen Einmischungs- und Expansionshebel in die „Europäische Union“ einbauen.

„Vertriebenenstatus“ ist erblich, so daß selbst in der BRD geborene Kinder von „Vertriebenen“ diesen Status erhalten. Die im Zuge der Aggressionen des Nazifaschismus betriebene „Eindeutschung“ osteuropäischer Staaten wird letztlich dadurch legalisiert, daß die gerechtferigte Umsiedlung nach 1945 zur „Vertreibung“ stilisiert wird.

„Deutsche Volkszugehörige“ haben Rechtsanspruch auf Einbürgerung, auch wenn sie eine andere, etwa polnische oder sowjetische Staatsangehörigkeit besitzen.

Deutsche Staatsangehörige sind unter bestimmten Bedingungen auch diejenigen Personen, die infolge von Verträgen des faschistischen Deutschlands mit ost-europäischen Ländern zur Umsiedlung von „Volksdeutschen“ in das Reichsgebiet, aufgrund von „Sammleinbürgerungen infolge von Gebietsveränderungen“ zwischen 1938 und 1943, d.h. durch Annexionen, oder aufgrund der Mitgliedschaft in der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Gestapo oder der Organisation Todt „eingedeutscht“ wurden, sofern der entsprechende Feststellungsbescheid bis 1955 zugestellt worden ist.

(1)

„§ 1 (1) Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebetsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat . . .“

(2) Vertriebener ist auch, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger . . .

2. aufgrund der während des zweiten Weltkrieges geschlossenen zwischenstaatlichen Verträge aus außerdeutschen Gebieten oder während des gleichen Zeitraumes auf Grund von Maßnahmen deutscher Dienststellen aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten umgesiedelt worden ist (Umsiedler).

3. nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verläßt, es sei denn, daß er ohne aus diesen Gebieten vertrieben und bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat (Aussiedler) . . .

(3) Als Vertriebener gilt auch, wer ohne selber deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger zu sein, als Ehegatte eines Vertriebenen seinen

Wohnsitz . . . in den in Absatz 1 genannten Gebieten verloren hat . . .

§ 2 (1) Heimatvertriebener ist ein Vertriebener, der am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher seinen Wohnsitz in dem Gebiet desjenigen Staates hatte, aus dem er vertrieben worden ist (Vertreibungsgebiet); die Gesamtheit der in § 1 Abs. 1 genannten Gebiete, die am 1. Januar 1914 zum Deutschen Reich oder zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie oder zu einem späteren Zeitpunkt zu Polen, zu Estland, zu Lettland oder zu Litauen gehört haben, gilt als einheitliches Vertreibungsgebiet.

(2) Als Heimatvertriebener gilt auch ein vertriebener Ehegatte oder Abkömmling, wenn der andere Ehegatte oder bei Abkömmelingen ein Elternteil am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher seinen Wohnsitz im Vertreibungsgebiet (Absatz 1) gehabt hat . . .

§ 6 Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

§ 7 Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaft als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling des Elternteiles, dem im Zeitpunkt der Geburt oder der Legitimation das Recht der Personensorge zustand oder zusteht . . .“ (2)

„Vertreibungsdruck-Richtlinien“

Es geht der BRD nicht nur um Einmischung in der Hinsicht, Zugriff auf Staatsangehörige anderer Länder zu haben. In den sog. „Vertreibungsdruck-Richtlinien“ wird die Aufrechterhaltung des Bundesvertriebenengesetzes für so lange für nötig erachtet, wie für die „deutschen Volkszugehörigen“ in den „Vertreibungsgebieten“ nicht „Volksgruppenrechte“ geschaffen worden sind. „Der Gesetzgeber hat diese Regelungen“ (Bundesvertriebenengesetz) „getroffen, weil er es den in diesen Gebieten zurückgebliebenen Deutschen nicht zumutet wollte, unter den politischen Verhältnissen, die sich dort im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges und der Entwicklung der Nachkriegsjahre ergeben hatten, weiterhin zu leben. Hierfür spricht, daß in die Regelung des § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG nur die Staaten des kommunistischen Herrschaftsbereichs einbezogen wurden . . . Damit erweist sich der Gebietsbezug in § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG als System- und Ideologiebezug . . . An den in den Aussiedlungsgebieten herrschenden Verhältnissen hat sich seit Inkrafttreten des Bundesvertriebenengesetzes nichts Grundlegendes geändert.“

„Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige leben in den meisten dieser Gebiete weitestgehend

unter Bedingungen, die ihnen die Wahrnehmung grundlegender Menschenrechte als Deutsche nicht gestatten. Sie sind als Volksgruppe nicht anerkannt und können ihre kulturelle Identität nicht wahren. . . Die Bedrückung der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten besteht demnach fort.“ (3)

„Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit“

Das Bundesverfassungsgericht hat vor kurzem den Anspruch auf Einverleibung der DDR und ihres Volkes bekräftigt.

(4) In dem Urteil heißt es u.a.:

„1. Aus dem Gebot der Wahrung der Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit (Art. 116 I, 16 I GG), das eine normative Konkretisierung des im Grundgesetz enthaltenen Wiedervereinigungsgebots ist, folgt, daß dem Erwerb der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik für die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen des *ordre public* die Rechtswirkung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit beizumessen ist.“

2. Erst wenn eine Trennung der Deutschen Demokratischen Republik von Deutschland durch eine freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts besiegt wäre, ließe sich die in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübte Hoheitsgewalt aus der Sicht des Grundgesetzes als eine von Deutschland abgelöste fremdstaatliche Gewalt qualifizieren . . .

Nach allgemeinem Völkerrecht unterliegt die Bestimmung des Kreises seiner Staatsangehörigen durch einen Staat bestimmten Grenzen, die sich unter anderem aus der Existenz und der Personalhoheit anderer Staaten ergeben . . . Der Staat darf die Staatsangehörigkeit insbesondere nicht an sachfremde, mit ihm nicht in hinreichender Weise verbundene Sachverhalte knüpfen . . . Es überschreitet diese Grenzen nicht, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik als zum Kreis der deutschen Staatsangehörigen i.S. des Grundgesetzes gehörend betrachtet, den damit gegebenen Status aber immer erst dann aktualisiert, wenn diese in den Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland gelangen und die Aktualisierung hinnehmen oder begehn.“ (5)

Quellenhinweis: (1) vgl. E. Liesner, Aussiedler. Die Voraussetzungen für die Anerkennung als Vertriebener. Arbeitshandbuch für Behörden, Gerichte und Verbände, 1988 (Liesner ist Vizepräsident des für „Vertriebenen“fragen zuständigen Bundesverwaltungsamtes); (2) zit.n. Liesner, a.a.O., S. 59ff.; (3) zit.n. Liesner, a.a.O., S. 97ff.; (4) vgl. dagegen „40 Jahre Grundgesetz. Deutschlandpolitische Legendenbildung“, in: Politische Berichte 18/88, S. 31ff.; (5) Urteil vom 21.10.1987 = Neue Juristische Wochenschrift 88 1313ff.



Westdeutsche UN-Friedenstruppen?

Die Anstrengungen der westdeutschen Imperialisten mehren sich, die Bundeswehr als Bestandteil in UN-Friedenstruppen unterzubringen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach bei seiner USA-Reise erneut über diese Frage mit dem UN-Generalsekretär. Im Bundestag einigten sich CDU, CSU, FDP und SPD darauf, daß solche Beteiligung wünschenswert wäre. Die Sprecher der Regierungskoalition forderten gleich eine Änderung des Grundgesetzes, damit der gesamte mögliche Einsatzbereich der Bundeswehr ausgeweitet werde. Der Widerstand der Grünen gegen dieses Vorhaben ist schwach. Welche Kräfte wenden sich gegen einen solchen Einsatz?

US-Europastrategie-Diskussion

US-Präsident Bush wird in den nächsten Wochen Ungarn und Polen besuchen. In beiden Staaten rechnen sich die US-Konzerne u.a. wegen der beträchtlichen Verbindungen von in den USA lebenden Exilungarn und -polen starke Einflußmöglichkeiten aus. Schon vor einigen Jahren hatte Bush die Europastrategie der US-Bourgeoisie bei einer Rede in Wien unter direktem Bezug auf die „Mitteleuropa“-Strategie des BRD-Imperialismus formuliert. Bei seinem Besuch in Bonn erklärte er die BRD zum „Partner in der Führung“, d.h. faktisch zur westeuropäischen Führungsmacht der NATO. Wie reagiert die US-Bourgeoisie auf den Machtzuwachs des BRD-Imperialismus, welche Europastrategie verfolgt sie in Konkurrenz dazu?



Der Nixdorf-Konzern strukturiert um

Das „bundesdeutsche Vorzeigunternehmen“ Nixdorf Computer AG ist in die Negativ-Schlagzeilen geraten. Nachdem der Vorstand noch 1987 eine Umsatzverdopplung von 5 Milliarden auf 10 Milliarden Mark bis 1990 angekündigt hatte, sind bis Ende Mai 1989 bereits 300 Millionen Mark Verlust gemeldet worden. 1600 Beschäftigte sollen bis Ende 1990 per sogenannter Fluktuation abgebaut werden. Der Gesamtbetriebsrat hat inzwischen einen Beschäftigungsplan, der Entlassungen vermeiden soll, abgeschlossen. Ist der Beschäftigungsplan ein nützliches Mittel gegen Entlassungen? Regt sich Widerstand gegen die beabsichtigte Einführung von mehr Schicht-, Samstags- und flexibler Arbeitszeit?

Bafög-Reform '90

Im Moment steht die Gesetzgebung zur Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten, eines der zentralen bildungspolitischen Instrumente der Herrschenden, überhaupt nicht im öffentlichen Interesse. Das war einmal anders. Anfang der 80er Jahre war das Thema in aller Munde, Schüler- und Studentenbewegung kämpften für eine von Eltern und späteren Arbeitsmarktchancen unabhängige Finanzierung. Wir wollen versuchen, vorbereitend auf die neue Bafög-Novelle die Diskussion wieder anzuzetteln. Dazu soll die Geschichte des Bafög dargestellt werden und die Grundzüge der Reform, die uns aus einem erneut veränderten Nachfrageverhalten der Kapitalisten begründet scheint.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront**. 0,50 DM

Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie

— Nachrichten Chemische Industrie. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

— Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik

— Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse

— Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik

— Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

— Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement

Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement

Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrich-

tenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrich-

tenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM

Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/211658. Konten: Postgiroamt

Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und

Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter

Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küsler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der

Volksfront: VF

Druck Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage. Gesammelte Beiträge aus

der Diskussion der Linken